

Der
Deputations-Recefs

mit
historischen, geographischen und statistischen

Erläuterungen

und einer

Vergleichungs-Tafel

von

Adam Christian Gaspari.

Grundgesetze lösen sich auf der festesten Staaten,
Und es lös't der Besitz sich los vom alten
Besitzer,
Freund sich los von Freund; so lös't sich Liebe
von Liebe.

GÖTTE.

Zweyter Theil.

Hamburg,
bey Friedrich Perthes.
1803.



Der
Deputations-Recess

mit
historischen, geographischen und statistischen

Erläuterungen

und einer

Vergleichungs-Tafel

von

Adam Christian Gaspari.

Grundgesetze lösen sich auf der festesten Staaten,
Und es lös't der Besitz sich los vom alten
Besitzer,
Freund sich los von Freund; so lös't sich Liebe
von Liebe.

GÖTTE.

Zweyter Theil.

Hamburg,
bey Friedrich Perthes.
1803.

1800

London

Printed

1800

London

Printed

1800

Printed

1800

Printed

1800

Printed

1800

Printed

1800

V.

R e c e s s

der außerordentlichen Reichs-Deputation.

Demnach zu Beendigung des zwischen Kaiserl. Majestät und dem Deutschen Reiche eines — dann der Französischen Republik andern Theils — ausgebrochenen Kriegs, zufolge 20sten Artikels des am 17ten October 1797 geschlossenen Friedens zu Campo-Formio noch in demselbigen Jahre ein Friedens-Congress zwischen Allerhöchstgedachter Sr. Kaiserl. Majestät und einer dazu ernannten außerordentlichen Reichsdeputation einer — dann den Bevollmächtigten der Französischen Republik andrer Seits — zu Rastadt eröffnet worden, auch daselbst die Unterhandlungen bereits so weit gediehen, dass im Namen des

Deutschen Reichs in die Ueberlassung der Lande der linken Rheinseite nicht nur gewilligt, sondern auch wegen des dadurch auf solcher Rheinseite entstehenden Verlustes die Grundlage der Entschädigung durch Säcularisationen angenommen, diese Friedensunterhandlungen aber durch den Wiederausbruch der Feindseligkeiten unterbrochen worden: so ist zwar nachher am 9ten Febr. 1801 von Sr. Kaiserl. Majestät mit dem ersten Consul der Französischen Republik auch Namens des Deutschen Reichs, unter Beziehung auf die bey dem vorhergegangenen Rastadter Congresse von der Reichsdeputation schon verwilligte Basis, Friede zu Lüneville geschlossen, dieser Friedensschluss auch von Churfürsten, Fürsten und Ständen unter reichsoberhauptlicher Mitwirkung am 7ten März 1801 wirklich genehmigt, jedoch sind in diesem Friedensschlusse selbst einige Gegenstände auf weitere Erörterung ausgesetzt worden; indem nicht nur die im 5ten Art. dem Herrn Großherzoge von Toscana zugesagte Entschädigung in Deutschland keine nähere Bestimmung daselbst erhalten, son-

dern auch vermöge des 7ten Art. die Entschädigungen der erblichen Reichsstände in Gemäßheit der schon erwähnten zu Rastadt aufgestellten Grundsätze noch bestimmt werden sollten.

Nachdem nun ferner von Sr. Kaiserl. Majestät zu Vollziehung dieser Artikel, sogleich nach geschehener Mittheilung des Friedens von Lüneville, an die allgemeine Reichsversammlung durch ein eignes Kaiserl. Commissions - Decret vom 3ten März ein weiteres Reichsgutachten über die reichsständische Mitwirkungsart zur gänzlichen Berichtigung des Reichsfriedensgeschäftes verlangt, dieses Reichsgutachten auch den 2ten Oct. 1801 dahin, daß hiezu eine abermalige außerordentliche Reichsdeputation, bestehend aus 8 Mitgliedern, und zwar

aus dem Churfürsten-Rathe:

Churmainz,	Chursachsen,
Churböhmen	Churbrandenburg,

aus dem Fürsten-Rathe:

Baiern,	Wirtemberg,
Hoch- und Deutschmeister,	und Hessen-
Cassel,	

zu ernennen sey, wirklich erstattet, und von Kaiserl. Majestät unterm 7ten Nov. 1801 allergnädigst genehmigt worden; so haben sodann endlich Se. Kaiserl. Majestät durch ein weiteres allergnädigstes Commissions-Decret vom 2ten August v. J. der allgemeinen Reichsversammlung bekannt gemacht, daß der Zeitpunkt, wo die außerordentliche Reichsdeputation sich zu vereinigen habe, erschienen sey, daß daher sämtliche deputirte Stände ihre Subdelegirten nach Regensburg, als den mit Beystimmung der Französischen Regierung festgesetzten Ort absenden, auch daß die zu gänzlicher Berichtigung dieses Friedensgeschäftes für die Deputation erforderliche Vollmacht ausgefertigt werden solle, indem Allerhöchstsie in Ihrer reichsoberhauptlichen Eigenschaft als Ihren Kaiserl. Bevollmächtigten bey diesem Congresse den wirklichen Kaiserl. geheimen Rath und Kaiserl. Concommissarius an der allgemeinen Reichsversammlung Reichsfreiherrn von Hügel zu bestimmen allergnädigst geruhet hätten.

Wie nun hierauf die Reichsvollmacht,

um die in dem Lüneviller Friedensschlusse
 Art. 5 und 7 einer besondern Uebereinkunft
 noch vorbehaltenen Gegenstände, einver-
 nehmlich mit der Französischen Regierung
 näher zu untersuchen, zu prüfen, und zu
 erbedigen, am 3ten August v. J. für diese
 ausserordentliche Reichsdeputation wirklich
 ausgefertigt worden: so haben die deputir-
 ten Reichsstände ihre Subdelegirten, nämlich

Kurmainz den	Kursachsen den
Kurfürstl. Mainzi-	geheimen Rath Herrn
schen Staatsminister	von Globig;

Freyh. von Albin;

Kurböhmern den	Kurbranden-
Kaiserl. Reichshof-	burg den königlich
rath Herrn von	Preussischen geheim.
Schraut, und spä-	Etats- und Kriegs-
terhin noch den Kur-	minister auch Reichs-
böhmischen Reichs-	tags-Gesandten Gra-
tags-Gesandten Gra-	fen von Schlitz ge-
fen zu Colloredo	nannt Görz, und den
Mannsfeld;	königl. Preussischen

Directorialgesandten
 im Fränkischen Kreise
 und Kammer - Vice-

präsidenten zu Ans-
bach Hr. Hänlein;

Bayern den wirk- Württemberg den
lichen geheimen Rath wirklichen geheimen
und Comitialgesand- Rath Freyherrn von
ten Freyherrn von Norrmann;
Rechberg und Ro-
thenlöwen;

Hessen-Cassel
Hoch- und den geheimen Rath
Deutschmeister und Comitialgesand-
den adel. wirklichen ten Herrn von Gün-
Hof-Regierungs- und terode, und später-
Kammerrath Frey- hin noch den Kriegs-
herrn von Nordegg rath Herrn von Star-
zur Rabenau; kloff

hieher nach Regensburg abgeordnet, so, daß
diese Deputationsversammlung, nach aller-
seitiger herkömmlichermaßen vollzogener
Legitimation, am 24sten Aug. wirklich con-
stituiert, und mittelst Proposition des er-
nannten höchstansehnlichen Kaiserl. Herrn
Plenipotentarius eröffnet worden.

Da nun auch zu gleicher Zeit der erste
Consul der Französ. Republik einen Ministre
extraordinaire in der Person des Citoyen

Laforest, hieher abgeordnet; ferner Se. Kaiserl. Russische Majestät Ihre hohe Vermittelung, gemeinsam mit dem Französischen Gouvernement zu Berichtigung der gedachten Entschädigungssache und zu Befestigung der Ruhe Deutschlands, eintreten zu lassen, sich entschlossen, und zu dem Ende bereits unterm 18ten August ersagter Französ. Ministre Citoyen Laforest gemeinsam mit dem bey der allgemeinen Reichsversammlung accreditirten Kaiserl. Russischen Herrn Ministre Resident Klüpfel zwey gleichlautende Declarationen dieser Reichsdeputation mitgetheilt, worin diese hohen vermittelnden Mächte, zum Behufe der anzustellenden Berathschlagungen, einen allgemeinen Entschädigungsplan vorgelegt; auch kurz nachher Se. Kaiserl. Russische Majestät einen eigenen Plenipotentiaire in der Person des Kaiserl. Russischen geheimen Raths und mehrerer Orden Ritters, Herrn Carl Freyherrn von Bühler, bisherigen außerordentlichen Gesandten am Churpfälzbairischen Hofe, zu diesem Geschäfte hieher abzuordnen geruhet; sodann die Reichsdeputation

die ihr zugestellten *Declarations* in allen ihren Theilen gründlich erwogen, hierüber den gedachten Herren Ministern der vermittelnden Mächte unter jedesmaliger Mittheilung der bey ihr eingereichten mannigfaltigen *Reclamationen* und *Vorstellungen* ihre *Beschlüsse* eröffnet; hierauf aber diese unterm 8ten Oct. der *Deputation* einen abgeänderten Plan, als *Resultat* ihrer neuesten *Instructionen* mitgetheilt, die *Deputation* sodann auch diesen zweyten Plan in weitere *Berathung* gezogen, und hierüber den erwähnten Herren Ministern ihre fernern *Beschlüsse* ebenfalls *communicirt*, darauf endlich Diese, weitere *Noten* vom 19ten October, 15ten und 19ten November, 3ten Dec. v. J. 18ten und 31sten Jänner, dann den 11ten dieses übergeben haben: so ist nunmehr hiernach und aus allen vordern einzelnen *Deputationsbeschlüssen* folgender

Deputations-Hauptschluss
abgefasst worden:

Die *Austheilung* und endliche *Bestimmung* der *Entschädigungen*, geschieht wie folgt:

§. 1.

Sr. Majestät dem Kaiser, Könige von Ungarn und Böhmen, Erzherzoge von Oestreich, für die Abtretung der Landvogtey Ortenau: die Bisthümer Trient und Brixen, mit ihren sämtlichen Gütern, Einkünften, eigenthümlichen Besitzungen, Rechten und Vorrechten, ohne irgend einige Ausnahme; und die in diesen beyden Bisthümern gelegenen Capitel, Abteyen und Klöster; unter der Verbindlichkeit jedoch, sowohl für den lebenslänglichen Unterhalt der beyden jetzt lebenden Fürstbischöfe und der Mitglieder der beyden Domcapitel, nach einer mit solchen zu treffenden Uebereinkunft, als auch für die hierauf erfolgende Dotation der bey diesen beyden Diöcesen anzustellenden Geistlichkeit, nach dem in den übrigen Provinzen der östreichischen Monarchie bestehenden Fusse zu sorgen. Alle Eigenthums- und übrigen Rechte, die Sr. Majestät dem Kaiser und König als Souverain der Erbstaaten und als höchstem Reichs-

oberhaupt zustehen, bleiben Ihnen vorbehalten, in so ferne diese Rechte mit der Vollziehung gegenwärtiger Urkunde bestehen können; jene Rechte hingegen, worüber besonders verfügt worden ist, gehen an die neuen Besitzer über.

Dem Erzherzoge Großherzoge für Toscana und dessen Zugehörungen: das Erzbisthum Salzburg, die Probstey Bergtolsgaden, der jenseit der Ilz und des Inn auf der Seite von Oestreich gelegene Theil des Bisthums Passau, jedoch mit Ausnahme der Innstadt und Ilzstadt, samt einem Bezirke von 500 französischen Toisen im Durchschnitte vom äußersten Ende jener Vorstädte an gemessen; und endlich die in den obenwähnten Diöcesen gelegenen Capitel, Abteyen und Klöster. Diese Besitzungen erhält der Erzherzog unter den, auf die bestehenden Verträge gegründeten Bedingungen, Verbindlichkeiten und Verhältnissen.

Sie werden vom Bayrischen Kreise getrennt, und dem Oestreichischen ein-

verleibt; auch ihre geistlichen, sowohl Metropolitan- als Diöcesan-Gerichtsbarkeiten werden gleichfalls durch die Gränzen der beyden Kreise abgesondert; und die oben von des Erzherzogs Entschädigungen ausgenommenen Theile mit den bayrischen Diöcesen verbunden. Mühldorf, und der auf dem linken Innufer gelegene Theil der Grafschaft Neuburg werden mit aller Landeshoheit mit dem Herzogthume Bayern vereinigt. Das Aequivalent der Einkünfte von Mühldorf und der Landeshoheit über Neuburg ist von den Einkünften, welche Freisingen im östreichischen Gebiete besitzt, zu nehmen.

Der Erzherzog Großherzog erhält überdieß für sich und seine Erben in völlig souverainen und unabhängigen Besitz das Bisthum Eichstädt, sammt allen demselben anhängigen Gütern, Einkünften, Rechten und Vorrechten, so wie der Fürstbischof solche zur Zeit der Unterzeichnung des Lüneviller Friedensschlusses besaß; jedoch mit Aus-

*nahme der Aemter Sandsee, Wernfels-
Spatt, Abenberg, Ahrberg - Ohrnbau,
und Vahrnberg - Herrieden, und aller
übrigen von den Anspachischen und Bai-
reuthischen Landen eingeschlossenen Zu-
gehörden des Bisthums Eichstädt, welche
dem Churfürsten von Pfalzbayern ver-
bleiben, und dem Erzherzoge Großher-
zoge durch ein vollständiges Aequivalent
von den Herrschaften des Churfürsten
in Böhmen, und falls diese nicht hin-
reichen, von irgend andern Einkünften
des Churfürsten von Pfalzbayern ersetzt
werden. In dem Gebiete des erwähnten
Bisthums Eichstädt findet keine neue
Errichtung irgend einiger Festungswerke
von Seiten des Erzherzogs Großherzogs
oder seiner Erben statt.*

*Der Breisgau und die Ortenau wer-
den die Entschädigung des vormaligen
Herzogs von Modena für das Modene-
sische, dessen Zugehörden und Zustän-
digkeiten ausmachen. Dieser Fürst und
seine Erben werden beyde Lande nach
dem buchstäblichen Inhalte des 4ten Art.*

des Lüneviller Friedensschlusses besitzen; welcher in dieser Rücksicht ohne einigen Vorbehalt oder Einschränkung von der Ortenau, wie von dem Breisgau zu verstehen ist.

A. Der ganze erste Absatz dieses Paragraphen ist in dieser letzten Acte erst ganz neu hinzugekommen. Böhmen protestirte gegen die Ausdehnung des im Frieden abgetretenen Breisgaues über die Ortenau, weil diese mit jenem in gar keiner landschaftlichen Verbindung stehe, sondern eine völlig abgesonderte Provinz sey, folglich unter dem Namen des Breisgaues nicht mit könne begriffen werden. Man fand also für gut, in dem über die Entschädigungen von Toscana am 26. December 1802. zu Paris geschlossenen Vertrage, von Oestreich die Ortenau förmlich abtreten zu lassen, und ihm dafür die Bisthümer Trident und Brixen zu überlassen. Uebrigens ist die Landvogtey Ortenau ein kleines zerstreutes Land von wenigen Quadratmeilen, dessen Werth jedoch durch gewisse Rechte über die in der Landschaft Ortenau liegenden Reichsstädte Offen-

burg, Gengenbach und Zell mit Thal Hammersbach, wie auch die Abtey Gengenbach, erhöht wird. Von den Einkünften der Bischöfe von Trient und Brixen ist noch keine genauere Nachricht bekannt geworden; wenn man aber weiß, daß Oestreich aus diesen Landen nichts als die Contribution erhob, daß Trident 75 Qu. Meilen und an 150,000 Menschen, Brixen aber 17 Qu. Meilen und gegen 30000 Menschen hatte, der wird die Angaben von 40,000 Thl. Einkünfte von dem einen, und so vielen Gulden vom andern — unglaublich finden, wenn man auch nur reine Einkünfte darunter versteht. Zuverlässig ist es, daß die Oestreichische Monarchie durch diesen Tausch einige Quadratmeilen, und etwa 16,000 Einwohner (weil Gröfse und Volksmenge von Trident und Brixen als landsässigen Bezirken zur Monarchie gerechnet wurden) verlohren, dagegen an Einkünften viele tausend Gulden gewommen, und zugleich den alten und ewigen Streit mit den reichsständischen und zugleich landsässigen Besitzern über Landeshoheitliche Rechte u. s. w. niedergeschlagen

hat. — Der Zusatz, welcher dem Reichsoberhauptes sowohl als dem Oestreichischen Monarchen die durch diese Urkunde nicht entzogenen Rechte bestätigt, hat etwas Auffallendes.

B. Ueber Verlust und Entschädigung des Großherzogs von Toscana hat der Böhmisches Subdelegirte in der zweyten Sitzung der Deputation einen officiellen Aufschluß gegeben. „Vorlängst, sagt er, haben genaue „Zählungen die Zahl seiner Unterthanen, in „einem Flächenraume von 440 Qu. Meilen, „auf 1,150000 ausgewiesen.“ Man sieht deutlich, daß nicht von einer genauen Ausmessung, sondern von einer genauen Zählung die Rede ist. Diese Zahl ist beurkundet; jene aus öffentlichen Schriften genommen. Jene Zahl ist gewiß falsch, wenn nicht die Charten trügen. Doch darauf kommt hier nicht viel an: die Einkünfte sollen ja den Maafstab hergeben. Die von Toscana sind durch Leopolds Darstellung seiner Finanzen im Detail bekannt. Sie betrugen 1789 nach Abzug der Erhebungskosten über 9 Mill. Flor. Lire, d. i. gegen 3,800,000 Gulden Rhein,

und hatten sich zehn Jahre darnach bis auf 4 Mill. vermehrt. Dagegen fällt die Berechnung des Ersatzes so aus:

Salzburg (nach Bleul) nicht volle 900,000 Fl.

Berchtolsgaden lange nicht . . . 200,000 -

Passau höchstens 250,000 -

Also alle zusammen 1,350,000 -

Das war etwa der dritte Theil der verlohrnen Einkünfte. Und doch war dem Großherzoge eine volle Entschädigung zugesagt, durch die feyerlichsten Tractaten versichert! Es war Oestreich um so weniger zu verdenken, daß es auf seiner gerechten Forderung nachdrücklich bestand, da es von derselben freiwillig die Hälfte nachliefs. *) Mehr konnten selbst die mißgünstigsten Neider nicht verlangen. Nach langen Unterhandlungen ward durch den erwähnten Pariser Vergleich das Hochstift Eichstädt vom Bayrischen

*) Es liegen in dieser Theilungs-Geschichte eine Menge politisch-charakteristischer Züge für den aufmerksamen Beobachter; man muß aber einem jeden selbst überlassen, sie aufzusuchen.

Loose abgenommen und dem großherzoglichen zugelegt. Zwar wurden von demselben die abgesondert liegenden Theile getrennt, aber der Ertrag derselben sollte anderwärts ersetzt werden. Die ehemals Zweybrückischen, nun Bayrischen Herrschaften sind sehr beträchtlich, und möchten wohl hinreichen. Sie sollen 8 Qu. Meilen einnehmen. Also fallen doch wenigstens die vollen Einkünfte des Hochstifts an den Erzherzog.

Bey der Berechnung dieser Entschädigung finden sich, wie ohngefähr bey allen, große Schwierigkeiten. Der Deutsche Zuschauer *) erlaubt sich zwar keinen Zweifel über die Angaben des Hofkanzlers von Bleul, giebt aber doch Gründe an, und

*) Ein mit dem südlichen Deutschlande, und besonders mit den geistlichen Landen, genau bekannter Schriftsteller. Man muß ihn über die Angaben vom Ertrag der geistlichen Lande hören. (Heft IV. S. 130 f.) Er bestätigt die in m. Erl. des ersten Plans (S. 9) geäußerte Meynung. Ich werde seinen Angaben folgen, wenn nicht wichtige Gründe dagegen sind.

beruft sich auf glaubwürdige Nachrichten aus dem Lande, welche es wahrscheinlich machen, daß man die wahren Einkünfte des Erzstifts zur Zeit der Uebergabe auf 1,200,000 Gulden setzen müsse, wozu noch 300,000 Gulden (zu viel. s. v. Bleul im Pol. J. I. 1803. S. 8) von den Abteyen und Klöstern kommen; denn die Einkünfte des Domcapitels*) setzt er zur Dotation des neuen Bisthums aus. Diese Angaben muß man vorerst stehen lassen.

Das Hochstift Passau ist so getheilt, daß die Hauptstadt mit ihrem genau bestimmten Bann und alles was auf der linken Inn- und rechten Ilzseite liegt, nebst allen Einkünften des Bischofs und Domcapitels in Bayern, an Bayern; der übrige weit größere Theil aber, nebst den Einkünften aus dem Oestreichischen, an den Großherzog kommt.

*) Ich habe S. 22 m. Erl. des ersten Plans gesagt, daß der Herr Hofkansler diese Einkünfte verschweige, und nichts weiter damit sagen wollen, als daß Er sie nicht angebe. Er hatte es nicht nöthig, da sie nicht zu den Staatseinkünften gehörten.

Diese letztern müssen sehr ansehnlich seyn, wenn auf den Toscanischen Antheil am Höchstifte 400,000 Fl. Einkünfte fallen sollen, wie der D. Z. annimt. Es ist bekannt, daß Joseph das Bisthum stark bezwackte, mir aber unbekannt, ob etwa das Entzogene wieder zurückgegeben worden ist. *)

Das Ganze bildet — zwar kein Toscana, kein Paradies im Paradiese, aber doch — eins der ansehnlichern Deutschen Fürstenthümer, das den Mangel der Annehmlichkeit durch Erhabenheit der Natur ersetzt, und dem nur die völlige Zuründung fehlt. Die Bedingung, keine neuen Festungswerke im Eichstädtischen anzulegen, ist billig, in so fern man diesen ganzen neuen Staat für eine Oestreichische Besetzung ansieht, und wird durch Passau völlig ausgeglichen.

C. In den Beylagen zur Denkschrift,

2 *

*) Was ich in m. Erl. des ersten Plans (S. 25) vermuthete, daß der Ersatz für Mühldorf von den Freysingischen Gütern im Oestreichischen genommen werden sollte, das steht hier ausdrücklich.

welche der Erzherzog Ferdinand, eventuel-
ler Nachfolger des Herzogs von Modena, in
dessen Namen der Deputation übergeben
liefs, wird der Flächeninhalt der verlohrnen
Italienischen Staaten nicht angegeben, die
Volksmenge aber nach den letzten Zählungen
auf 380,000 Seelen bestimmt, und die Ein-
künfte auf 6,400,000 Modenesische Livres,
und mit einer schon abgeschlossenen Erhö-
hung der Generalpacht von 600,000 Livres,
überhaupt auf 7 Millionen berechnet, welche,
den Livre zu 9 Kr. angeschlagen, 1,050,000
Gulden Wiener Währung oder 1,260,000 Fl.
Rhein. betragen. Die Gröfse des Entschädi-
gungslandes wird ebenfalls mit Stillschwei-
gen übergangen, und dagegen die Seelen-
beschreibung des Breisgauischen Bezirks 1797,
vermöge deren die Volksmenge 168,112, und
nach Abzug des linken Rheinufers (Frick-
thals) noch 150,791 Seelen betrug, und ein
Summarium über den ganzen reinen Ertrag
des Oestreichischen Breisgau mitgetheilt,
nach welchem derselbe nicht mehr als
125,663 Fl. 58 Kr. Rh. ausmacht. Demnach
hätte der Herzog nur den zehnten Theil

seiner verlohrnen Einkünfte wieder erhalten. Allein bey genauer Ansicht erheben sich folgende Bedenklichkeiten: 1) Von den Modenesischen Einkünften sind zwar die Erhebungs-Kosten, wenigstens bey den Pachten, aber zuverlässig nicht die Kosten der Staatsverwaltung, der Regierung in allen ihren Zweigen, abgezogen; 2) von Modena sind die sämtlichen Einkünfte, weil nur Eine Hauptcasse im Lande war, verrechnet; dagegen scheint 3) jenes Summarium sich nur auf die sogenannten Kammer-Einkünfte zu beziehen, welche unmittelbar und allein zur Disposition des Landesherrn sind. Der Landschafts-Casse, aus welcher ein großer Theil der Staatsausgaben bestritten wird, ist hier gar nicht gedacht. Und 4) von den Kammer-Einkünften sind hier schon alle auf die Kammer angewiesene Ausgaben abgezogen, so daß hier nur der reine Ueberschuß, der nach Wien oder in die Casse des Regenten kommt, d. h. nach Abzug aller Administrations- und Landes-Ausgaben, zu verstehen ist. Endlich 5) ist nirgends klar, ob unter dem Breisgau in beyden Tabellen auch die Ortenau zu ver-

stehen sey, und es ist desto unwahrscheinlicher, da die Finanztabelle schon am 4ten May 1801 dem Herzoge mitgetheilt wurde, zu welcher Zeit von der Ortenau noch nicht die Rede war. In diesem Falle würde die Ortenau doch beynahe das linke Rheinufer ersetzen. Nimmt man alle diese Umstände zusammen: so möchte sich das Verhältniß zum Vortheile des Breisgaues sehr ändern, der Herzog aber doch immer noch um mehr als die Hälfte verkürzt bleiben. Man hätte daher desto sichrer erwarten sollen, daß man dem Herzoge die unter seiner Hoheit stehenden Stifter und Klöster, nach dem Beyspiele fast aller andern Entschädigungslande, nicht entziehen würde, wodurch sich der reine Ueberschuß mehr als verdoppelt hätte. Doch ist ihm, seiner Berufung auf zwey Friedensschlüsse und auf den in der Deputation wiederholt aufgestellten Grundsatz ohngeachtet, der Johanniter-Orden aufgedrungen. Dazu kommt, daß der Herzog in Italien anständige Residenz- und Lustschlösser hatte, wovon sich hier gar nichts findet. Eine sehr strenge Büßung für eine sehr natürliche Be-

günstigung der Oestreicher. Nicht nur als Blutsfreund Oestreichs, sondern auch als Vasall des Deutschen Reichs war der Herzog entschuldigt, wenn er, dem ihm abgezwungenen Frieden zuwider, den Oestreichern einige Vortheile gewährte. — Der neue Besitzer des Breisgau wird übrigens Deutscher Reichsstand mit 2 Fürstenstimmen.

§. 2.

Dem Churfürsten von Pfalzbaiern für die Rheinpfalz, die Herzogthümer Zweybrücken, Simmern und Jülich, die Fürstenthümer Lautern und Veldenz, das Marquisat Bergopzoom, die Herrschaft Ravenstein und die übrigen in Belgien und im Elsaß gelegenen Herrschaften: das Bisthum Wirzburg unter den hernach vorkommenden Ausnahmen; die Bisthümer Bamberg, Freisingen, Augsburg, und das von Passau; mit Vorbehalt dessen, was §. 1. dem Erzherzoge Großherzoge davon bestimmt ist; nebst der Stadt Passau, derselben Vorstädten, und

allen und jeden Zugehörden dieſſeit des Inn und der Ilz, und überdieß noch einen von ihren äußerſten Enden an zunehmenden Bezirk von 500 franzöſiſchen Toiſen im Durchſchnitt; ferner: die Probstey Kempten, die Abteyen Waldſaſſen, Eberach, Irrſee, Wengen, Söflingen, Elchingen, Ursberg, Roggenburg, Wetteuſen, Ottobeurn, Kaiſersheim und St. Ulrich; überdieß die geiſtlichen Rechte, eigenthümliche Beſitzungen und Einkünfte, welche von den in der Stadt und Markung Augſburg gelegenen Capiteln, Abteyen und Klöſtern abhängen, jedoch mit Ausnahme alles deſſen, was in beſagter Stadt, und derſelben Markung ſelbſt begriffen iſt. Endlich die Reichsſtädte und Reichsdörfer: Rothenburg, Weiſſenburg, Windsheim, Schweinfurt, Gochsheim, Sennfeld, Kempten, Kaufbeurn, Memmingen, Dinkelsbühl, Nördlingen, Ulm, Bopfingen, Buch-

horn, Wangen, Leutkirch und Ravensburg, nebst ihren Gebieten mit Einschlusse der freyen Leute auf der Leutkircher Haide.

Es findet keine Vermehrung der Festungswerke der Stadt Passau statt. Sie werden lediglich unterhalten, und es wird kein neues Festungswerk in den Vorstädten angelegt werden. Der Churfürst von Pfalzbayern erhält überdieß in vollen eigenthümlichen und Landeshoheitsbesitz nach den vorerwähnten Bedingnissen die von dem Antheile des Erzherzogs Großherzogs getrennten Theile von Eichstädt, wobey der fernere Bedacht auf einen Territorialersatz dessen, was dem Churfürsten von Pfalzbayern noch für das ihm vorhin angewiesene Bisthum Eichstädt abgeht, vorbehalten wird.

Die Pfalz-Bayrische Entschädigung ist so wie nach der Toscanischen unter allen die größte, so auch die schwerste und verwickelteste. Aber auch der Verlust ist nicht leicht auszumitteln, wegen der widerspre-

chenden Angaben, die man hat. Ueber beyde hat der D. Zuschauer eine trefliche Abhandlung geliefert.

Der Bayrischen Erklärung in der 21sten Sitzung zufolge ist in der der Convention vom 3 Jun. 1802 zum Grunde gelegten Evaluation der Verlust nach dem mäßigsten Anschlage auf 220 Qu. Meilen, 780,000 Einwohner, und 5,870,000 Fl. Einkünfte liquidirt, wobey die Rheinzölle, (140,000 Fl. jährlich) gar nicht mit in Anschlag gebracht wurden. Eine specielle Berechnung gab Bayern in der Deputation nicht, ist aber von Paris aus bekannt geworden, und aus dieser ersieht man, 1) dafs die mittelbaren Besitzungen im Elsass und in Belgien mit 34 Qu. Meilen und 168,000 Seelen in Anschlag gebracht sind, 2) dafs die Rückstände und Interessen für 8 Jahr zu $2\frac{1}{2}$ Procent mit 1,020,000 Fl. zu ersetzender jährlicher Einkünfte in Rechnung gebracht sind. Allein mittelbare Besitzungen dürfen nicht nach Gröfse und Volksmenge, welche das Land, unter dessen Territorial - Hoheit sie stehen, sich zueignet, sondern allein nach den reinen

Einkünften angeschlagen werden, und können auf keinen Ersatz an unmittelbarem Lande von gleicher Gröfse, Bevölkerung, und nicht einmal gleichen Einkünften Anspruch machen, denn die Unmittelbarkeit ist auch etwas werth. Mittelbare Güter aber zum Ersatz der mittelbaren waren in den Entschädigungslanden selbst genug vorhanden. Auch möchte sich bey diesem Entschädigungswerke der Verlust an Einkünften während des Kriegs zu keiner Entschädigung qualificiren: er gehört zu den allgemeinen, vom Kriege unzertrennlichen Uebeln, die jedermann treffen. Hiervon überzeugt, hat die Deputation auf diese Rubrik in irgend einer Reclamation eben so wenig Rücksicht genommen, als Reclamationen über Kriegsschäden angenommen. Dadurch fällt nun schon die Liquidation auf 186 Qu. Meilen, 612,000 Seelen, und 4,850,000 Fl., von welchen letztern 500,000 Fl. aus mittelbaren zu ersetzen waren, so dafs für die unmittelbaren Lande nur 4,350,000 Fl. übrig bleiben. Man bemerke ferner, dafs die Einkünfte der Pfalz in der Liquidation zu 2,430,000 Fl.

angeschlagen sind, welche der D. Z. höchstens auf 2 Millionen schätzt; daß in der Angabe der Volksmenge von Zweybrücken höchst wahrscheinlich ein Fehler steckt, indem 36,000 Seelen aus den ehemals Zweybrückischen Besitzungen im Elsaß darunter gerathen sind, und daß man die Summe von 200,000 Gulden, welche die Besitzungen in Belgien abwerfen sollen, für zu hoch, wenigstens nicht für den reinen Ertrag hält. Demnach würde die ganze Summe der verlohrnen Einkünfte auf etwa vierthalb Millionen Gulden herabsinken. *)

*) Es steckt aber in der Berechnung ein Fehler. Bayern giebt in der Deputation 4,870,000 Fl. an, und eben diese Zahl hat der D. Z. in der Summa. Zählt man aber die einzelnen Angaben bey ihm (Heft I. S. 111) zusammen: so kommen nur 5,270,000 Fl. heraus; nämlich von

mittelb. Besitzungen	.	.	500000 Fl.
Zweybrücken	.	.	614000 —
Jülich	.	.	706000 —
der ganzen Pfalz	.	.	2,430000 —
Rückständen	.	.	1,020000 —

Summa 5,270000 —

Von den Entschädigungslanden machen die Hochstifter B a m b e r g und W ü r z b u r g, die den besten Theil des schönen Frankenlandes einnehmen, das Hauptstück aus. Ueber das erstere sind keine wichtigen Varianten da, und die vom D. Z. angegebenen Zahlen die wahrscheinlichsten. Mit W ü r z b u r g ist aber eine sonderbare Verwirrung entstanden, Gröfse und Volksmenge betreffend. Der D. Z u s c h a u e r sagt (Heft I. S. 138), nach S c h ö p f s *) allerneuester Conscrip-

Und doch werden die einzelnen Angaben in der Abhandlung mehrmalen wiederholt. Sollte die Summa durch einen Druckfehler in den D. Z. und die Bayrische Abstimmung gekommen seyn? Es scheint aber doch, man müsse einen jährlichen Rückstand von 4,850000 Fl. annehmen, um die Forderung von 1,020000 Fl. jährlicher Einkünfte dafür herauszubringen; und dann wäre die Hauptsumma recht, und der Fehler müfste in den einzelnen Angaben stecken. In der Tabelle halte ich mich den Pariser Angaben so nahe, wie möglich.

*) Schöpfs (Benedictiners) historisch - statistische Beschreibung des Hochstifts Würzburg-

tions-Tabelle wären im Hochstifte 262,409 Seelen; es sind aber 265,381. Jene Zählung ist nach Schöpf (S. 73 und Beyl. V.) vom J. 1798. Höck giebt aber gerade dieselbe Zahl vom J. 1788 an (D. Z. l. c.). Sonderbar! Der D. Z. meynt, nach den von Schöpf über seine Tabelle mitgetheilten Aufschlüssen müsse man die unmittelbaren Territorial-Unterthanen auf 378,500, mit den stiftischen und übrigen mittelbaren Unterthanen aber die gesamte Volksmenge auf eine halbe Million setzen. Da nun diese nicht auf 94 Qu. Meilen, die man für das Hochstift gewöhnlich annimmt, wohnen können: so erweitert der Z. das Gebiet, vermittelt des Mittelbaren bis zu 160 Qu. Meilen. (2500 Menschen auf 1 Qu. Meile giebt diefs.) Allein, Schöpf rechnet 1) für die Hauptstadt 10 Seelen auf jedes Haus, (zu viel, denn er sagt selbst, daß die Häuser nur von einzelnen Familien bewohnt würden,) und bringt so mit Ein-

1802. Ein sehr schätzbares Werk, das gerade zur rechten Zeit kam, um die Erläuterung der Entschädigungen zu erleichtern.

schluss der nicht gezählten(?) Bewohner der fürstl. Gebäude, geistlichen und milden Stiftungen, der Akademie und des Militairs an 28000 Seelen heraus. (So viele hat Würzburg nicht.) 2) Rechnet er auf jede der 36 Landstädte 1500 Seelen, (offenbar zu viel!) und auf jedes der 593 unmittelbaren Dörfer 500 Seelen, (noch offener zu viel!) rechnet dann die mittelbaren dazu, und bringt so seine halbe Million heraus. So setzt er seine Hypothese, die er noch durch 6 nichtige Gründe annehmlich machen will, der von der Regierung veranstalteten Zählung, welche alle, auch die stiftischen und übrigen mittelbaren Unterthanen begreift, entgegen. Eine starke Anmaassung, zu der ihn sein übertriebener patriotischer Eifer gegen Schneidawind *) verleitet hat. Zugegeben, dass der Hof, der Clerus und das Militair, auch die Universität, Spitäler

*) Schneidawind, ein geschätzter Bamberger Statistiker, hatte sich nämlich entfallen lassen, Bamberg sey bevölkerter, als Würzburg.

u. d. gl. nicht mit gezählt worden sind: so wird doch wohl 30,000 das Höchste seyn, was man dafür annehmen darf, und das ganze Land hätte höchstens 300,000 Einwohner. Einer Erweiterung des Flächeninhalts gedenkt Schöpf mit keinem Worte, wiewohl er große Ursache gehabt hätte, für seine halbe Million mehr Platz zu machen. Die 94 Qu. Meilen sind doch gewiss nur von Messungen auf Charten genommen. Dabey macht man nun zwischen unmittelbarem und mittelbarem Gebiete keinen Unterschied, wie der Z. meynt. Die 94 Qu. Meilen begreifen also das gesamte Fürstenthum, und nur die halbe Million konnte den Z. verleiten, noch 66 Qu. Meilen, also über zwey Drittheile der allgemein angenommenen Größe hinzu zu setzen. *) Man darf nur auf irgend einer Charte Würzburg mit Bamberg, Ans-

*) Die vom Major von Fackenhofen nach dessen genauen auf fürstl. Befehl vorgenommenen Messungen entworfene Charte, deren baldige öffentliche Erscheinung Hr. Schöpf ankündigt, wird den Streit entscheiden.

bach oder Bayreuth vergleichen, um sich augenscheinlich vom Ungrunde dieser Vergrößerung zu überzeugen. Schöpf führt zwar als Beweis an, daß Würzburg, wenn es mit Bamberg Einen Regenten hätte, zum Unterhalte desselben zwey Dritttheile und Bamberg einen beytrage; demnach müßte Würzburg noch einmal so groß seyn und so viele Einwohner haben, als Bamberg, und auch dann blieb es noch weit von 160 und 500,000 entfernt. Allein dergleichen Verhältnisse werden bloß nach den Einkünften bestimmt, und Schöpfs Beweis beweiset nichts weiter, als daß Würzburg noch einmal so viele Einkünfte hat, als Bamberg. Die von Würzburg getrennten Aemter und Parcelen enthalten 7 Städte, 97 Dörfer, über 43300 Einwohner, folglich wenigstens 15 Quadratmeilen, so daß für Bayern nur etwa 79 Qu. M. und 250,000 Einwohner übrig bleiben. Die Einkünfte von Bamberg schätzt der D. Z. auf $1\frac{1}{2}$, und die von Würzburg auf 5 Millionen Gulden: beyde vielleicht zu hoch, wenn man nicht die Stifter und Klö-

ster dazu schlägt, von welchen zwar die Acte nur das reiche Eberach dem neuen Landesherrn zuweist, die übrigen aber durch den §. 35. demselben ebenfalls überlassen sind. *) Denn aus den Einkünften der allerdings sehr reichen Domcapitel müssen die neuen Bisthümer dotirt werden.

Von Passau kommt nur der kleinste Theil an Bayern; dieser enthält aber die Hauptstadt, folglich den Sitz des Capitels, **) und wird durch die sämtlichen Passauischen Güter und Gefälle in Bayern noch beträchtlicher. Die Stadt und ihre Markung darf keine neuen Festungswerke erhalten, weil sie als Schlüssel zur Donau und zum Inn in einem stark befestigten Zustande Oestreich beschwerlich fallen könnte; dagegen darf der neue Regent von Eichstädt in diesem Lande, welches im Herzen der jetzigen

*) Daher ist in der Tabelle für Eberach nichts gerechnet.

**) Doch kommen von den Einkünften des Domcapitels gewiss nur die innerhalb der Bayrischen Gränzen an Bayern; daher scheint mir die Angabe des D. Z. zu hoch.

Bayrischen Staaten liegt, ebenfalls keine Festungswerke anlegen. Besser hätte der Anstand mit Passau, und Bayerns Besorgniss, den Mittelpunkt seiner Staaten in den Händen eines fremden Fürsten zu sehen, nicht gehoben werden können. Von Eichstädt kommt zwar ein Theil, etwa der fünfte, an Bayern; er kann aber nur als Zuwachs zum unmittelbaren Gebiete in Anschlag gebracht werden, da Bayern den Betrag der Einkünfte aus seinen mittelbaren Besitzungen in Böhmen ersetzen muß. Folglich verliert es die gesamten Revenüen von Eichstädt. Zwar wird am Ende versprochen, auf einen Territorial-Ersatz für dieses ihm vorhin angewiesene (und sogar durch einen feyerlichen Tractat von Frankreich, Rußland und Preussen garantirte) Bisthum Bedacht zu nehmen. Allein in ganz Deutschland giebt es kein unmittelbares Territorium, das nicht schon angewiesen wäre. Bayern wird sich also mit dem bloßen Ersatz der Einkünfte aus mittelbaren Gütern, die nirgend anders her als aus ihm selbst genommen werden können,

begnügen müssen. Man spricht schon von Aufhebung der Bayrischen Zunge des Malteser Ordens, deren Einkünfte 171000 Gulden betragen sollen, und doch würde noch ein starker Defect bleiben, den man vielleicht durch inländische Klöster ersetzt. Diefs wäre aber doch in der That nichts anders, als ihm das noch einmal geben, was ihm, nicht nur als Landesherren,*) sondern auch vermöge des 39sten §. dieses Hauptschlusses, ohnehin schon gebührt. Aus diesem Gesichtspuncte kann man auch die Zutheilung von Wengen, Eberach und sogar Waldsassen ansehen, wovon die beyden ersten zwar in den Entschädigungs-Landen, das letztere aber in einem alten Erblande, der Oberpfalz, liegt, von welchem seine Besitzungen, nach Bayerns Aeufserung in der IVten Sitzung, den siebenten Theil ausmachen. Vielleicht ist Waldsassen wegen eines doppelten Anspruchs, der Abtey selbst auf

*) Doch kann der Landesherr die Stifter nur ad alios usus pios verwandeln, nicht zur Kammer schlagen.

ihre Unmittelbarkeit, und Böhmens auf das Schutz- und Schirmrecht über dieselbe, dem Churfürsten ausdrücklich zugeeignet worden. Vom fürstlichen Stifte Kempten sagt eine am 10. Nov. bey der Deputation dictirte Vorstellung desselben, dafs es nach einem zehnjährigen Durchschnitt jährlich 250,000 Gulden sichere Einkünfte trage, wovon aber die Capitularen mit unterhalten wurden, weil das Capitel keine abgesonderten Einkünfte hatte. Es scheint aber, dafs die landschaftlichen Anlagen, welche sich über 50,000 Fl. belaufen, nicht darunter begriffen sind. Man wird also, auch ohne Rücksicht auf das, was sich sonst zur Einziehung geeignetes darin finden möchte, wenigstens 300,000 Gulden rechnen müssen. Der kleine von Salzburg an Bayern gekommene District von Mühlendorf ist unbedeutend, und hat noch nicht 1500 Einwohner: er mag daher in der Berechnung unter Freysingen stecken, das die Einkünfte desselben ersetzen mufs. Wie hoch sich die Einkünfte der Stadt-Augsburgischen Stifter aus Bayern belaufen, ist nicht bekannt, dafs sie aber nicht unbe-

deutend sind, ist gewiss; indessen wollen wir nichts dafür rechnen, um einen etwanigen Ausfall damit zu decken.

Da die Tabelle, um Raum zu gewinnen, die sämtlichen Abteyen und die sämtlichen Reichsstädte zusammen nimmt: so mag das Detail hier stehen, meist nach dem D. Z.

a) Die Abteyen haben	Qu.M.	Einw.	Eink.
Elchingen	$2\frac{1}{2}$	4000	60000 Fl.
Irrsee	2	4400	60000 —
Kaisersheim	3	6000	90000 —
Ottobenren	5	12000	100000 —
Roggenburg	$2\frac{1}{2}$	5000	75000 —
Söflingen	$1\frac{1}{2}$	3000	65000 —
St. Ulrich ist unter			
Augsburg begriffen	—	—	— —
Ursperg	$1\frac{3}{4}$	3600	50000 —
Wettenhausen . . .	2	5000	70000 —
Eberach, unter Wirz-			
burg begriffen . .	—	—	— —
Waldsassen in der			
Oberpfalz	—	—	200000 —
Wengen in Ulm . .	—	—	20000 —
	19 $\frac{1}{4}$	43000	790000 Fl.

b) Die Reichsstädte und Dörfer

haben	Qu.M.	Einw.	Eink.
Bopfingen	$\frac{3}{4}$	1800	6000 Fl.
Buchhorn	$\frac{1}{2}$	1000	10000 —
Dinkelsbühl	1	8000	50000 —
Kaufbeuren	2	7000	22000 —
Kempten	$\frac{3}{4}$	3600	30000 —
Leutkirch mit der Haide	$2\frac{1}{2}$	5000	25000 —
Memmingen	2	11500	45000 —
Nördlingen	$1\frac{1}{2}$	8000	20000 —
Ravensburg	$2\frac{1}{2}$	6000	20000 —
Rothenburg	5	24000	60000 —
Schweinfurt	2	6200	20000 —
Ulm	14	38000	350000 —
Wangen	$1\frac{1}{2}$	4300	18000 —
Weissenburg	1	6500	18000 —
Windsheim	1	4000	13000 —
Gochsheim u. Sennfeld	$\frac{3}{4}$	2600	10000 —

$38\frac{3}{4}$ 137500 717000 Fl.

Im ersten Plane waren auch die Reichs-Dörfer Alschhausen und Althausen dazu gezogen; aber schon der zweyte Plan erwähnte ihrer nicht, vermuthlich weil der Deutsche Orden Ansprüche auf beyde macht.

Man rechne, wie man will; wenn man auch den Verlust so hoch, und die Entschädigung so niedrig anschlägt, als die Gründe der Wahrscheinlichkeit nur immer zulassen: so stößt man immer auf das Resultat, daß Bayern, selbst ohne Eichstädt, zwar verhältnißmäßig weniger als einige andere der großen Interessenten, aber doch immer noch beträchtlich an Land, Volk und Einkünften gewonnen habe. Gleichwohl gab Bayern schon in der XXIsten Sitzung der Deputation (30 Oct.), als es Eichstädt noch hatte, feyerlich zu Protocoll: daß nach den mannichfaltigen Verkürzungen, welche die verschiedenen Bestandtheile der Churfürstl. Entschädigungen neuerdings erlitten haben, sich ein Abgang von einer Million Thaler (also 1,500,000 Fl.) jährlicher Revenüen ergebe. Mir sind keine Verkürzungen bekannt, als daß der zweyte Plan einige Parcelen von Würzburg mehr abriß als der erste, auch Alt- und Altshausen zurücknahm; dagegen legte er Eberach und Waldsassen zu, die das Entzogene sehr reichlich ersetzten, und die der Plan, nach den angenommenen

Grundsätzen, wenigstens in Ansehung der Einkünfte anderwärts hätte verwenden können. Indessen würde man gern auf eine so officiële Versicherung jede Berechnung, welche ihr widerspricht, als grundlos und irrig verwerfen, wenn sie nicht mit einer eben so officiellen Versicherung in einem seltsamen Contraste stände. Wenn die Französische Regierung Bayern anderthalb Millionen Gulden, also den zehnten, vielleicht den achten Theil seiner Staatskraft verlihren läßt; wie kann sie sagen, daß sie Bayern vorzüglich begünstige, um, nächst Preussen, zur Grundlage des Deutschen Gleichgewichts zu dienen? Man muß also beyde widersprechende Behauptungen zu vereinigen suchen, ohne einer zu nahe zu treten. Man muß annehmen, entweder, daß die Berechnungsarten, welche von Bayern zum Grunde gelegt wurden, verschieden waren, für den Verlust z. B. der volle Ertrag, für die Entschädigung der reine Ertrag; für jenen der gesamte Landes-Ertrag, für diesen die Kammer-Einkünfte; für jenen die laufenden Preise, für diese die Kammertaxen; u. s. w.

Es giebt hierin mannichfaltige Modificationen, welche, so fein sie auch sind, um dem ungeübten Auge zu entgehen, doch ungeheure Verschiedenheiten hervorbringen. Oder, was mir wahrscheinlicher ist, man hat die Berechnungen der Entschädigungen aus falschen und mangelhaften statistischen Werken und Nachrichten genommen. *) Im October hatte Bayern eben erst provisorischen Besitz genommen, und weder die Zeit noch die Befugniss gehabt, die Rechnungen seiner vielen grössen und kleinen Entschädigungslande genau durchzusehen, und aus einer Reihe von Jahren nach denselben Grundsätzen, nach welchen die Berechnung des Verlustes gemacht ist, einen billigen

*) Eine Probe davon habe ich in meiner Erläut. des ersten Plans (S. 196) gegeben, wo Bayern die Einkünfte von Augsburg, Kempten, Irrsee, Stadt Kempten und Kaufbeuern, auf nicht mehr als 400,000 Fl., Oestreich aber auf 800,000 Fl., also gerade doppelt so hoch anschlägt; und doch war sie zum Behuf der Entschädigung von Toscana gemacht, also von Oestreichischer Seite gewiss nicht übertrieben.

Durchschnitt zu ziehen. Ohne Zweifel wird nun, bey der eigenen Administration dieser Lande, ein ganz anderes und für Bayern weit vortheilhafteres Resultat erscheinen.

§. 3.

Dem Könige von Preussen, Churfürsten von Brandenburg für das Herzogthum Geldern, und den auf dem linken Rheinufer gelegenen Theil des Herzogthums Cleve; für das Fürstenthum Mörs, die Bezirke von Sevenaer, Huissen und Malburg, und für die Rhein- und Maaszölle :

Die Bisthümer, Hildesheim und Paderborn; das Gebiet von Erfurt mit Untergleichen, und alle Mainzischen Rechte und Besitzungen in Thüringen; das Eichsfeld, und der Mainzische Antheil an Treffurt. Ferner die Abteyen: Herforden, Quedlinburg, Elten, Essen, Werden und Kappenberg; und die Reichsstädte Mühlhausen, Nordhausen und Goslar; endlich die

Stadt Münster, nebst dem Theile des Bisthums dieses Namens, welcher an und auf der rechten Seite einer Linie liegt, die unter Olphen über Seperad, Kakelsbeck, Heddingschel, Ghisschinck, Notteln, Hutschhofen, Nannhold, Nienburg, Uttenbrock, Grimmel, Schönfeld und Greven gezogen wird, und von da dem Laufe der Ems folgt, bis auf den Zusammenfluß der Hoops-teraa in der Grafschaft Lingen.

Die Ueberreste des Bisthums Münster werden auf folgende Weise vertheilt, nämlich: dem Herzoge von Oldenburg die Aemter: Vechte und Kloppenburg.

Dem Herzoge von Aremberg das Amt Meppen, mit der Köllnischen Grafschaft Recklinghausen.

Dem Herzoge von Croy die Reste des Amts Dülmen.

Dem Herzoge von Looz und Corswaren: die Reste der Aemter Bevergern und Wolbeck.

Die Capitel, Archidiaconal-Präben-

den, Abteyen und Klöster, so in den Aemtern gelegen sind, welche die obenbenannten Ueberreste des Bisthums Münster ausmachen, werden gedachten Aemtern einverleibt.

Den Fürsten von Salm die Aemter: Bocholt und Ahaus, mit den darin liegenden Capiteln, Archidiaconaten, Abteyen und Klöstern; alles im Verhältnisse von zwey Drittheilen für Salm-Salm, und eines Drittheils für Kyrburg, dessen Abtheilung unverzüglich durch eine weitere Anordnung bestimmt werden wird.

Die Reste des Amtes Horstmar mit Einschluss der darin befindlichen Capitel, Archidiaconaten, Abteyen und Klöster fallen den Rheingrafen zu; unter der Bedingung, die gegen die Fürsten von Salm den 26sten October a. c. übernommenen Verbindlichkeiten zu erfüllen.

Aus der getroffenen Vertheilung von Münster folgt von selbst, dass die bisherige ständische Verfassung nicht mehr statt finden kann.

Das Haus Salm-Reiferscheid-Bedburg erhält das Mainzische Amt Krautheim, mit den Gerichtbarkeits-Rechten der Abtey Schönthal in besagtem Amte, und überdieß eine beständige auf Amorbach ruhende Rente von 32000 Gulden.

Der Fürst von Salm-Reiferscheid für die Grafschaft Nieder-Salm: eine immerwährende Rente von 12000 Gulden auf Schönthal.

Der Graf von Reiferscheid-Dyk erhält für die Feudalrechte seiner Grafschaft eine immerwährende Rente von 28000 Gulden auf die Besitzungen der Frankfurter Capitel.

Dieser weitläufige Paragraph begreift viele Interessenten, und hat gegen denselben im ersten Plan große Veränderungen erlitten. Denn man hat in das Hochstift Münster ganz neue Theilnehmer an den Entschädigungen gezogen, an die vorher niemand denken konnte, und hat nicht nur das ganze, so sehr zerstückelte Bisthum in diesem §. an seine neuen Regenten vertheilt,

sondern auch noch Entschädigungen hinein gezogen, welche Linien eines solchen mit interessirten Hauses anderwärts bekamen. Der Hauptinhalt desselben betrifft jedoch die Entschädigung von Preussen.

A. Dafs der Preussische Verlust in Rücksicht auf die Stärke der Monarchie überhaupt, und in Rücksicht auf seine entfernte, verlorhrne Lage insonderheit, von keiner grossen Erheblichkeit war; dafs eigentlich nur für Cleve und Mörs, als Reichslande, nicht aber für Geldern, Ersatz vom Reiche gefordert werden konnte, und dafs die kleinen an der Holländischen Gränze liegenden Parcelen Malburgen, Huyssen u. s. w. nicht durch den Frieden, sondern durch eine besondere zwischen Preussen und der Batavischen Republik geschlossene Convention abgetreten worden, ist bekannt. Ueber den Verlust giebt es keine beträchtlichen Varianten, desto gröfsere aber über die Entschädigungslande, welche zum Theil in der Natur der Sache, nämlich in der Zerstückelung, und in dem Mangel an zuverlässiger Landeskunde liegt. Die Preussische Entschädigung

ist sehr zusammen gesetzt, liegt sehr zerstreut, und besteht, was das Schlimmste ist, aus Ländern, von denen wir wenig oder nichts wissen. Vom Flächeninhalt des Bisthums Hildesheim habe ich die niedrigste Angabe angenommen; auch die Volksmenge darf nicht niedriger angesetzt werden. Von den Einkünften bemerke man, daß die Landschaftscasse allein 1781 an 260,000 Thaler einnahm; daß die Cammercasse aus den Domainen und Regalien wahrscheinlich mehr als 100,000 Thaler erhob; daß das aus 42 Gliedern bestehende Domcapitel wichtige Einkünfte, wenigstens 120,000 Thaler,*) hatte; und daß die Einkünfte der Klöster über 150,000 Thaler **) betrugen. Diefs beträgt in Summa über 630,000 Thaler; doch wollen wir, zum Theil in Rücksicht der ansehnlichen Schulden, nur 500,000 Thaler als gewiß annehmen. Von Paderborn wird aus höchstauthentischer Quelle versichert,

*) So hoch werden sie selbst in der unten anzuführenden Berliner Schrift angegeben S. 15.

**) Pol. Journal 1802. II. 1158.

dafs der Bischof allein für sich 80,000 Thaler Einkünfte hatte, ohne den anderweitigen Landes-Etat, den man auf 600,000 Thaler rechne; welches vermuthlich so zu verstehen ist, dafs jährlich 600,000 Thaler in die Staatscassen fließen, wovon dem Fürsten nach Abzug aller Administrations-Kosten 80,000 Thaler für Hof und Schatulle übrig bleiben. Da mir die Summe etwas hoch scheint: so wollen wir sie beybehalten, ohne für Domcapitel, Stifter und Klösier etwas zu rechnen. Bey den Angaben über Gröfse und Bevölkerungen der ehemaligen Mainzischen Lande folge ich dem Verfasser des Taschenbuchs des D. Reichs, welcher die erstern durch die Ausmessungen des Ing. Ackard erhalten zu haben versichert. Die Einkünfte solcher einzelnen Theile kann man aber nur muthmafslich angeben; und man mufs dabey die reichen Klöster in Erfurt und auf dem Eichsfelde einer Seits, und andrer Seits das Preussische Finanzsystem, welches doch gewifs in allen diesen Landen eingeführt, und einen ganz andern Ertrag

liefern wird, nicht vergessen. Man kann daher die ehemaligen Einkünfte unter der milden Mainzischen Regierung, wo die Abgaben sehr gering waren, nicht zum Maassstabe des künftigen Ertrags, wenn man sie auch genau wüßte, annehmen, sondern muß noch überdiß Local-Umstände und Analogie zu Rathe ziehen. Herforden und Quedlinburg tragen, da sie bisher schon als Landsassen behandelt und zu den Preussischen Staaten gerechnet wurden, zu Gröfse und Volksmenge nichts weiter bey, wohl aber zu den Einkünften. Die unmittelbare Abtey Cappenberg, welche der erste Plan dem Fürsten von Nassau-Oranien zugetheilt hatte, ist im zweyten Plane der Preussischen Entschädigung beygelegt worden, weil sie im Umfange derselben lag. Sie hat bey einem kleinen Gebiete grofse Einkünfte. Goslar hat 2 unmittelbare evangelische Stifter, deren nicht gedacht ist, die aber Preussen ohne Zweifel zu seinem Entschädigungsloose zieht, und dann noch 2 Klöster. Sie haben meist gute Einkünfte, und müssen in Anschlag kommen.

Da das Hochstift Münster unter so viele Interessenten getheilt worden ist: so war eine genauere Ausmessung desselben nach allen einzelnen Theilen nöthig. Ich machte sie auf der Homannischen Charte, welche man nicht für schlecht hält, und fand mit Erstaunen, statt der angenommenen 220 Qu. M. über 260, oder genau $264\frac{3}{4}$ Qu. Meilen für das ganze Land. Auf diese Charten - Messung beziehen sich alle folgende Gröſſen - Zahlen vom Münsterlande. Der Preussische Antheil enthält :

Amt Sassenberg	13 Qu.M.
— Stromberg	$8\frac{1}{4}$ —
— Wollbeck Preufs A.	$31\frac{1}{4}$ —
— Werne *)	$12\frac{1}{2}$ —
— Dülmen Preufs. A.	$\frac{3}{4}$ —
— Horstmar	$2\frac{1}{2}$ —
— Bevergeren	$12\frac{1}{2}$ —
zusammen	$80\frac{3}{4}$ —

*) Wenn man die Gränzlinie genau nach der obigen Bestimmung zieht: so bleibt der westliche Winkel dieses Amts, etwa 1 Qu. Meile, auſſerhalb derselben. Da aber dieses Restes nir-

Dieser Preussische Antheil am Münsterlande ist der fruchtbarste, bevölkerteste und gewerbreichste Strich desselben. Ein ungenannter Preussischer Schriftsteller giebt die Volksmenge desselben bestimmt zu 98,366 Seelen an, also nach einer Zählung; Höck hingegen zu 160,000. Wir können also in mittlerer Zahl 130,000 oder sicherer 150,000 annehmen. Ueber die Einkünfte ist bey Gelegenheit der Salmischen Reclamationen, wovon besonders die CXIte Beylage zu den Deputations-Protocollen hieher gehört, viel verhandelt worden. Man hat die ehemaligen Kammer-Einkünfte, welche verhältnißmäßig geringe waren, allein zum Maafsstabe der Entschädigungen annehmen, und die dreymal stärkern landschaftlichen Einkünfte, wegen ihrer bestimmten Verwendung gar nicht in Anschlag bringen wollen. Allein man bemerke, daß 1) die Kammer-Einkünfte durch die eingezogenen Stifter und

gends gedacht wird: so habe ich ihn mit zum Pr. Antheile geschlagen. Auch ist die Probstei Cappenberg unter diesem Amte mit begriffen.

Klöster, welche in der That den größten Theil des gesamten Landes-Ertrags wegnahmen, ungemein vermehrt werden; und dafs 2) die ganze landschaftliche Verfassung ausdrücklich aufgehoben worden ist, und nun nicht nur die landschaftlichen Einkünfte keine besondere Casse und feste Bestimmung weiter haben, sondern dafs auch jeder neue Landesherr das Recht erlangt zu haben scheint, in seinem Antheile jede ihm beliebige Finanz-Einrichtung zu treffen. Daraus folgt, dafs sich von den ehemaligen Einkünften der Landschaft und der Kammer durchaus kein Schluss auf die künftigen machen läfst, sondern dafs die letztern nach den Umständen müssen geschätzt werden. Man wird nicht zu viel thun, wenn man die Einkünfte des Preussischen Antheils, nach der neuen Administration, und mit Einschluss des Domcapitels, der Collegiatstifter, weltlichen und adel. Frauenstifter, Archidiaconaten, Abteyen *) und Klöster, auf 900,000 Gulden annimmt.

*) Man hat bey der Säcularisation gefunden, dafs das einzige Kloster Marienfeld 50 bis 60,000 Fl. Einkünfte gehabt hat.

Bey dem auffallenden Misverhältniß zwischen Verlust und Entschädigung geben sich einige Schriftsteller die Mühe, diese möglichst zu verringern, andere, sie zu vertheidigen. Zu den erstern gehört der Verfasser einer zu Berlin erschienenen Beschreibung der Preussischen Entschädigungs-Provinzen. Er berechnet die Arealgröße der ganzen Entschädigung nur auf 162 Qu. Meilen, wobey er für Hildesheim 31, für Paderborn 42, für Eichsfeld und Mühlhausen 24, und für Münster 49 Qu. Meilen rechnet. Er setzt aber auch sogleich hinzu: Privat-Nachrichten zufolge betrügen die neuen Provinzen 202 Qu. Meilen, und hätten 440,600 Einwohner. Die Privat-Nachrichten machen also schon die Entschädigung um den vierten Theil — keine Kleinigkeit — größer, als sie vorhin war. Es kann daher nicht auffallen, wenn man sie nur etwa um den siebenten Theil noch vergrößert. Uebrigens wird man sich dereinst aus Sotzmanns Special-Charten über die Größe, und aus authentischen Zählungslisten über die Volksmenge sehr gerne eines Bessern belehren; denn was

die Einkünfte betrifft, wird es noch lange bey dem Rathen bleiben müssen.

Eine Vertheidigung der großen Preussischen Entschädigung unternimmt ein im Pol. Journal (Nov. 1802) abgedruckter Brief aus Berlin, welcher merkwürdig, dem Tone nach von einem Staatsmanne ist, und doch schwerlich die Begriffe, die er für irrig hält, berichtigen wird. Allein man müßte, um Meynung gegen Meynung zu stellen, dem Verfasser Schritt vor Schritt folgen, und den ganzen Brief abdrucken lassen. Er stützt sich, kurz und gut, auf den Basler Frieden und die Preussische Neutralität; ich rathe aber jedem Leser, hierbey die noch unvergessenen Schriften von Johannes Müller und Marquard zu Rathe zu ziehen, wenn ihm nicht schon die Entschädigung selbst, zusammengehalten mit den unvorsichtigen Aeufserungen der Franzosen bey dem Baseler Frieden, einen unfehlbaren Aufschluß giebt. Doch eine Stelle gehört zu sehr hieher, als daß ich sie nicht mittheilen sollte. „Was war natürlicher, als daß Preussen die aufgewandten Kriegskosten, zum Besten

„Deutschlands, sich im allgemeinen
 „Frieden wieder erstatten liefs*)? Rechnet
 „man die Summe der Einkünfte in den Jah-
 „ren, während welchen die Preussischen
 „Länder jenseit des Rheins in Französischer
 „Occupation waren, zusammen, und bringt
 „alles in Anschlag, was Preussen als Erstat-
 „tung fordern konnte:**) so dürfte es leicht
 „seyn, die Mälsigung des Preussischen
 „Hofes in einem auffallenden Lichte zu zei-
 „gen. Und wäre es erlaubt, die Verhandlun-
 „gen, die zum Ende und zu der Convention
 „führten, aus den diplomatischen Archiven
 „bekannt zu machen:***) so würde erhellen,
 „wie sehr die Preussische Friedensliebe von

*) Man ist ungewiss, ob man das Beste Deutschlands mit den Kriegskosten oder mit der Erstattung verbinden soll. Uebrigens — nichts natürlicher.

**) Was das wohl noch seyn mag? Kriegskosten und Rückstände sind schon da!

***) Vermuthlich ist die Convention von 1802 gemeynt. Der Verf. macht einen neugierig. Doch die Nachwelt wird die Acten schon erhalten, und Alles erfahren.

„den ersten Planen nachgelassen,
„und, so zu sagen, Aufopferungen
„von Vortheilten gemacht hat. Nach
„allen diesen Betrachtungen verliert das
„Total der Preussischen Entschädigungen
„das Unverhältnißmäßige, was man in den
„Quadratmeilen und in der Volksmenge hat
„finden wollen.“*) Talleyrand hingegen
sagt: Wir haben Preussen darum so viel gegeben, weil es zur Grundlage des Deutschen Gleichgewichts dient. Die Ungleichheit in der Austheilung wird gar nicht geleugnet, sondern aus der Politik vertheidigt, welcher im Collisionsfalle die strenge Gerechtigkeit nachstehen muß.

*) Man wird gerne glauben, daß die Entschädigung den gehegten Erwartungen und Absichten lange nicht gleich kommt, und es ward auch einst von manchen Planen, z. B. mit Mecklenburg u. a. gesprochen. Das gehört aber nicht hieher. In einer statistischen Berechnung der Entschädigung müssen, nach durchaus gleichen Grundsätzen, Zahlen mit Zahlen verglichen werden.

B. Von Oldenburg kommt nachher ein besonderer Paragraph.

C. Der Verlust des Hauses Aremberg ist aus einer Reclamation desselben bekannt geworden. Er besteht aus dem Herzogthum Aremberg, zu welchem die Grafschaften Kerpen und Kasselburg, die Obervogtey Gillenfeld und die Herrschaft Flöringen, die Baronie Commern und Harzheim, so wie die Hälfte von Mechernich und der Herrschaft Saffenburg, als ein ergänzender Theil gehören; dann in der Erbschaft des Hauses La Mark oder der Grafschaft Schleiden und Herrschaft Muringen: zusammen 20 Qu. Meilen, 14334 Einwohnern und 118000 Fl. jährlichen Einkünften, wozu noch 2000 Fl. von den Thurmgiütern zu Arweiler wegen des Chur-Cöllnischen Erbschenkenamts kamen. Dafs unter den Quadratmeilen Französische Lieues verstanden werden, darin bin ich mit dem D. Zuschauer einverstanden. Ausser diesen unmittelbaren Landen im Churrheinischen und Westphälischen Kreise besitzt aber das Haus Aremberg noch viele mittelbare Herrschaften und Güter in

Frankreich und Belgien. Obgleich in Ansehung der letztern schon in der Viten Sitzung der Deputation auf die Aufhebung des Sequesters bey dem Französischen Minister angetragen wurde: so ist sie doch noch nicht erfolgt. Im März 1803 stattete der Staatsrath zu Paris über das auf die Güter des Herzogs von Aremberg, Prinzen von Ligne und Grafen von der Mark (welche alle zu Einem Familienstamme gehören) in Belgien verhängte Sequester Bericht ab, und trug auf die Aufhebung desselben an; worauf der Erste Consul erklärte, daß Er darüber, sobald es Ihm dienlich scheine, einen Entschluß nehmen werde.

Zur Entschädigung für seine Reichslande war dem Herzoge im ersten Plane die Grafschaft Recklinghausen und das Münsterrische Amt Dülmen angewiesen; der zweyte Plan gab ihm statt dieses Amtes das Amt Meppen, ließ ihm aber die Grafschaft. Das Amt Meppen gehört zum ehemaligen Niederstifte, ist 48 Qu. Meilen groß, hat aber ungeheure Wüsten, und nur der Landstrich längs der Ems und Hase, kaum der dritte

Theil des Landes, ist angebauet; alles übrige Haide, Moor und Bruch. *) Man wird kaum 24000 Einwohner zählen. Die bisherigen Einkünfte betrugen für die Landschaftscasse 36000 Fl. und für die Kammer (nach dem D. Z. I. 273) 40000 Fl. also zusammen 76000 Fl. Aufser einer reichen Probstey zu Meppen, welche dem Stifte Corvey gehörte, und von welcher es noch ungewifs ist, ob Nassau Oranien oder Aremberg die Einkünfte ziehen wird, ist kein Kloster im Lande bekannt. Weit kleiner, aber verhältnißmäfsig weit angebauter und bevölkerter ist die ehemalige Churcöllnische Grafschaft Recklinghausen, welche nach den wahrscheinlichsten Angaben $7\frac{1}{2}$ Qu. Meilen, 18000 Einwohner und 120,000 Fl. Einkünfte hat. Aremberg scheint also hinlänglich entschädigt zu seyn, wenn es auch seine sequestrirten Güter nicht wieder erhielt. Schade, dafs

*) Doch ist in einigen Gegenden dieses unfruchtbaren Winkels mehr Industrie, als man denkt. Das durch seinen Seehandel bekannte Papenburg, das die Geographen so lange suchten, liegt hier.

die beyden Länder so weit auseinander liegen, jenes im nordwestlichen Winkel, dieses an der Südgränze des Münsterlandes.

D. Das Haus Croy gehört eigentlich zum Französischen oder Niederländischen Adel, hat jedoch mit den Häusern Aremberg und Ligne einerley Ursprung, und seiner Behauptung nach schon seit mehrern Jahrhunderten die reichsfürstliche Würde. Sein Verlust ist unbekannt, wiewohl es in Deutschland mit mittelbaren Gütern possessionirt war, und doch keine Entschädigung bey der Deputation reclamirt hat, obgleich es im ersten Plan übergangen war. Die ihm zugewiesenen Reste des Amtes D ü l m e n machen bey weitem den größten Theil desselben aus, und betragen $6\frac{1}{4}$ Qu. Meilen, *) welche etwa 8000 Einwoh-

*) In der erwähnten Beschreibung der Preussischen Entschädigungs - Provinzen wird das Städtchen Halteren an der Lippe zum Preussischen Antheile gerechnet, welches das Loos von Croy sehr verkürzen würde, aber nach der genauen Bestimmung der Gränze, die unter Olphen, und nicht bey Halteren, anfangen soll, gewifs ein Irrthum ist.

dafs das ganze Haus an jährlichen Einkünften einen Verlust von 420,000 Gulden erlitten habe. Dagegen wird aus beygebrachten Rechnungen bewiesen, dafs bisher ertragen habe

Das Amt: an Kammergefällen: und Schatzung:

Ahaus . . .	15025.	15636 Thaler.
Bocholt . . .	2974.	6348 —
Horstmar . .	12962.	62652 —

zusammen 30961, und 84636 Thaler,
in Einer Summe aber 115,597 Thaler
Münst. Währung, welche 184955 Gulden aus-
machen.

Die zur Entschädigung geschlagenen geistlichen Güter, welche zahlreich und sehr einträglich sind, bringen gewifs noch weit mehr als diese Summe ein; denn in den beyden ersten Aemtern, 33 Qu. Meilen grofs, sind 7, und im letzten, 35 Qu. Meilen grofs, 13 Stifter und Klöster, ohne die Archidiaconal-Präbenden in jedem Kirchspiel, so dafs die sehr hoch berechnete*) Summe der ver-

*) Man hat z. B. die Früchte nach dem laufenden Preise angesetzt, und man weiß, wie in den

lohrnen Einkünfte wenigstens gedeckt ist. Von den fürstlichen Linien soll die ältere, oder Salm-Salm zwey Drittheile, und die jüngere ein Drittheil der Entschädigung erhalten, weil dieß Verhältniß schon vorher bestand. Von den gegen die fürstl. Linien übernommenen Verbindlichkeiten der Rheingrafen ist öffentlich bekannt geworden, daß letztere an jene nach einem Hausvertrage jährlich 42000 Gulden entrichten. Hieraus ist zu schliessen, daß der gräfliche Antheil so viel mehr einträgt, als der fürstliche. Noch muß bemerkt werden, daß die Landeshoheit, welche Münster vertragsmäßig über den größten Theil der Grafschaft Steinfurt hat, ohne Zweifel bey dem Amte Horstmar bleibt, durch welches sie immer ausgeübt worden ist.

G. Das andere Haus Salm, Niedersalm

5 *

letzten 10 Jahren die Preise liefen. Den hohen Ertrag sucht die Darstellung aus der Fruchtbarkeit der Gegend, den Salinen, Bergwerken, und besonders den beträchtlichen Waldungen zu erklären.

oder Salm Reiferscheid, ist mit dem vorigen gar nicht verwandt, und scheint bloß der Aehnlichkeit des Namens wegen zu dem vorigen gestellt zu seyn. Nach dem ersten Plane sollte es mit dem andern Salmischen Hause theilen; der zweyte Plan änderte dieß, und gab a) der Linie Salm-Reiferscheid-Bedburg, welche die unmittelbare Reichs-Grafschaft Reifferscheid mit dem dazu gehörigen Ländchen Hochkirchen in der Eifel, und die Herrschaft Bedburg (unter Chur-cöllnischer Landeshoheit) verlohren hat, für beyde $2\frac{1}{2}$ Qu. Meilen und 5945 Seelen, für jene aber 7800 Fl. und für diese 27600 Gulden jährliche Einkünfte rechnete*) — das Mainzische Amt Krautheim an der Jaxt, welches, ohngeachtet die Kellereyen Nagelsberg, Billigheim und Neidenau davon getrennt worden sind, doch wenigstens noch 6 Qu. Meilen groß ist, $3\frac{1}{2}$ Städte nebst mehreren großen Flecken und gewiß 15000 Einwohner enthält, und doch so wenige Ein-

*) In der Vorstellung der katholisch - Westphälischen Reichsgrafen vom 15ten September.

künfte abwerfen soll, (man vergesse nicht, dafs es ein Mainzisches Amt ist,) dafs man nöthig gefunden hat, dem neuen Besitzer noch eine jährliche Rente von 32000 Gulden auf Amorbach anzuweisen, um die 35400 oder höchstens 45200 Gulden, die er fordern konnte, (die er aber durch eine sonderbare Berechnung vom Werth der Gebäude, Kriegsschäden, Entbehrungen, Verlust von Waldungen, Zinsen von allem dem, und wieder Zinsen von Zinsen auf 67300 Fl. hinaufgebracht hat,) voll zu machen; b) dem Fürsten von Salm-Reifferscheid für die (mittelbare) Grafschaft Niedersalm im Luxemburgischen, und c) dem Grafen von Salm-Reifferscheid-Dyk für die (Hoheits- und) Feudalrechte seiner Grafschaft, d. i. der Herrschaft Dyk im Cöllnischen, welche also der Graf behält, ohngeachtet die Herrschaft ein unmittelbares Reichsland mit aller Landeshoheit, aber nicht Reichsstand mit Sitz und Stimme auf dem Reichstage war, wie Büsching (IX. 616) irrig meynt — jeder eine jährliche Rente. Aus dem Betrag der Renten kann man auf den Verlust schliessen; doch hat der Graf zu

Dyk selbst in seiner Reclamation seinen Verlust an Hoheits- und Feudalrechten speciell nur auf 49,559 Franken 52 Centimen berechnet.

§. 4.

Dem Könige von England, Churfürsten von Braunschweig-Lüneburg, für seine Ansprüche auf die Grafschaft Sayn-Altenkirchen, Hildesheim, Korvei und Höxter, und für seine Rechte und Zuständigkeiten in den Städten Hamburg und Bremen, und in derselben Gebieten, namentlich dem Gebiete der letzteren, so wie dasselbe unten bestimmt werden wird, wie auch für die Abtretung des Amtes Wildeshausen: das Bisthum Osnabrück.

Dem Herzoge von Braunschweig-Wolfenbüttel, die Abteien: Gandersheim und Helmstädt, mit der Auflage einer immerwährenden Rente von zweytausend Gulden zu der Stiftung der Prinzessin Amalie zu Dessau. Dieser Paragraph befriedigt das Haus

Braunschweig. Es ward zwar dasselbe durch die Rheingränze oder durch die Bestimmungen des Lüneviller Friedens gar nicht betroffen; allein die Entschädigungs-Plane giengen weit über die Friedensbedingungen hinaus, indem sie die unmittelbaren evangelischen Stifter mit den katholischen in Eine Masse warfen, und erreichten so auch dieses Haus.

A. Die jüngere Linie oder der König von England und Churfürst von Braunschweig-Lüneburg hat verlohren a) seinen Anspruch auf Sayn-Altenkirchen. Es war etwas mehr als Anspruch; denn mit dem Tode des jetzigen letzten Markgrafen von Brandenburg-Ansbach war er im unstreitigen Besitze von Sayn-Altenkirchen, wo ihm schon lange eventualiter gehuldigt war. Diese Erbfolge hat folgenden Grund. Der letzte Graf von Sayn (er starb 1632) hinterliefs zwey Töchter, von welchen bey der Theilung die ältere Hachenburg, die jüngere aber Altenkirchen bekam. Diese war an den Herzog Joh. Georg von Sachsen-Eisenach vermählt, und belegte ihren Landestheil mit einem Fideicommiss,

so daß derselbe zuerst auf ihre Tochter Eleonore als ältestes Kind, und deren Nachkommen, dann auf ihren Sohn als zweytes Kind und dessen Nachkommen fallen sollte. Eleonore, vermählte Markgräfin von Brandenburg Ansbach, hatte einen Sohn und eine Tochter. Der Enkel des Sohns ist der jetzige Markgraf von Ansbach, und der Enkel der Tochter, Gemahlin Georgs des II., der jetzige König von England. Der König verliert also nicht bloß Ansprüche, sondern eine sichere und nahe Erbschaft. b) Die Ansprüche auf Hildesheim, Corvey und Höxter beziehen sich bloß auf Schutz- und Schirmgerechtigkeit, und was von dieser eigentlich zu halten sey, haben wir oben aus einer Mainzischen Abstimmung gesehen. c) Reeller sind die Rechte und Zuständigkeiten in den Städten Hamburg und Bremen, welche vom Herzogthum Bremen als ehemaligen Erzbisthum herrühren, und die Rechte und Zuständigkeiten betreffen, welche die vormaligen Erzbischöfe in diesen Sitzen ihrer Cathedra- len und Domcapitel hatten. Das Weitere sehe man unten bey §. 27. d) Das isolirt ge-

legene Amt Wildeshausen, welches weder dem Herzogthume Bremen, noch irgend einem andern Lande einverleibt ist. Davon bey §. 8. Die Entschädigung für alles dieß macht das Hochstift Osnabrück aus, welches im Westphälischen Frieden die außerordentliche Bestimmung erhielt, wechselseitig einen katholischen und einen evangelischen Bischof, und zwar den letztern immer aus dieser jüngern Linie des Braunschweigischen Hauses zu haben. Halb konnte also Hannover es zu seinen Besitzungen rechnen, wiewohl es zu den Staatskräften nichts beitrug, und sich bloß als eine gute Versorgung eines nachgebohrnen Prinzen ansehen liefs. Jetzt ist es völlig und auf immer mit den Hannöverischen Landen vereinigt, die es fast um den zehnten Theil vergrößert, statt daß die Abtretung von Wildeshausen und Altenkirchen sie kaum um den 75sten Theil vermindert. Da es überdieß die Volksmenge der Churfürstlichen Lande um den achten, und die Einkünfte um den neunten Theil vermehrt, auch sich an die ältern Lande im Westen anschließt, und im Ganzen frucht-

barer und bevölkerter ist, als irgend eine Hannöwerische Provinz: so lassen sich die großen Vortheile bey diesem Tausche nicht verkennen. Desto mehr möchte man sich wundern, daß Hannover sowohl die im zweyten Plane §. 9. auf die Osnabrückischen Klöster gelegte jährliche Rente von 10000 Gulden für den Herzog von Mecklenburg-Schwerin, um diesem zur Erwerbung des Sachsen-Lauenburgischen Amtes Neuhaus zu dienen, als auch die in eben diesem Plane §. 3. vorgeschlagene Cession der Abtey Wittmarsen, schlechterdings von sich wiefs. Allein in der Churbraunschweigischen Reclamation gegen den zweyten Plan berief man sich auf eine zu London vollführte Unterhandlung mit Frankreich, worin die gänzliche Reunion des säcularisirten Bisthums Osnabrück mit dem Churfürstenthum Hannover „ohne irgend einige Application der in „der Declaration enthaltenen zweyten Consideration générale“ ausgemacht sey, und in Ansehung Wittmarsens auf den gleich anfangs bey dem Entschädigungswerke angenommenen Grundsatz, daß geistliche Stiftungen in

altbesessenen weltlichen Reichslanden durchaus nicht zu Entschädigungsobjecten herbey gezogen werden können. Hierauf ward schon im ersten Deputations-Hauptschlusse vom 25. Nov. Wittmarsen zurückgegeben, und im dem vorliegenden zweyten auch die Mecklenburgische Rente an ein anderes Object gewiesen.

B. Die ältere Linie oder Braunschweig-Wolfenbüttel hat nichts verlohren, als allenfalls ihren Antheil an den Ansprüchen auf Hildesheim. Allein die Abteyen Gandersheim und Helmstädt, welche der erste Plan ganz vergessen hatte, konnten dem Herzoge nicht wohl entzogen werden, da die erste, lutherische, zwar an sich unmittelbar und sogar Reichsstand, jedoch im Gebiete des Herzogs begriffen, und dieser dessen Conservator; die von der Reichsabtey Werden aber abgehangene katholische Prälatur zu Helmstädt der Vogtey und Hoheit des Herzogs unterworfen war. Gandersheim hat kein unmittelbares Gebiet, aber ansehnliche mittelbare Güter und über 30000 Gulden Einkünfte; die von der Prälatur Helmstädt

hingegen mögen nicht beträchtlich seyn. Diesen Erwerbungen ist aber eine immerwährende Rente zu der Stiftung der Prinzessin Amalie zu Dessau aufgelegt, mit welcher es folgende Bewandniß hat. Die Prinzessin Amalie, Tante des jetzigen Fürsten von Anhalt-Dessau, welche 1793 starb, hatte sich in und bey Kreuzenach in der Pfalz mit unbeweglichen Gütern (für 46,207 Fl.) angekauft, und selbige den Armen und Kranken des Fürstenthums Anhalt vermacht. Diese Güter belegte Frankreich 1799 mit Sequestration, und man sieht aus der Entschädigung, welche nach der §. 30. festgesetzten Regel 80,000 Gulden Capital beträgt, daß es nicht geneigt ist, sie wieder herauszugeben. Es ist über diese Amalien-Stiftung eine Dessauische Reclamation im September dictirt worden, (weil der erste Plan ihrer nicht gedachte,) aber bey der Deputation nicht zum Vortrage gekommen.

§. 5.

Dem Marggrafen von Baaden für seinen Theil an der Grafschaft Spon-

heim, und für seine Güter und Herrschaften im Luxemburgischen, Elsass u. s. f. das Bisthum Constanz, die Reste der Bisthümer Speier, Basel und Straßburg, die pfälzischen Aemter Ladenburg, Bretten und Heidelberg mit den Städten Heidelberg und Mannheim; ferner die Herrschaft Lahr, unter den zwischen dem Marggrafen von Baden, dem Fürsten von Nassau - Usingen, und den übrigen Interessenten verabredeten Bedingungen; ferner die Hessischen Aemter: Lichtenau und Wildstadt; dann die Abteyen: Schwarzach, Frauenalb, Allerheiligen, Lich-
tenthal, Gengenbach, Ettenheim-Münster, Petershausen, Reichenau, Oehningen, die Probstei und das Stift Odenheim, und die Abtei Salmansweiler, mit Ausnahme von Ostrach und den unten bemerkten Zugehörungen. Die Reichsstädte Offenburg, Zell am Hammersbach, Gengenbach, Ueberlingen, Biberach, Pfullendorf

und Wimpfen; endlich die mittelbaren sowohl, als unmittelbaren Besitzungen und Rechte auf der Südseite des Neckars, welche von den öffentlichen Stiftungen und Körperschaften des linken Rheinufers abhängen.

Baden hat verlohren a) unmittelbare Reichslande, und zwar theils reichsständische, nämlich seinen Antheil an der Grafschaft Sponheim, theils reichsritterschaftliche, wie die Herrschaft Martinstein; b) mittelbare Lande im Elsaß und im Luxemburgischen. Diese Lande wurden schon in dem zwischen Frankreich und Baden am 22. Aug. 1796 geschlossenen Frieden der Republik unbedingt und ohne Vorbehalt irgend einiger Entschädigung abgetreten, und gleichwohl hat Baden weit mehr als eine bloße Entschädigung für seinen Verlust, und im zweyten Plane noch mehr als im ersten erhalten. Man hat den Schwäbischen Kreis verstärken, und dem alten würdigen Fürsten einen Beweis der verdienten Hochachtung geben wollen.

Die Badische Entschädigung ist eine der zusammengesetztesten. Es gab kein großes

Bisthum in der Nähe, und doch sollte eine bequeme Lage den Werth erhöhen, und die ohnehin zerstreuten Badischen Lande in bessern Zusammenhang bringen. Man mußte sie also aus Resten, Stücken und kleinen Theilen herstellen, und konnte doch nicht verhüten, daß nicht ein ansehnlicher Theil derselben vom Hauptlande in weiter Entfernung blieb. Dieser getrennte Theil der Entschädigung liegt am Bodensee, und enthält das Hochstift Constanz, welches als Bisthum von einer sehr großen Ausdehnung, als weltliches Gebiet aber von geringem Umfange ist;*) die dem Bisthume einverleibt gewesene reiche Abtey Reichenau, die Reichsabteyen Petershausen in der Vorstadt der Oestreichischen Stadt Constanz, (wo ohne Zweifel die weltlichen Rechte und

*) Letzteres steht nämlich größtentheils unter Helvetischer Hoheit, und kann hier nicht in Anschlag kommen. Da es jedoch nach §. 29. nicht verlohren ist, sondern auf den neuen Besitzer des Hochstifts mit übergeht: so wird man doch die Einkünfte dieses Schweizerischen Anthells mit rechnen müssen.

Die stärkste Vergrößerung der Badischen Lande gieng aber an ihren nördlichen Gränzen vor. Hier kamen dazu: der Rest des Bisthums Speyer, der noch immer ein kleines Fürstenthum vorstellen kann, nebst der zu Bruchsal befindlichen Reichsprobstey Odenheim; die drey Pfälzischen Aemter mit den beyden Hauptstädten der Rheinischen Pfalz, mit welchen Baaden die grölsten, volkreichsten und schönsten Städte, das grölste Schloß, (jedoch ohne die schönen Kunstsammlungen, welche nach München gebracht worden sind,) und die einzige Universität seines alten und neuen Landes erhalten hat; endlich die Reichsstadt Wimpfen, aber nicht mit dem darin liegenden unmittelbaren Ritterstifte. Die hier noch nicht genannten Abteyen sind insgesamt mittelbar, und liegen theils in den neuen, theils aber auch in den alten Badischen Landen, nämlich Frauenalb und Lichtenthal in der eigentlichen oder untern Markgrafschaft Baaden, Allerheiligen und Ettenheim - Münster im ehemaligen Hochstift Straßburg, und Oehningen im

Hochstifte Constanz; die Landeshoheit von der sehr reichen Abtey Schwarzach aber war zwischen Baaden und diesem Stifte streitig, jedoch vertragsmäfsig dem Markgrafen auf gewisse Jahre überlassen: ein Streit, den die vermittelnden Mächte mit einem einzigen Worte auf ewig entschieden haben. Was für mittelbare oder unmittelbare Besitzungen und Rechte die öffentlichen Stiftungen und Körperschaften des linken Rheinufers auf der Südseite des Neckars haben, ist mir völlig unbekannt.

Das neue Churfürstenthum Baden, welches unter den weltlichen noch immer das kleinste bleibt, ohngeachtet es durch diese Deutsche Theilung in jeder Hinsicht verdoppelt, und ihm sein Verlust gewifs zehnfach ersetzt ist, macht in seiner jetzigen Ausdehnung einen sehr langen und schmalen, an einigen Stellen (durch das Breisgau) durchbrochenen, von der Bergstrafse bis Basel reichenden Landstrich aus, dessen Lage besonders dadurch interessant wird, dafs er auf eine Strecke von beynahe 30 Meilen, von der Helvetischen

Gränze an längs dem Ober-Rheine, beynahe ununterbrochen mit Frankreich gränzt.

§. 6.

Dem Herzoge von *Wirtemberg* für das Fürstenthum *Mömpelgard* nebst Zugehörden, wie auch für seine Rechte, Besitzungen, Ansprüche und Forderung im *Elsass* und in der *Franche-Comté*: die *Probstei Ellwangen*; die Stifter, Abteyen und Klöster: *Zwiefalten*, *Schönthal* und *Comburg*, mit Landeshoheit (jedoch unter Vorbehalt der Rechte der weltlichen Fürsten und der Grafschaft *Limburg*). Ferner: *Rothemünster*, *Heiligenkreuzthal*, *Oberstenfeld*, *Margrethenhausen*, nebst allen denjenigen, so in seinen neuen Besitzungen gelegen sind. Ferner: das Dorf *Dürrenmettstetten*, und die Reichsstädte *Weil*, *Reutlingen*, *Eßlingen*, *Rothweil*, *Giengen*, *Aalen*, *Hall*, *Gemünd* und *Heilbronn*; alles unter der Bedingung, folgende immerwährende Renten zu entrichten; nämlich:

Den Fürsten von Hohenlohe-Waldenburg für ihren Antheil am Bopparder Zoll 600 Gulden, halb an Bartenstein, halb an Schillingsfürst.

Dem Fürsten von Salm-Reiferscheid für seine Grafschaft Niedersalm 12000 Gulden.

Dem Grafen von Limburg-Styrum für die Herrschaft Oberstein, 12200 Gulden.

Dem Grafen von Schall für sein Gut Megen 12000 Gulden.

Der Gräfin Hillesheim für ihren Antheil an der Herrschaft Reipoltskirchen 5400 Gulden.

Der verwittweten Gräfin von Löwenhaupt für die Feudalrechte ihres Antheils an der Herrschaft Ober- und Niederbronn 11300 Gulden.

Den Erben des Freiherrn von Dietrich für gleiche Rechte 31200 Gulden.

Den Herren Seubert für die Lehen Beutal und Bretigny 3300 Gulden.

Das Fürstenthum oder richtiger die gefürstete Grafschaft Mömpelgard und ihre

Zugehörden waren von einander wesentlich verschieden. Jene war ein unmittelbares reichsständisches Land mit aller Hoheit; die Zugehörden machten 7 umliegende Herrschaften und 2 andere im Elsaß aus, welche aber unter Französischer Hoheit standen. Alle diese mittelbaren und unmittelbaren Besitzungen, nebst allen hier angeführten Rechten, Besitzungen, Ansprüchen und Forderungen im Elsaß und in der Franche Comté, hatte Wirtemberg in seinem Frieden mit Frankreich am 7ten Aug. 1796 feyerlich an die Republik abgetreten, ohne sich den geringsten Ersatz dafür anzubedingen. *) Diesen giebt ihm aber die vorliegende Urkunde doppelt bis dreyfach, und er ist so gut gewählt, daß sich alle seine einzelnen Theile an die alten Lande anschliessen. Die fürstliche Probstey Ellwangen nebst den Reichsstädten Aalen, wo viel Wohlstand

*) Es versteht sich von Baden und Wirtemberg: nach den öffentlich bekannt gewordenen Artikeln Beyder Friedensschlüsse. Sie stehen in Posselts Europ. Annalen 1796. III. Man hat aber von geheimen Artikeln gesprochen.

und Industrie herrscht, und Gemünd erweitern seine östlichen Gränzen; die südlichen die reiche Abtey Zwiefalten mit einem beträchtlichen Gebiete, und die Reichsstädte Reutlingen und Rothweil, wovon jene ganz, diese meist von Wirtemberg eingeschlossen war. An die nördlichen Gränzen stoßen die Reichsstädte Halle mit seinem ansehnlichen Gebiete, und Heilbronn, eine der wichtigern Schwäbischen Reichsstädte. Mitten im Lande hatten sich noch die Reichsstädte Eßlingen und Weilerhalten, zwischen welchen die Hauptstadt liegt.

Diefs war Wirtembergs Entschädigung nach dem ersten Plane; aber der letzte Deputations - Hauptschluss hat ihm noch 6 Stifter und Klöster und ein Dorf angewiesen, nämlich: die Abtey Schönnthal und das Ritterstift Comburg mit der Landeshoheit; ein Zusatz, der sich bloß auf Comburg bezieht. *) Denn Schönnthal an der Jaxt in

*) Diefs ist im Französischen Texte deutlicher als im Deutschen, da dort das Comma hinter

Franken, ein prächtiges und reiches Stift, ist immer unmittelbar gewesen; *) Comburg hingegen, bey Halle, stand unter Würzburgischer Hoheit, jedoch haben nicht nur Limburg, sondern noch mehrere Nachbarn Rechte und Ansprüche auf dasselbe und dessen ansehnliche, aber sehr zerstreute Besitzungen. Rothenmünster war eine unmittelbare Nonnen-Abtey bey Rothweil, am Neckar, mit einem kleinen Gebiete. Die Abtey Heil. Kreuzthal, welche eben so, wie die beyden vorigen, im ersten Plane eine andere Bestimmung hatte, ward von Böhmen in der IXten Sitzung als ganz unter Oestreichischer Hoheit gelegen, und als ein

Schönthal, nicht hinter Comburg, und zwischen beyden kein et steht.

*) Nur hatte Maynz die Jurisdiction in dem Gebiete desselben, welche mit Krautheim an Salm - Reiferscheid - Bedbur gekommen ist. (S. oben §. 3.) — Man weiß jedoch sehr wenig von diesem wichtigen Kloster, und selbst das topogr. Lexicon von Franken sagt außer dem allgemein bekannten nichts von ihm, als dafs es 1796 44 Mönche hatte. —

Schwäbisch - Oestreichischer Landstand dargestellt, und daher von der Deputation nicht zu einem Entschädigungs - Objecte geeignet befunden. Das weltliche evangelische Damenstift Obristenfelden lag zwar im Wirtembergischen Flecken dieses Namens, und stand unter Wirtembergischen Schutze, doch aber im Verbande der Reichsritterschaft, und ward daher von dieser als eine bloße Versorgungsanstalt für ihre Töchter reclamirt. Allein die Deputation konnte auf Wirtembergs Aeufserung zwischen diesem und andern Stiftern, die eben so weltlich, eben so unmittelbar, von gleicher Religion, und doch vom Blitze des Planes getroffen waren, einen Unterschied weder finden noch machen. Margarethhausen ist ein katholisches Nonnenkloster in der reichsritterschaftlichen Herrschaft Lautingen (im Umfange des Wirtembergischen Amtes Bahlingen,) besaß Güter in dieser Herrschaft und im Wirtembergischen, und hatte sich ebenfalls an die Reichsritterschaft angeschlossen. Die Territorial - Hoheit war zwischen Wirtemberg und Lautingen streitig, letzteres aber im Besitze,

weshalb in der XXXIsten Sitzung eine Reclamation vorkam. Das Dorf Dürrenmetstetten bey Dornstetten ist nur zur Hälfte gemeynt, welche dem Kloster Muri in der Schweiz gehörte; der andere Theil war schon Wirtembergisch.

Besonders in Rücksicht auf diese Zugabe scheint die Beschwerde von Renten auf die Wirtembergische Entschädigung gelegt worden zu seyn; denn der erste Plan enthielt keine dergleichen, wie denn die Entschädigung durch Renten eine neuere Erfindung ist, von welcher der erste Plan nichts weiß. Diese Beschwerde ist zwar ansehnlich genug; denn sie beträgt jährlich 88000 Gulden Renten, welche ein Capital von 3,520,000 Gulden voraussetzen. Allein man darf wohl mit ziemlicher Zuverlässigkeit annehmen, daß die sämtlichen Einkünfte der obigen Zugabe noch einmal so viel betragen, folglich Wirtemberg sehr gut in den Stand gesetzt ist, die Renten nicht nur zu bezahlen, sondern auch nach und nach einzulösen. Der vornehmsten Theilnehmer an diesen Renten ist entweder schon gedacht, oder es wird

ihrer in der Folge noch gedacht. Die Herrschaft Oberstein, für welche im ersten Plan nichts ausgesetzt war, gehörte nach der neuesten Matrikel nicht mehr zum Westphälischen Grafen-Collegio, und war von Lothringen sine onere eximirt, folglich keine reichsständische Besitzung, sondern unmittelbares Privat-Eigenthum, weshalb die Deputation die Aufhebung des Sequesters verlangte. Warum man die Privatgüter Mengen, Benthall und Bretigny nicht zurückgegeben habe, ist unbekannt. Aber Ober- und Niederbronn im Elsass erhalten die Eigenthümer wieder; denn nur die abgeschafften Lehnrechte werden ersetzt. Es versteht sich schon, daß sich diese Privatgüter zu einer Entschädigung vom Reiche gar nicht qualificirten.

Uebrigens hat dieser Paragraph merkwürdige Veränderungen erlitten. Im zweyten Plane war unter den Klöstern Holzhausen genannt. Ob man nachher dahinter kam, daß kein solches Kloster vorhanden war, oder ob man es mit Holzheim verwechselt hatte, genug, schon der erste Hauptschluss

liefs es weg. Im zweyten Plane hiefs es:
„nebst allen denjenigen (Klöstern), so in
„seinen neuen sowohl als alten Besitzungen
„gelegen sind.“ Wenn dieser Punct ausge-
führt wurde: so mußte er die ganze Wir-
tembergische Landesverfassung zerstören;
denn bekanntlich richtet sich der Plan nach
dem Namen, nicht nach dem Wesen der
Sache. Daher setzte der erste Hauptschluß
noch hinzu: „doch ohne Abbruch der ver-
fassungsmässigen Bestimmung der letztern.“
Ueberdies erklärte selbst der Wirtembergi-
sche Subdelegirte in der VIIIten Sitzung das
Kloster Blaubeuren, folglich, da dieses von
keiner andern Beschaffenheit ist, als alle
andern Klöster des Herzogthums, für (gleich
zur Zeit der Reformation) aufgehoben. Da
aber dieser Punct doch noch immer zu weit
aussehenden Streitigkeiten führen, oder unter
der hinzugefügten Einschränkung nicht von
dem beabsichtigten Nutzen seyn konnte: so
blieben im zweyten Hauptschlusse die
Klöster in den alten Besitzungen ganz weg,
und das so wichtige und so wohlthätige
geistliche Gut im alten Wirtemberg behielt

seine Bestimmung und Verfassung, wenn nicht der §. 35. wieder Gefahr drohet.

§. 7.

Dem Landgrafen von Hessen-Cassel für St. Goar und Rheinfels und für seine Rechte und Ansprüche auf Corvey: die Mainzischen Aemter Fritzlar, Naumburg, Neustadt und Amöneburg; die Capitel Fritzlar und Amöneburg, und die Klöster in besagten Aemtern; ferner: die Stadt Gelnhausen und das Reichsdorf Holzhausen; alles unter Bedingung einer immerwährenden Rente von 22500 Gulden für den Landgrafen von Hessen-Rothenburg; welche Rente jedoch in der Folge auf den Ueberschuss des Ertrags von dem §. 39. erwähnten Schiffahrtsoctroi übertragen wird, wenn sich nach Bezahlung jener Renten, welche in gegenwärtiger Urkunde auf diesen Ertrag unmittelbar angewiesen sind, ein hinreichender Ueberschuss ergibt.

Dem Landgrafen von Hessen-Darm-

stadt für die Grafschaft *Lichtenberg*, die Aufhebung seines Schutzrechts über *Wetzlar* und des hohen Geleits in Beziehung auf *Frankfurt*; für die Abtretung der Hessischen Aemter: *Lichtenau* und *Wildstadt*, *Katzenelnbogen*, *Braubach*, *Embs*, *Kleeberg*, *Epstein* und des Dorfs *Weiperfelden*: das Herzogthum *Westphalen* mit Zugehörden, und namentlich *Volkmarsen*, samt den im genannten Herzogthume befindlichen Capiteln, Abteyen und Klöstern, jedoch mit einer immerwährenden dem Fürsten von *Wittgenstein-Berleburg* zu zahlenden Rente von 15000 Gulden; welche Rente jedoch in der Folge auf den Ueberschuss des Ertrags von dem §. 39. erwähnten Schiffahrtsoctroi übertragen wird, wenn sich nach Bezahlung jener Renten, welche in gegenwärtiger Urkunde auf diesen Ertrag unmittelbar angewiesen sind, ein hinreichender Ueberschuss ergibt. Ferner: die Mainzer Aemter, *Gernsheim*, *Bensheim*,

Heppenheim, Lorsch, Fürth, Steinheim, Alzenau, Vilbel, Rokenburg, Hafsloch, Astheim, Hirschhorn; die Mainzischen auf der Südseite des Mains, im Darmstäd- tischen gelegenen Besitzungen und Einkünfte, namentlich die Höfe: Mönch- hof, Gundhof und Klarenberg, wie auch diejenigen, so von den dem Für- sten von Nassau-Usingen weiter unten zugewiesenen Capiteln, Abteyen und Klöstern abhängen, mit Ausnahme der Dörfer: Bürgel und Schwanheim; ferner: die Pfälzischen Aemter: Lin- denfels, Umstadt und Otzberg, und die Reste der Aemter: Alzey und Oppenheim; dann den Rest des Bisthums Worms; die Abteyen: Seli- genstadt, und Marienschloß bey Rockenburg; die Probstey Wimpfen, und die Reichsstadt Friedberg. Alles unter der Bedingung, die Deputat- Gelder des Landgrafen von Hessen- Homburg wenigstens um den vierten Theil zu vermehren.

Dieser Paragraph befriedigt das gesamte Haus Hessen. Der Casselischen Hauptlinie bestimmte der erste Plan für seinen Verlust jenseit des Rheins die Mainzischen Aemter Amöneburg und Fritzlar mit ihren Zubehörungen (nämlich Naumburg und Neustadt), und das Dorf Holzhausen. Damit war der Landgraf nicht zufrieden, sondern reclamirte, besonders auch in Rücksicht seiner Schutzrechte auf Corvey, Höxter, Herse und Oberwesel, eine größere Entschädigung, welches eine lebhaftere Erklärung von Mainzischer Seite, mit genauer Vergleichung des Verlustes und Ersatzes, zur Folge hatte. Man bemerkte, daß der Ersatz den Verlust an Umfang und Bevölkerung 5 bis 6 mal übertreffe, mitten in Hessen liege, folglich demselben weit mehr werth sey, als der sterile Verlust jenseit Rheins; daß die verlorrenen Einkünfte von Hessen-Cassel, welche aus den Hoheitsrechten flossen, nur etwas über 7500 Fl. könnten betragen haben, und Hessen-Rothenburg, welches die Domainen benutzte, die seinigen auf 18167 Gulden (ohne Zweifel reine) angegeben habe,

von den Mainzischen Aemtern aber die Contribution über 14000, und die Kammer-Revenue über 23000 Fl. betragen habe. Dagegen behauptete Cassel, daß seine verlohrnen Revenuen mehr als noch einmal so viel betragen hätten, und berechnete die Zinsen von den entbehrten Revenuen (über 300,000 Fl.) und von der auf den Mainzischen Aemtern stehenden Schuld von 162,500 Fl. zu 5 Procent zusammen mit 23,125 Fl. so daß an der Rothenburgischen jährlichen Rente von 22,500 Fl. noch über 8000 Gulden fehlten, und der unverkennbare jährliche Verlust des Hauses Cassel nach dieser Berechnung in 15,975 Fl. 51 Kr. bestand. Darin hatte es in seiner Vorstellung vollkommen recht, „daß sich kein Grund denken läßt, „warum das Haus Cassel unter den größern „Fürstenhäusern Deutschlands das alleinige „seyn sollte, dessen Entschädigung nach „dem wirklichen Verluste berechnet, und „auf das ohne allen Zweifel bey andern in „Betracht gekommene politische Machtver- „hältniß nicht gesehen werden wolle.“ In-

zwischen hatte der zweyte Plan dem Casselischen Loose noch die beyden Stifter, wovon besonders das zweyte sehr wohlhabend ist, und die beyden Klöster in den Mainzischen Aemtern, wie auch die Stadt Gelnhausen, zugelegt. Diese kleine Stadt sollte zwar nach den wiederhohnten Urtheilen des Kammergerichts, als eine bloße Verpfändung an Hanau, fortwährend eine Reichsstadt seyn, war aber in der That schon lange eine Hanauische Landstadt, und ein Beweis von der wirkenden Kraft unserer höchsten Reichs-Gerichte. Der beträchtliche Flecken Holzhausen, zwischen Homburg und Rodheim, ward von Stolberg, das ihn aus der Eppsteinischen Erbschaft erhalten hatte, an Hanau verkauft; aber im dreißsigjährigen Kriege ward ein Mainzischer Kanzler vom Kaiser und Reiche mit zwey Dritteln desselben belehnt, der auch gleich darauf das letzte Drittel von Hanau kaufte. Nun erhielt der Ort, als unmittelbar, einen Reichsanschlag. Allein 1741 setzte sich Hanau, mit Berufung auf den Westphälischen Frieden, wieder in den Besitz der ersten zwey Drittel, worüber ein Proceß

entstand, den 1764 ein Vergleich geendigt hat. Cassel selbst behauptete in seiner Reclamation, Holzhausen habe schon seit Jahrhunderten zu Hessen gehört. Demnach würde diese Zutheilung nur Ansprüche und Streitigkeiten niederschlagen, ohne die Casselischen Einkünfte zu vermehren. Dadurch hat man sich vermuthlich zu dem Zusatze bewogen gefunden, welcher dem Casselischen Hause Hoffnung giebt, von der Rothenburgischen Rente befreyet zu werden, und den der zweyte Plan nicht, sondern erst der zweyte Deputations-Hauptschluss hat.

Weit umfassender und verwickelter, als die Casselische, ist die Darmstädtische Indemnität. Hessen - Darmstadt verlor a) jenseit des Rheins, den dort gelegenen, an sich schon größten, Theil der Grafschaft Hanau-Lichtenberg, der aber ganz zum Elsass gehörte, und unter Französischer Hoheit stand; b) diesseit des Rheins 1) den diesseitigen Theil eben dieser Herrschaft, welcher eben aus den Aemtern Lichtenau und Wildstadt besteht. Da dieses Land fast ganz

mediat ist: so kommt es bey dem Ersatze bloß auf die Einkünfte an, welche um desto ungewisser sind, da Darmstadt keine Reclamation bey der Deputation eingegeben hat. Man hat aber eine Berechnung, die sich vermuthlich noch vom Rastädter Congresse herschreibt, und vermöge deren der jenseit des Rheins liegende, an Frankreich gekommene Theil von Lichtenberg 12 Aemter, 4 Flecken, 142 Dörfer, 76,000 Einwohner und 666,050 Gulden Einkünfte gehabt haben soll. Die letztere Summe wird man um mehr als das Doppelte zu hoch finden, wenn man bedenkt, daß das Land mittelbar war, folglich nur Domainen-Einkünfte lieferte, und daß die gesamten Darmstädtischen Einkünfte nicht höher als höchstens auf 1,800,000 Gulden geschätzt wurden, wozu also der jenseit-rheinische Theil von Lichtenberg sehr viel über einen Drittel beygetragen haben müßte. Das ist mehr als unwahrscheinlich, es ist unmöglich. Das Höchste, was man annehmen kann, wird ein Sechstel seyn.

So weit war der erste Plan gegangen; der zweyte griff aber die uralten Erblände

des Hessischen Hauses an. Es versteht sich, daß dieß nicht anders, als mit ungezwungener Einwilligung aller interessirten Parteyen, auch der Agnaten und eventuellen Erben, geschehen konnte. Um dem Hause Usingen ein Arrondissement zu verschaffen, mußte Darmstadt abtreten: die Aemter Katzenelnbogen, wovon die Grafschaft dieses Namens benannt ist, Braubach am Rhein, und Embs mit dem berühmten warmen Bade an der Lahn: alle drey zur niedern Grafschaft Katzenelnbogen gehörig; dann das Oberhessische Amt Kleeberg, welches Darmstadt und Weilburg gemeinschaftlich besaßen, und das Amt Eppstein, welches den Darmstädtischen Antheil an der Herrschaft Eppstein ausmacht, deren andere Hälfte Maynzisch war; Das Dorf Weiperfelden aber gehörte zum Amt Butzbach, und verbindet Kleeberg mit der nördlichen Gränze von Usingen.

Zum Ersatz wies der erste Plan an: das Herzogthum Westphalen, wovon aber ein kleines Stück abgegeben werden sollte, welches der zweyte Plan in eine Rente ver-

wandelte; die Mainzischen Aemter Gernsheim, Bensheim und Heppenheim; die Pfälzischen Aemter Lindenberg und Otzberg mit den Resten des Amtes Oppenheim; die Reste des Bisthums Worms, und die Stadt Friedberg. Die Entschädigung ist also im zweyten Plane sehr erweitert worden, besonders in Rücksicht auf die neue Abtretung Hessischer Aemter auf der Nordseite des Mains. Das Herzogthum Westphalen kommt ganz an Darmstadt, namentlich mit Volkmarsen, worauf sowohl Hessen-Cassel als Oranien wegen Corvey Anspruch gemacht hatten, wie auch mit allen Capiteln, Abteyen und Klöstern, kein unwichtiger Zusatz in Westphalen, wo der Kammergüter nicht viele waren. Von Mainzischen Aemtern werden noch genannt: Lorsch und Hirschhorn, wovon jenes eine aus einem uralten berühmten Kloster entstandene Schaffnerey, dieses eine Kellerey, beyde des Oberamts Starkenburg sind, welches auch die Kellereyen Heppenheim und Bensheim an der Bergstrasse begriff; Fürth, welches sonst eben dahin gehörte, und zwar unter die Kellerey

Heppenheim, also kurz, das ganze Oberamt Starkenburg; ferner das Amt Steinheim bey Hanau; Alzenau, welches auch das Amt Freygericht heist, neben Steinheim; Vilbel, an der Nidda, welches eine zwischen Mainz und Hanau gemeinschaftliche Kellerey der Grafschaft Königstein war, folglich ist hier nur der Mainzische Antheil zu verstehen; Rockenburg, an der Wetter, welches eine Kellerey eben dieser Grafschaft war, Halsloch, welches in einem isolirt gelegenen Dorfe bey Rüsselsheim besteht; und Astheim, nicht weit vom vorigen, am Rheine, ein domcapitelisches Dorf. Von den übrigen Mainzischen auf der Südseite des Mains im Darmstädtischen gelegenen Besitzungen und Einkünften, kann ich keine weitere Nachricht ertheilen, als das Mönchhof und Clarenberg am Maine (Okristel gegenüber) und die Gundhöfe nahe dabey, nur tiefer im Lande, liegen, und das ohne Zweifel das Amt Dieburg, welches nicht namentlich angeführt ist, und mitten im Darmstädtischen liegt, darunter mit verstanden wird. *) Von

*) Nach der Müllerischen Charte von der Wetterau gehört es zum Amte Steinheim.

den hier ausgenommenen 2 Dörfern ist Bürgel vom Amte Steinheim abgerissen.

Zu den Pfälzischen Aemtern setzt der zweyte Plan das im ersten vergessene Amt Umstadt, welches ohnehin Pfalz und Darmstadt schon gemeinschaftlich besaßen. Die Reste der Aemter Alzey und Oppenheim, so viel nämlich davon diesseit des Rheins liegt, sind völlig unbedeutend. In der Stadt Seligenstadt ist eine reiche und schöne Benedictiner-Abtey;*) geringer ist die Nonnenabtey Marienschloß bey Rockenburg in der Grafschaft Königstein. Unter der Probstey Wimpfen wird das Ritterstift St. Peter zu Wimpfen im Thale verstanden, welches nicht sehr vermögend zu seyn scheint, jedoch von der Gerichtsbarkeit der Stadt ausgenommen war. Es ist zu verwundern, daß der Plan sein Arrondissements-System nicht durchaus befolgt hat.

*) Das Centamt Seligenstadt rechnet Büsching zum Vice-Dom-Amte Aschaffenburg, man scheint es aber nachher, zugleich mit Dieburg, unter Steinheim gelegt zu haben, wozu ich es auch in der Tabelle gerechnet habe,

Sonst hat Darmstadt durch seine Entschädigung für entlegene, meist mittelbare, Besitzungen ein sehr ansehnliches, wohl zusammenhängendes Fürstenthum zwischen dem Rhein, Main und Neckar erhalten, dessen gegenwärtiger Anwachs allein, ohne Westphalen, schon hinlänglich zu seyn scheint, ihm seinen Verlust in jedem Betrachte zu ersetzen. Die angehängte Bedingung will nicht viel sagen, wenn es wahr ist, was der D. Zuschauer behauptet, daß die baaren Deputat-Gelder von Homburg überhaupt nur 2000 Gulden betragen. Homburg hatte aus ganz besondern Umständen (da nämlich die Französische Armee wegen der Waffenstillstands-Linie von 1797 zwey Jahre lang im engen Bezirke dieser Gegend stehen blieb) bey der Deputation um Entschädigung für Kriegsschäden und Kosten nachgesucht, die Deputation aber das Gesuch als außer ihrer Geschäfts-Obliegenheit liegend gefunden. Frankreich scheint jedoch in dieser Hinsicht Etwas für Homburg haben thun zu wollen.

§. 8.

Dem Herzoge von Holstein-Oldenburger für die Aufhebung des Elsfleter Zolls, die Abtretung der Dörfer in dem weiter unten bezeichneten Landesstriche von Lübeck, und für die ihm und dem Domcapitel zuständigen Rechte und Besitzungen in der Stadt dieses Namens: das Bisthum und Domcapitel Lübeck; das Hannöverische Amt: Wildeshausen, und die schon erwähnten Aemter: Vechte und Kloppenburg im Münsterschen.

Lange weigerte sich der edle Fürst, Sich in ein Entschädigungswerk, das Ihn „nach der geographischen Lage der seiner Fürsorge anvertrauten Reichslande, nach den ausdrücklichen Stipulationen des Lüneviller Friedens,“ worauf es sich rechtlich allein gründen konnte, und selbst nach dem Grundsätze des Gleichgewichts, durchaus nicht treffen durfte, mit einflechten zu lassen. Mit Recht sah Er das protestantische Hochstift Lübeck als ein schon längst säcularisir-

tes Stift an,*) welches „Reichskundiger-
„massen überall nicht in der Cathegorie
„derjenigen katholischen Hochstifter und
„geistlichen Besitzungen Deutschlands stehe,
„welche das Loos ihrer gänzlichen Aufhe-
„bung treffen soll.“ Man hatte zu Paris
die schon in den Rastadter Verhandlungen
vergeblich versuchte Aufhebung des Elsfle-
ther Zolles, eines Reichsthronlehens, fest
beschlossen, und Oldenburg mußte dafür
entschädigt werden. Der erste Plan wies
ihm das Hochstift Lübeck und das Amt Wil-
deshausen an: eine Entschädigung, die offen-
bar zu gering war.**)

*) Sobald die Mitglieder eines Stifts nicht mehr
geistlich, sondern weltlich sind: so ist das
Stift säcularisirt. Die wenigen katholischen
Domherren des Lübeckischen Capitels, welche
wirkliche Geistliche waren, konnten in dem
Charakter des Stifts, das ein evangelisches
Haupt und fast lauter evangelische Glieder
hatte, nichts ändern.

**) Man sehe meine Erl. des ersten Plans S. 123 f.
wo ich den Ertrag des Zolles richtig geschätzt
hatte.

nach einer späterhin bekannt gewordenen officiellen Berechnung gewöhnlich im Durchschnitt 130,000 Gulden jährlich ein, und die Entschädigungs-Objecte höchstens ein Drittel weniger, wovon noch beträchtliche Administrations-Kosten zu bestreiten waren. Dazu kam noch, daß „vermöge einer vor ver-
 „schiedenen Jahren zwischen dem jetzigen
 „Bischofe und dem Domcapitel geschlosse-
 „nen, vom Kaiser bestätigten, und von
 „zwey Nordischen Mächten (Rußland und
 „Dänemark) garantirten, freywilligen Ver-
 „einbarung den Descendenten des Fürsten
 „auf drey nach einander folgende Genera-
 „tionen das Hochstift in der gegenwärtigen
 „Verfassung und Integrität feyerlich zuge-
 „sichert worden war,“*) daß folglich die Wohlthat der Entschädigung von dieser Seite erst nach hundert Jahren eintreten konnte, und daß überhaupt das herzogliche Haus Holstein seit dem Westphälischen Frieden, da es das Bisthum von der Einziehung ret-

*) Worte der fürstl. Lübeckischen Reclamation vom 7ten November,

tete, einen wohlverworbenen Anspruch auf dasselbe hatte, den man nicht leicht verkannt haben würde, und der leicht in ein fortdauerndes Recht übergehen konnte. Ueberdies aber verlangt der König von Dänemark als Herzog von Holstein für die über das Stift ausgeübte Advocatie, die Collatur einer großen Präbende, und die Hoheitsrechte über mehr als 40 domcapitulische Dörfer in Holstein, Entschädigung. Der Besitz von Wildeshausen, seinem Nachbar und ehemaligem Zubehör, war Oldenburg mehr angenehm als einträglich. Die Unzulänglichkeit der Entschädigung fiel in die Augen; daher legten die Vermittler im zweyten Plane die Münsterischen Aemter Vechte und Cloppenburg zu, entzogen aber sowohl dem Herzogthume Oldenburg, als dem Hochstifte Lübeck verschiedene kleine Districte zum Besten der Städte Bremen und Lübeck. Noch hielt sich Oldenburg für unbefriedigt, und reclamirte. Die Deputation mischte sich aber um so weniger in diese Entschädigungssache, da sie sehr bald ein Gegenstand besonderer Unterhandlungen zwischen Oldenburg

und den Vermittlern wurde. Oeffentliche Blätter haben versichert, daß die Vermittler selbst hierüber mishellig gewesen wären, indem Frankreich entweder die Vollziehung des ersten Deputations-Hauptschlusses, oder die Beybehaltung des Zolles ohne alle Entschädigung, Rußland aber neben Beybehaltung des Zolles auch noch die zugewiesenen Entschädigungslande, und zwar letztere als Ersatz für den mindern Ertrag des Zolles wegen der in jenen Gegenden sich ergebenden Veränderungen,*) verlangt habe. Erst am

*) Diese Worte — zwar nur aus den öffentlichen Zeitungen genommen, aber doch, wie es scheint, von guter Quelle — sind sehr merkwürdig. Ausser der allgemeinen Stockung des Handels bald nach dem Frieden haben sich in jenen Gegenden von der See her keine Veränderungen ergeben. Sollte etwa die Preussische Besitznahme von Münster, Paderborn, (Fulda?) dem Eichsfelde und Hildesheim auf Bremens Handel von der Landseite her nachtheilig wirken? Bekanntlich hatte Bremen den wichtigen Leinwandhandel dieser Lande in Händen.

6. April, nachdem sogar schon die Reichsversammlung den zweyten Deputations-Hauptschluss genehmigt, und als Reichsgutachten dem Kaiser übergeben hatte, kam unter Preussischer Mitwirkung eine Convention zu Stande, vermöge deren der Herzog allen Dispositionen des Recesses der Einrichtungen von Deutschland beytritt, der Elsflether Zoll auf ewig für aufgehoben, das Privilegium desselben vom Tage der Kaiserlichen Ratification an für verfallen erklärt, dagegen das Bisthum nebst Capitel erblicher Besitz des Hauses Holstein - Oldenburg wird; jedoch, zur Ergänzung der Entschädigung die Fortdauer der Administration und Einnahme jenes Zolles noch auf zehn Jahre, vom 1. Jan. 1803 an gerechnet, also bis 31. Dec. 1812, zugestanden wird.

Bey der Berechnung des Verlustes darf man außer dem Elsflether Zolle nichts in Anschlag bringen, als das vom Herzogthume abgerissene und der Stadt Bremen überlassene Grolland; denn was vom Stifte Lübeck an die Stadt Lübeck kommt, ist von einem Entschädigungs - Objecte genommen. Wich-

tig für das Herzogthum sind die im Südwesten an dasselbe gränzenden Aemter Cloppenburg und Vechte, von welchen jenes etwa 30, dieses 16 Qu. Meilen begreifen mag. *) Sie sind also beynahe so groß, wie das ganze Herzogthum, aber größtentheils wüste, und nur in einzelnen fruchtbaren Strichen wohlbewohnt. Man wird kaum 60000 Einwohner für diesen Landstrich rechnen dürfen. Doch in der Nähe einer milden, aufmerksamen und thätigen Regierung wird das Land bald in größere Aufnahme kommen, und dann werden auch die Einkünfte steigen. Die bisherigen Domainen-Einkünfte sollen von Cloppenburg nur 4805, und von Vechte 4503 Thaler, die Contributionen aber von jenem 18451, von diesem 22620 Thaler betragen haben. Eine Vermehrung der Domainen durch Kloostergüter wird hier schwerlich stattfinden, indem keines einzigen Klosters in

*) Nämlich ohne die Kirchspiele Dammē und Neuenkirchen, welche die Charte zu Vechte zieht, und ohne das Diepholzische Kirchspiel Goldenstedt, wo Münster nur gewisse Gerechtsame hat.

beyden Aemtern gedacht wird, (die Mönche liebten angenehme Einöden;) wir setzen also nur die alten Einkünfte an. Demohngeachtet scheint man bey der Entschädigung auf das Hochstift Lübeck gar keine Rücksicht genommen, sondern dasselbe als ein dem Hause Holstein schon mehr als halb zugehöriges Land angesehen zu haben. Endlich muß man auch nicht übersehen, „daß „Einkünfte, auf Grund und Boden fundirt, „weit mehr werth sind, als die bloß von „der Laune des Zufalls und dem Eigensinne „des Handels abhängigen Zölle.“

§. 9.

Dem Herzoge von Mecklenburg-Schwerin für seine Rechte und Ansprüche auf zwey erbliche Canonicate der Kirche zu Straßburg, die ihm als Ersatz für den Hafen von Wismar gegeben waren; so wie für seine Ansprüche auf die Halbinsel Priwal in der Trave, deren ausschließliches Eigenthum der Stadt Lübeck bleibt: die Rechte

und das Eigenthum des Lübecker Hospitals in den Dörfern Warnkenhagen, Altenbuchow und Crumbrook, und in den der Insel Poel; ferner eine immerwährende Rente von 10000 Gulden, auf den §. 39. erwähnten Schiffahrtsoctroi.

Schon auf dem Rastadter Congresse meldete sich Mecklenburg-Schwerin wegen dieser Straßburger Canonicate,*) und verlangte Ersatz dafür. Weder damals, noch auch im ersten Plane ward aber desselben gedacht. Der zweyte Plan gab ihm die Rechte und das Eigenthum des Lübecker Hospitals in den genannten drey Dörfern, welche im Umfange des Herzogthums an der Gränze liegen, und in den vier Dörfern, welche diesem Hospital auf der vor Wismar liegenden Insel Poel, welche übrigens Schwedisch ist, gehörten, und dann noch eine jährliche Rente von 10,000 Gulden von den Osnabrückischen

*) Im Osnabrück. Frieden Art. XII. § 2. wurden dem gesamten Hause Mecklenburg 2 Straßburger Canonicate evangelischer Religion bewilligt.

Klöstern, um zur Erwerbung des Amts Neuhaus zwischen der Elbe und Regnitz zu dienen. Allein sowohl gegen diese Anweisung als die Bestimmung derselben protestirte Hannover sogleich. Daher ward im ersten Deputations - Hauptschlusse hinzugesetzt: „vorbehaltlich eines weitem Einverständnisses zwischen den vermittelnden Mächten „und dem Könige von England, Churfürsten „von Braunschweig - Lüneburg.“ Zufolge dieses weitem Einverständnisses ward nun im zweyten Hauptschlusse die Rente auf die Rheinschiffahrts - Octroi angewiesen, und die bestimmte Anwendung derselben fiel weg. Die Halbinsel Priwal, ein niedriger, etwa $\frac{1}{8}$ Qu. Meilen großer, durch eine schmale Landenge mit dem festen Lande zusammenhängender Landstrich, war bisher eine zwischen Mecklenburg und der Stadt Lübeck gemeinschaftliche, aber wegen der Gränze streitige Viehweide, und ist der Stadt bloß wegen ihrer Lage an der Mündung der Trave, Travemünde gegenüber, von Erheblichkeit.

Es meldete sich aber auch Strelitz

wegen seiner Mitansprüche auf die 2 Straßburger Domherrnstellen *) bey der Deputation, und verlangte entweder eine besondere Entschädigung, oder einen bestimmten Antheil an der Schwerinischen. Schwerin widersprach dem verlangten Antheil, schlug jedoch in der Folge vor, 2 im Umfange von Ratzeburg gelegene Stadt-Lübeckische Hospitaldörfer, an Strelitz gegen Aufhebung seiner Ansprüche auf einige Vierlander Bauerhöfe cediren zu lassen, welches aber nicht angenommen wurde. Bey seinem Beytritte zum Haupt-Deputationsschlusse im Reichsfürstenrathe erklärte Schwerin: „dafs es die Anweisung „auf die Schiffahrtsoctroy nur als einen weni- „ger vollständigen Abtrag seiner Entschädi- „gungs-Forderung betrachte, und die Er- „gänzung der ihm gebührenden Compen- „sation mittelst angemessener Gegenstände, „welche durch weitere Vorkommenheiten „noch dazu geeignet werden könnten, im- „mittelst noch erwarten zu dürfen glaube.

*) Aus obigem Artikel ist klar, dafs eine Linie der andern succediren soll.

„Wenn übrigens die Absichten der vermit-
 „telnden Mächte darauf berechnet waren,
 „die Deutsche Verfassung nach ihren noth-
 „wendigen neuen Grundlagen auf die richti-
 „gen Verhältnisse der vorzüglichsten Mit-
 „glieder unter sich, und auf die gleichmäfsige
 „Erhaltung ihrer Kräfte zu begründen, so
 „vertraue der Herzog desto zuversichtlicher,
 „dafs bey diesen Ausgleichungen auch Er
 „diejenige Stelle wieder einnehmen werde,
 „welche Ihm nach dem Range und Alter
 „Seines Hauses und nach dessen bisherigen
 „Verhältnissen zustehen dürfte.“ Diels bezog
 sich ohne Zweifel auf die Churwürde. Ob
 die Entschädigung dem Verluste beykomme
 oder nicht, läfst sich nicht beurtheilen, da
 der wahre Werth der verlohrnen Pfründen
 unbekannt ist.

§. 10.

*Dem Fürsten von Hohenzollern-
 Hechingen für seine Feudalrechte in
 der Grafschaft Geulle, und den Herr-
 schaften Mouffrin und Baillonville
 im Lütticher Lande: die Herrschaft*

Hirschlatt, und das Kloster Stetten.

Dem Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen für seine Feudalrechte in den Herrschaften Boxmer, Dixmüde, Berg, Gendringen, Etten, Fisch, Pannerden und Mühlingen; und für seine Domainen in Belgien: die Herrschaft Glatt, die Klöster Inzikhofen, Klosterbeuren und Holzheim; letzteres im Augsburgerischen.

Beyde Linien des Hauses Hohenzollern haben gar keine unmittelbare, noch viel weniger reichsständische Besetzung verlohren, folglich an eine Entschädigung von Seiten des Reichs, nach den Grundsätzen der Deputation, gar keinen Anspruch zu machen gehabt, auch wirklich keine Reclamation bey der Deputation eingegeben, ohngeachtet sie im ersten Plane völlig übergangen waren. Ueberdies erhalten sie, wie man aus dem Inhalte dieses Paragraphen sieht, ihre Güter in den Niederlanden zurück, und verlohren bloß die mit der neuen Französischen Ver-

fassung unverträglichen Lehnrechte. Aber auch diese werden ihnen ganz besonders ersetzt: eine Aufmerksamkeit, die sie vermuthlich der Preussischen Verwendung zu verdanken haben. Der Verlust läßt sich unmöglich angeben, und nur aus dem Ersatze errathen. Dieser besteht für Hechingen in der Herrschaft Hirschlatt und dem Kloster Stetten. Von der ersten habe ich nichts auffinden können. Das topogr. Lex. von Schwaben kennt nur ein Dorf dieses Namens in der untern Landvogtey, welches die Charten unweit Tettnang an der Schussen zeigen. Dieß ist aber schwerlich das rechte. Es muß das Zubehör eines Klosters gewesen seyn. Das Nonnenkloster Stetten liegt nahe bey Hechingen, und ist von keiner Bedeutung. Weit beträchtlicher ist die Sigmaringsche Entschädigung. Die Herrschaft Glatt beruht auf dem Pfarrdorfe Glatt am Neckar, und gehörte dem Stifte Muri in der Schweiz. Es war hier eine fürstl. Murische Kanzley. Das Nonnenkloster Inzikhofen bey Sigmaringen wird als unmittelbar angegeben, und war wohlhabend. Das Kloster Kloster-

beuren muß man nicht mit dem weitwichtigern Kloster Beuren verwechseln. Jenes ist ein Nonnenkloster im Stift-Augsburgischen an der Günz neben Winterrieden, welches 3 Dörfer besitzt. Die reiche Nonnenabtey Holzheim oder Holzen liegt an der Schmutter, und hat ein Gebiet von mehrern Dörfern.*)

§. 11.

Dem Fürsten von Dietrichstein für die Herrschaft Trasp in Graubünden: die Herrschaft Neu-Ravensburg.

Dem Fürsten von Ligne für Fagnolles: die Abtey Edelstetten unter dem Namen einer Grafschaft.

Die Herrschaft Trasp gehörte zu Tyrol, von welchem sie 1686 an Dietrichstein,

*) Im Französischen Original kann sich au pays d'Augsbourg auf Klosterbeuren und Holzheim beziehen; im Deutschen schließt das Wort letzteres Klosterbeuren vom Augsburgischen aus, da es doch ebenfalls darin liegt.

jedoch mit Vorbehalt der Landeshoheit, verschenkt wurde. Sie begreift nebst dem Schlosse Trasp das große Dorf Fontana und 8 Weiler. Jenes macht durch seine Lage am Inn einen nicht unwichtigen Pafs zwischen Tyrol und Graubünden, von welchem die Herrschaft auf 3 Seiten umgeben war, und welchem sie nun einverleibt ist. Neu-Ravensburg ist eine kleine unmittelbare Herrschaft und Dorf an der Argen, und gehörte dem Stifte St. Gallen. Dietrichstein hat nicht reclamirt, scheint also mit dem Ersatze zufrieden zu seyn.

Im ersten Plane hatte man die Entschädigung von Aremberg und Ligne, welche ursprünglich eine einzige Familie ausmachen, zusammen geschlagen. Weil man aber dem Hause Aremberg eine vollständigere Entschädigung zu geben für gut fand: so wies man dem Hause Ligne im zweyten Plane die Abtey Wittmarsen an. Allein Chur-Braunschweig, welches wegen Bentheim im Besitz der, wiewohl mit Münster streitigen, Landeshoheit über diese Abtey war, widersetzte sich. Man vertauschte sie daher schon im ersten

Hauptschlusse mit der Abtey Edelstetten. Die Reichsgrafschaft Fagnolles bey Philippeville war die jüngste im Reiche, beruhte auf einem einzigen Gut und Dorfe, und hatte nach des Fürsten eigener Angabe nur 5500 Gulden Einkünfte. Edelstetten war ein weltliches adeliches Frauenstift im Umfange der Markgrafschaft Burgau, (zwischen der Kamblach und Mindel, neben Ursperg,) zwar an sich reichsunmittelbar, aber doch im Verbande mit dem Rittercanton Donau, und in Ansehung seiner Besitzungen der Burgauischen Hoheit unterworfen. Diese bestehen aus einem beym Kloster liegenden Flecken nebst $2\frac{1}{2}$ Dörfern, welche 1300 Einwohner haben, und an 16000 Gulden ertragen sollen. Ob nun Burgau der neuen Grafschaft Edelstetten die volle Landeshoheit überlassen werde, stehet dahin.

§. 12.

Dem Fürsten von Nassau-Usingen für das Fürstenthum Saarbrück; zwey Drittheile der Grafschaft Saarwerden, die Herrschaft Ottweiler,

und die von Lahr in der Ortenau:
die Mainzischen Aemter: Königstein,
Höchst, Kronenberg, Rüdes-
heim, Oberlahnstein, Eltwill,
Haarheim, Kassel, mit den Be-
sitzungen des Domkapitels auf der
rechten Mainseite, unterhalb Frankfurt;
ferner das Pfälzische Amt Kaub:
nebst Zugehörden, der Rest des eigent-
lichen Churfürstenthums Cölln (mit
Ausnahme der Aemter: Altwied und
Nurburg); die Hessischen Aemter:
Katzenelnbogen, Braubach,
Embs, Epstein und Kleeberg,
frey von den Solmsischen Ansprüchen;
die Dörfer: Weiperfelden, So-
den, Sulzbach, Schwanheim und
Okristel; die Capitel und Abteyen:
Limburg, Rummersdorf, Blei-
denstadt, Sayn, und alle Capitel,
Abteyen und Klöster in den, ihm zur
Entschädigung zugefallenen Landen;
endlich die Grafschaft Sayn-Alten-
kirchen, mit dem Beding, sich in An-
sehung der Schadloshaltung des Hauses

Sayn-Wittgenstein, dessen Ansprüche auf die Grafschaft Sayn und Zugehörden erloschen bleiben, nach der darüber getroffenen Uebereinkunft zu benehmen.

Dem Fürsten von Nassau-Weilburg für den dritten Theil an Saarwerden, und die Herrschaft Kirchheim Polanden: der Rest des Churfürstenthums Trier, mit den Abteyen: Arnstein, Schönau und Marienstadt.

Dem Fürsten von Nassau-Dillenburg zur Entschädigung für die Statthalterschaft, und seine Domänen in Holland und Belgien: die Bisthümer Fulda und Corvey, die Reichsstadt Dortmund; die Abtey Weingarten, die Abteyen und Probsteyen Hofen, St. Gerold im Weingartischen, Bandern, im Lichtensteinischen Gebiete; Dietkirchen, im Nassauischen, so wie alle Capitel, Abteyen, Probsteyen und Klöster in den zugeheilten Landen, unter der Bedingung, den bestehenden, und schon früher von

Frankreich anerkannten Ansprüchen auf einige Erbschaften, welche im Laufe des letzten Jahrhunderts mit dem Nassau-Dillenburgischen Majorate vereinigt worden sind, Genüge zu thun.

Dieser Paragraph betrifft das gesamte Haus Nassau. Mit der Entschädigung von Usingen sind bedeutende Veränderungen vorgenommen worden. Der erste Plan hatte die Theile des Churstifts Maynz nicht genau angegeben, und auch die Theile desselben auf der linken Seite des Mains, in der Nachbarschaft von Darmstadt, zur Usingischen Entschädigung geschlagen. Letztere hatten aber für Darmstadt eine weit bequemere Lage als für Usingen; daher fand man für gut, einige alte Hessische Aemter, welche zwischen den Nassauischen alten und neuen Besitzungen lagen, gegen jene auszutauschen. Die Entschädigung ist so sehr (aus 26 einzelnen Stücken) zusammengesetzt, daß man nicht umhin kann, sie einzeln zu durchgehen. Usingen hat erhalten: a) Theile des eigentlichen Churstifts Maynz, nämlich: 1) das Städtchen Cassel, welches mit dem bekann-

ten Costheim ehemals unter dem Vicedom-Amt Maynz stand, 2) das Amt Höchst mit der Kellerey Hofheim, und das weiter unten vorkommende, zu Höchst gehörige Dorf Schwanheim auf der linken Mainseite, 3) das Amt Kronberg 4) die Aemter Eltwill (der neuere Name ist Ellfeld) und Rüdesheim, welche den berühmten Rheingau ausmachen, 5) das Amt Oberlahnstein oder Lohnstein am Einflusse der Lahn in den Rhein, 6) die Besitzungen des Domcapitels auf der rechten Mainseite unterhalb Frankfurt, welche hauptsächlich aus den schönen und reichen Marktflecken Hochheim und Flörsheim bestehn; b) Von dem Mainzischen Antheile an der Grafschaft Königstein die Aemter Königstein und Harheim,*) unter deren erstem ohne Zweifel die Kellerey Neuenhayn und die Mainzische Hälfte an Epstein mit begriffen sind; c) das Pfälzische Amt Caub

*) Wenigstens ist mir kein anderes Mainzisches Harheim in dieser Gegend bekannt, als ein Dorf bey Bonames, welches neuerlich der Sitz eines Unteramts geworden seyn muß.

neben dem Rheingau; d) den Rest des eigentlichen Churfürstenthums Cölln, der in einigen weit entlegenen zerstreuten Stücken besteht, und durch die hier bemerkte Ausnahme wenigstens um die Hälfte verringert wird; e) die fünf Hessischen Aemter und das Hessische Dorf Weiperfelden, von welchen schon oben bey Hessen - Darmstadt (§. 7.) gehandelt worden ist; f) Soden und Sulzbach, zwey wegen ihrer Bäder und Salinen sowohl als wegen ihres innern Wohlstandes sehr vorzügliche Dörfer, waren eigentlich freye Reichsdörfer, von welchen aber Churmainz und die Stadt Frankfurt Schutz- und Schirmherren waren, d. h. sich für Besitzer, jeder zur Hälfte, ansahen, g) das Dorf Okriftel, auf dem rechten Mainufer, welches dem Fürsten von Ysenburg gehörte, und nur der Lage und Zuründung wegen mit in die große Urne geworfen, dem Fürsten aber reichlich ersetzt worden ist; h) die Capitel und Abteyen: Limburg, das mittelbare St. Georgen-Stift in der ehemals Trierischen, nun Weilburgischen Stadt Limburg an der Lahn, welches sehr wohlhabend war;

Rummersdorf oder Romersdorf, eine mittelbare Abtey im Trierischen, jetzt Weiburgischen Amte Montabaur, das ebenfalls gute Einkünfte hatte; Bleidenstatt oder eigentlich das Ritterstift S. Ferrutii im Usingischen Dorfe Bleidenstatt, welches vermöge Vertrags mit Usingen in einem bestimmten Bezirke alle hohe und niedere Obrigkeit hatte, aber an niemand veräußern durfte; und Sayn oder die Abtey beym Schlosse Sayn in der vormals Trierischen Herrschaft Vallendar; überdiß aber auch noch i) alle Capitel, Abteyen und Klöster in den ihm zur Entschädigung zugefallenen Landen, ein bedeutender Zuwachs, indem bloß im Rheingau 5 wohlhabende Abteyen vorhanden sind, von denen Eberbach allein über 30,000 Fl. Einkünfte hat; endlich k) die Grafschaft Sayn Brandenburg-Ansbachischen Antheils, oder die sogenannte Grafschaft Sayn-Altenkirchen,*) von welcher schon oben bey Ba-

*) Sie sollte erst nach dem Tode des Markgrafen an Usingen, so wie Lahr an Baden, kommen. Der Markgraf hat sie aber gegen eine jährliche Pension von 36000 Fl., die bisher auf ihr ruhte, schon jetzt abgetreten.

den die Rede gewesen ist, und in Ansehung der dem Hause Sayn - Wittgenstein zu leistenden Schadloshaltung noch unten §. 23. die Rede seyn wird. — Wenn man diese Entschädigung aufmerksam betrachtet, so sieht man mit Verwunderung, wie sehr es sich die Französische Regierung hat angelegen seyn lassen, alle Wünsche des Bibericher Hofes zu befriedigen, wozu vielleicht die Nachbarschaft von Mainz etwas beygetragen hat.

Weilburg hat weit weniger verlohren, als Usingen, weil der ganze Saarbrückische Landestheil beym Aussterben dieser Linie 1797 allein an letzteres fiel, und ganz jenseit des Rheins lag. Wahrscheinlich sind auch die Einkünfte der verlohrnen Weilburgischen Lande mit 178,000 Gulden um ein gutes Drittel zu hoch angesetzt. Der Rest des Churfürstenthums Trier, so viel nämlich davon diesseit des Rheins lag, ist noch immer ansehnlich genug. Es gehören zu demselben: der diesseitige Theil der Aemter Ehrenbreitstein und Bergpflege; der daran stossende grössere Theil der Grafschaft Nieder-Ysen-

burg, worüber aber mit Wied ein noch anhängiger Rechtsstreit obwaltet; das Amt Hammerstein; der diesseitige Theil des Amts Boppard; das Amt Welmich; das wichtige Amt Montabaur; das Amt Limburg mit dem weltberühmten Selterser Sauerbrunnen; und die mit Nassau-Oranien gemeinschaftlichen Aemter Camberg und Wehrheim; ingleichen zwey Drittel an Münzfelden. Wegen des sehr einträglichen Selzer Wassers müssen die Einkünfte beträchtlich seyn, aber die reichsten Stifter des Landes sind ihm entzogen und dafür andere gegeben worden, nämlich: die reiche unmittelbare Abtey Arnstein mit einem kleinen unmittelbaren Gebiete in einer vortreflichen Gegend an der Lahn; und die reiche Abtey Marienstadt im Hachenburgischen Antheile an der Grafschaft Sayn, welche mit der letztern langwierige Streitigkeiten über die Landeshoheit gehabt hat. Hierzu hat schon der erste Deputations-Hauptschluss die wohlhabende Benedictiner-Abtey Schönau am Mylenbach im Weilburgischen Amte Miehlen gelegt. Verhältnißmäfsig scheint

also Weilburg weit reichlicher entschädigt zu seyn, als Usingen.

Nassau - Oranien oder Diez, hier Dillenburg benannt, ist weder durch die Rheingränze betroffen, noch durch irgend einen Friedensschluss zu einem Ersatze berechtigt, sondern durch einen ohne Zuziehung und Einwilligung des Reichs mit Frankreich geschlossenen Vertrag an das Reich gewiesen worden. Der Verlust dieses Hauses geht uns also gar nichts an, da die Entschädigung desselben blofs als eine besondere Vergünstigung von Seiten des Reichs zu betrachten ist. Sie besteht in 2 Bisthümern, 1 Reichsstadt, 1 Reichsabtey, 4 benannten mittelbaren Abteyen, und noch aus allen Capiteln, Abteyen, Probsteyen und Klöstern in den ihm zugetheilten Landen. *) Das Hochstift Fulda war eines der wichtigern in Deutschland. Die Gröfse desselben ist

9 *

*) Diese Entschädigung wird vom D. Z. (Heft II. und IV.) weitläufig aus einander gesetzt, dem ich auch hier meistens folge.

nicht genau bekannt; man setzt sie am wahrscheinlichsten auf 33 Qu. Meilen. *) Die Volksmenge beträgt nach Zählungen 90,020 Seelen. Der Flachsbaue ist vorzüglich stark, die Spinnerey aufs höchste getrieben, und die Weberey sehr beträchtlich. Die Einkünfte der Obereinnahme, welche aus den directen Steuern nach den jährlichen Bedürfnissen flossen, betrugen im Durchschnitt 90,000, die der Kammer aber an 400,000 Gulden. Hierunter sind aber nicht begriffen a) die Einkünfte des Domconvents und der 8 Probsteien im Lande, welche auf 90,000 Gulden angegeben werden, b) die Einkünfte des Johannesbergs im Rheingau, welcher als ein Schatullgut benutzt wurde, und der Probstey Holzkirchen im Würzburgischen, deren Einkünfte fast einzig in ihrer Landwirthschaft bestehen, c) die Einkünfte von 3 Collegiatstiftern und 6 Klöstern im Lande, und d) des

*) Aus der Volksmenge schließt der D. Z., daß die Angabe von 48 Qu. M. eher zu gering als zu hoch sey. Allein dieß gebirgige Land ist stark bevölkert, und so möchte wohl eher das Gegentheil folgen.

sehr wichtigen Lehenhofs, eines der ansehnlichsten in Deutschland. Man rechnet also sehr mäßig, wenn man den Ertrag des Landes, nach Abzug der Hebungskosten, auf 625000 Gulden schätzt. Corvey, das jüngste Bisthum in Deutschland, ist weit geringer; doch schätzt man seine Einkünfte, mit Einschluss derer des Capitels und einer Nonnenabtey im Lande nicht unwahrscheinlich auf 1000,00 Gulden. Ob die zu Corvey gehörige Probstey zu Meppen bey Corvey bleiben oder dem neuen Besitzer von Meppen zufallen werde, ist nicht klar, das erste aber wahrscheinlich. Der Anspruch auf Volkmarsen aber ist durch §. 7. offenbar niedergeschlagen. Die Reichsstadt Dortmund ist an sich von keiner großen Bedeutung, hat aber ein äußerst fruchtbares Gebiet, und 3 Klöster, wovon wenigstens eins den Ruf des Reichthums hat. Die Reichsabtey Weingarten liegt in Schwaben an der Schussen im Umfange der Landvogtey Altdorf, und stand unter Oestreichischem Schutze und Schirme, ein Theil ihrer Besitzungen auch unter Oestreichischer Hoheit; jedoch der weit größere

Theil desselben ist unmittelbar, liegt aber zerstreut bis an den Bodensee, und die ihr gehörige ansehnliche Reichsherrschaft Blumenegg sogar zwischen den Vorarlbergischen Herrschaften, nicht weit von der Tyrolischen Gränze. Bey der Berechnung der Grösse und Bevölkerung kommt blofs das unmittelbare Gebiet in Anschlag; von dem mittelbaren werden nur die Einkünfte berechnet. Diese schätzt man von der Abtey selbst auf 100,000 Gulden, ohne die beyden Probsteyen Hofen und St. Gerold, von welchen jene, bey Buchhorn am Bodensee, mit Weingarten vereinigt war, diese aber, in der Herrschaft Blumenegg, dem Kloster Einsiedeln in der Schweiz gehörte, und von den vertriebenen Mönchen desselben während des letzten Kriegs beynahe aufgezehrt worden ist. Mit diesen Probsteyen kann man die Einkünfte von Weingarten überhaupt auf 140,000 Gulden ansetzen; aber die Administration ist wegen der zerstreuten Lage kostspielig. Das Kloster selbst hat eine stolze Lage, einen ansehnlichen Umfang, schöne Gebäude, besonders eine prächtige Kirche

mit einem kostbaren Schatze, und eine wichtige Bibliothek. Die Abtey Banderen oder Benderen liegt im Fürstenthum Lichtenstein, an der Gränze von Graubünden, am Rheine, also in einem alten Erblande, und ist nicht sehr erheblich. Diese drey mittelbaren Abteyen hat Nassau-Diez statt der ihm im ersten Plane angewiesenen Stifter Kappel im Lippischen und Cappenberg im Münsterrischen erhalten, wovon Preussen die Einziehung der ersten abwandte, und die andere sich selbst geben liefs. Dietkirchen ist ein Collegiatstift im vormals Trierischen, nun Weilburgischen Amte Limburg an der Lahn, und weder unmittelbar, noch einträglich. Die ganze Entschädigung dürfte wohl an eine Million Gulden jährlicher Einkünfte hinansteigen, hat aber eine wunderbare zerstreute Lage; doch macht das Hauptland allein zwey Drittheile des Ganzen aus. Die beygefügte Bedingung, welche den bekannten Prinzen von Nassau-Siegen, als Prätendenten auf die Siegensche Erbschaft, betrifft, soll schon durch einen Vergleich erfüllt seyn, vermöge dessen der Prinz ein

Aversional-Quantum von 130,000 Gulden, und eine jährliche Pension von 10,000 Thaler, von Nassau-Dillenburg erhält.

§. 13.

Dem Fürsten von Thurn und Taxis, zur Schadloshaltung für die Einkünfte der Reichsposten in den an Frankreich abgetretenen Provinzen: das gefürstete Damenstift Buchau nebst der Stadt; die Abteyen Marchthal und Neresheim; das zu Salmannsweiler gehörige Amt Ostrach im ganzen Umfange seiner gegenwärtigen Verwaltung, mit der Herrschaft Schemmelberg, und den Weilern Tiefenthal, Frankenhofen und Stetten.

Uebrigens wird die Erhaltung der Posten des Fürsten von Thurn und Taxis, so wie sie constituiert sind, garantirt. Dem zufolge sollen die gedachten Posten in dem Zustande erhalten werden, in welchem sie sich ihrer Ausdehnung und Ausübung nach, zur Zeit des Lüneviller Friedens befanden.

Um diese Anstalt in ihrer ganzen Vollständigkeit, so wie sie sich in besagtem Zeitpuncte befand, desto mehr zu sichern, wird sie dem besondern Schutze des Kaisers, und des churfürstlichen Collegiums übergeben.

Das Reichs-Postamt ist ein Thronlehen, wie der Elsflether Zoll, und nach gleichen Grundsätzen zu einer Entschädigung geeignet. Durch die Rheingränze verlor es die Post-Einkünfte jenseit des Rheins, welche sehr beträchtlich waren; doch ist die Summe derselben nicht öffentlich bekannt. Der erste und der zweyte Plan sprach auch von verlohrnen Domainen in Belgien; aber schon der erste Deputations-Hauptschluss ließ sie auf Verlangen der Minister weg. Die bisherige Reichsstadt Buchau ist ein kleines geringes Städtchen am Federsee, das weder Mauern, noch Thore, noch eine Kirche, kaum 1000 Einwohner, und ein sehr geringes Gebiet hat. Dabey liegt das gefürstete freyweltliche Damenstift*) gleiches Namens, welches aufser

*) Die Schwäbischen Grafen reclamirten das Stift, unter andern aus dem Grunde, weil es

einigen umliegenden Dörfern die unmittelbare Herrschaft Strasberg, zwischen Ebingen und Sigmaringen, mit voller Landeshoheit, und das Dorf und Amt Bierstetten in der Landgrafschaft Nellenburg besitzt. Stadt und Abtey Buchau stehen übrigens unter der hohen Gerichtsbarkeit der Landvogtey, entrichten eine jährliche Steuer, und theilen mit Oestreich die nicht unbeträchtliche Fischensgerechtigkeit auf dem Federsee. Die Reichsabtey Marchthal hat nicht nur ein geschlossenes Gebiet, das sich von der Donau bis in den Federsee erstreckt, 9 Pfarrdörfer, 14 andere Dörfer und mehrere einzelne Höfe begreift, sondern auch noch einzelne Höfe und Rechte unter fremder Landeshoheit. Das Kloster ist ein großes,

nicht geistlich, sondern schon seit Jahrhunderten säcularisirt und freyweltlich sey. Allein, auch Essen, die beyden Münster u. s. w. waren wahrhaftig freyweltlich genug; und was soll man vollends zu den evangelischen Quedlinburg, Herford, Gandersheim u. s. w. sagen, welche selbst evangelische Stände, die den Unterschied sehr gut wußten, annahmen?

regelmäßiges und prächtiges Gebäude,*) und soll zur künftigen Taxischen Residenz bestimmt seyn. Diese beyden Entschädigungs-Objecte gränzen mit den alten Taxischen Besitzungen Scheer und Bußen. Die Reichs-Abtey Neresheim im Umfange der Grafschaft Oettingen hatte sich erst 1764 durch grofse Opfer von der Wallersteinischen Landeshoheit losgekauft, und doch noch ein kleines, treflich angebautes unmittelbares Gebiet mit 5 Dörfern, 6 Weilern und 6 Höfen, und beträchtliche Güter unter fremder Hoheit übrig behalten. Das Kloster, ebenfalls ein sehr ansehnliches und modernes Gebäude mit einer sehr schönen Kirche in einer angenehmen Lage, hat eine wichtige Bibliothek, ein mathematisches Museum, Münz- und Naturalien-Cabinet, und war ein Sitz der Wissenschaften und einer klugen Oeconomie. Es gränzt mit der Taxischen Herrschaft Dischingen. Das von Salmannsweiler getrennte Amt Ostrach aber liegt ebenfalls

*) Man fand im Kloster für 300,000 Fl. Effecten, ohne die Vorräthe von Frucht und Wein!

neben der Grafschaft Scheer, und macht eine unmittelbare Herrschaft aus. Salmannsweil hatte dem hiesigen Oberamte auch seine unmittelbare Herrschaft Schemmerberg, zwischen Ehingen und Biberach, untergeordnet, welche daher nach der ausdrücklichen Bestimmung des zweyten Plans dabey bleiben soll; so wie das Pfarrdorf (nicht Weiler) Frankenhofen und die Dörfer Stetten und Tiefenhöhle (nicht Tiefenthal), welche unweit Ehingen auf der Nordseite der Donau beysammen liegen, und in die Salmannsweilerische Pflege Ehingen gehörten.

Eine ganz außerordentliche Begünstigung des Taxischen Hauses leuchtet aus der ausdrücklichen Erwähnung der Fortdauer seines Postrechts hervor. Allein gegen die Macht hilft es nicht. Dieser feyerlichen Zusicherung und Garantie ohngeachtet hat Brandenburg, welches den Deputations-Recess mit verfaßt, auf dem Reichstage mit genehmigt, und als Mitglied des Churcollegii den besondern Schutz mit übernommen hat, in seinen Entschädigungs-Landen von allen fahrenden und reitenden Posten Besitz genommen,

„um das Postregal, so wie jedes andere
 „Souverainitäts - Recht, in seinem ganzen
 „Umfange auszuüben,“ und hat namentlich
 die Taxischen Posten in Münster, Essen,
 Paderborn, Hildesheim, Goslar, Mühlhau-
 sen, Nordhausen und auf dem Eichsfelde,
 vom 1sten May 1803 an, folglich nach An-
 nahme des Deputations-Hauptschlusses von
 der Reichsversammlung, und nach der Kais.
 Ratification desselben, gänzlich aufgelöset,
 ohne, so viel man weiß, sich darüber mit
 dem Reichs-General-Postmeister zu verstehen.

§. 14.

*Dem Fürsten von Löwenstein-Verth-
 heim für die Grafschaft Pütlingen,
 die Herrschaften Scharfeneck, Cug-
 non und andere: die zwey Mainzer
 Dörfer Würth und Trennfurt;
 die Würzburgischen Aemter Rothen-
 fels und Homburg, die Abteyen
 Brombach, Neustadt und Holz-
 kirchen; die Würzburgischen Ver-
 waltungen Widdern und Thalheim,
 eine immerwährende Rente von 12000*

Gulden auf den §. 39. erwähnten Schifffahrts-Octroi, und die Würzburgischen Rechte und Einkünfte in der Grafschaft Werthheim; jedoch unter der Clausel, gedachtes Amt Homburg und die Abtey Holzkirchen dem Churfürsten von Pfalzbaiern gegen eine immerwährende Rente von 28000 Gulden, oder gegen jedes andere Aequivalent, dessen sie übereinkommen mögen, wieder abzutreten.

Den Grafen von Löwenstein-Wertheim für die Grafschaft Virneburg: das Amt Freudenberg, die Karthause Grünau, das Kloster Triefenstein, und die Dörfer: Montfeld, Rauenberg, Wessenthal und Trennfeld.

Im ersten Plane war das Haus Löwenstein-Wertheim auf eine sehr unbestimmte Art bedacht worden. Vom Verluste ward nur die zum Westphälischen Kreise gehörige reichsständische Grafschaft Virneburg in der Eifel, und die dem Rheinischen Ritterkreise einverleibte (mit den Grafen

von Sickingen gemeinschaftliche) Herrschaft Scharfeneck bey Landau, wovon jene die ältere gräfliche Linie, diese die jüngere fürstliche Linie besaß, erwähnt, mit dem Beysatze „und andere Ländereyen u. s. w.“ Dafür wurden dem Hause die Würzburgischen Antheile an den Grafschaften Rheineck und Wertheim, nebst der Abtey Brombach, bestimmt. Niemand wußte recht, was unter diesen Antheilen an Rheineck (besser Rieneck) und Wertheim eigentlich zu verstehen sey. *) Selbst in der Deputation (VIIte Sitzung) liefs sich nur der Subdelegirte von Mainz auf eine nähere Ansicht der angewiesenen Entschädigung ein, und verstand unter la part de Wurzburg aux comtés de Rhineck et de Wertheim à la droite du Mein bloß das Würzburger Amt Rothenfels. Die 3 Löwensteinischen Reclamationen, von welchen die erste den erlittenen Verlust darstellte, die zweyte Ansprüche auf 4 Würzburgische Aemter, und die dritte Ansprüche auf die Arembergischen Herrschaften Kerpen und Kessel-

*) Man sehe meine Erl. des ersten Plans S. 77.

burg in der Eifel, und die ganze La Markische Erbschaft (Schleiden, Saffenburg u. s. w.) betraf, klärten die Sache ziemlich auf.

Die fürstliche Linie hat keine unmittelbare Besitzung, als die Herrschaft Scharfeneck verlohren, und auch diese eignete sich, da sie kein Reichsstand, folglich als ein Privat-Eigenthum anzusehen war, nach dem Urtheile der Deputation zur Aufhebung des Sequesters; alle ihre übrigen, an sich ansehnlichen Güter standen schon vorhin unter Französischer Hoheit, und gehörten nach den Grundsätzen der Deputation gar nicht hieher. Sie berechnete ihren Total-Verlust auf 21 Qu. Lieues, 23,350 Seelen, und 118,386 Livres jährliche Einkünfte, und noch besonders 72,493 Livres aus den Waldungen; dann aber noch an Werth der Gebäude und entbehrten Einkünften ein Capital, dessen Interessen zu $2\frac{1}{2}$ Proc. 64,377 Livres betrug, so dafs ihre Entschädigungs-Forderung auf 255,256 Livres oder 116,990 Gulden jährlicher Einkünfte hinan lief. — Die gräfliche Linie hatte aufser der Grafschaft Virnenburg nichts verlohren, machte aber

mit den Gebäuden und Rückständen eine Forderung von 23,985 Gulden jährlicher Einkünfte. Das Gesamthaus verlangte also eine Entschädigung von 140,975 Gulden jährlicher Einkünfte, und bemerkte dagegen, daß die ihm bestimmten Gegenstände schwerlich eine jährliche Revenue von 40,000 Fl. auswerfen würden, ohne jedoch, was sonderbar ist, diese Gegenstände nur einmal zu nennen, geschweige denn sich über deren Beschaffenheit auszulassen, so daß nur Virneburg und Scharfeneck dadurch vergütet werden konnte. Die Deputation glaubte zwar, daß bloß Virneburg ersetzt, das übrige herausgegeben werden müsse, folglich die Entschädigung weit mehr als hinreichend sey; allein Frankreich behielt auch die übrigen Güter, und nahm beym Ersatze auch auf die Ansprüche Bedacht.

Mit diesen hat es in Betreff von Würzburg folgende Bewandnifs. Der letzte Graf von Wertheim († 1556) hinterließ eine sehr zarte Tochter, die ihm schnell folgte, und ihre Mutter zur Erbin im Allodium hatte. Der

Vater der verwittweten Gräfin, ein Graf von Stolberg und Königstein, wünschte die Lehen der Grafschaft auf sein Haus zu bringen, erhielt auch die Regalien vom Reiche, die Böhmischen und Fuldischen Lehen; mit Würzburg aber gieng er eine Capitulation ein, in welcher man die Würzburgischen Lehen weit ausdehnte, und erhielt dann die Belehnung für seinen Mannsstamm und für seine beyden ältesten Töchter, wovon die älteste die erwähnte Wittwe war. Obgleich nun der dritten Tochter, einer vermählten Gräfin zu Löwenstein, in der Capitulation nicht gedacht war, theilte der Vater doch, in Ermangelung männlicher Erben, mit feyerlicher Einwilligung seiner damaligen drey Schwiegersöhne, der Grafen zu Eberstein, Manderscheid und Löwenstein, seine Verlassenschaft unter seine drey Töchter, und nach seinem Tode 1574 nahmen alle drey Besitz von der Grafschaft, und verglichen sich über eine gemeinschaftliche Regierung, ohne daß sich Würzburg dagegen regte. Als aber der zweyten Schwester zweyter Gemahl, ein Freyherr von Krichingen, das

väterliche Testament umzustossen suchte, und deshalb von Löwenstein nicht zur Gemeinschaft gelassen werden wollte, veranlaßte diese zweyte Schwester, nach dem Tode der ersten, den Bischof von Würzburg, sich 1598 unter dem Vorwande, daß Löwenstein der Würzburger Lehne nicht fähig sey, aller der Theile von Wertheim, die jene Capitulation als Würzburgische Lehne angegeben hatte, nämlich der Aemter Remlingen, Lautenbach, Freudenberg und Schwanberg (jetzt zu Hartheim), nebst den Klöstern Bronnbach, Holzkirchen und Grünau, mit bewaffneter Gewalt zu bemächtigen, so daß von der ganzen Grafschaft nur das einzige Amt Wertheim, etwa der dritte Theil, übrig blieb. Der hierüber entstandene Proceß ist bisher für Löwenstein nicht glücklich gegangen, doch von demselben immer wieder erneuert worden.

Diese Reclamationen hatten den Erfolg, daß im zweyten Plane nicht nur die Entschädigung sehr vermehrt und genau bestimmt, sondern auch die beyden Linien

völlig aus einander gesetzt wurden. Der fürstlichen Linie wurden angewiesen: 1) die Mainzer Dörfer Würth und Trennfurt, welche der erste Deputationsschluss zuerst hat; sie liegen unterhalb Klein-Heubach, der fürstl. Residenz, am Mayne, und sind von der Kellerey Klingenberg des Oberamts Miltenberg getrennt worden; 2) die Würzburger Aemter Rothenfels und Homburg; aber in Würzburg giebt es 2 Aemter Namens Homburg, am Mayn und an der Werren; aus der Lage muß man schliessen, dafs das erstere gemeynt ist. Es enthält nach Schöpf 1 Stadt, 10 Dörfer und 6717 Einwohner; Rothenfels aber 1 Stadt, 18 Dörfer und 8038 Einwohner. 3) die Abteyen Bronnbach, welche nicht nur 10 Dörfer besitzt, sondern auch selbst eine sehr starke Oekonomie und viele wichtige Gefälle in der Gegend hat; Neustadt, neben Rothenfels am Mayne, dessen Einkünfte auf seiner Oekonomie und einzelnen Höfen und Hebungen beruhen; und die Probstey Holzkirchen bey Homburg, letztere nähmlich so, wie sie Würzburg besessen hat, d. h. blofs in Anse-

hung der Landeshoheit; denn als Domaine
 ist sie mit Fulda, dem sie vorhin gehörte,
 an Nassau-Diez gekommen. 4) Die Würz-
 burgischen Verwaltungen (Domainen-Aem-
 ter) Widdern, eine zum Fränkischen
 Ritterkreise gehörige ganerbschaftliche Stadt
 und Herrschaft an der Jaxt, woran Würz-
 burg Theil hatte, und Thalheim. Es
 giebt viele Oerter dieses Namens. Unter den
 Würzburgischen Aemtern führt Schöpf ein
 Amt Thalheim ohne Oerter auf, welches in
 der Seelen-Conscriptions-Liste fehlt. Ich
 vermuthe daher, daß der Ganerben-Flecken
 Thalheim zwischen Heilbronn und Laufen,
 wo Würzburg beträchtliche Zehnten hatte,
 diese Amtsverwaltung sey. Von den Rechten
 und Einkünften, welche Würzburg sonst
 noch in der Grafschaft Wertheim hatte, ist
 mir nichts bekannt; vermuthlich werden be-
 sonders Zollrechte und Zehnten verstanden.
 Das Amt Homburg und die Abtey Holzkir-
 chen sollen dem Churfürsten gegen eine
 Rente von 28000 Gulden zurückgegeben
 werden. Im zweyten Plane und im ersten
 Hauptschlusse standen 40000 Gulden. So

viel mag wohl das Amt Homburg nicht eintragen; man hat daher die Summe mit dem Ertrage in ein besseres Verhältniß gesetzt, und den Rest auf die Schiffahrts-Octroy angewiesen. Die Einkünfte von allen diesen Parcelen lassen sich nur sehr muthmaßlich schätzen.

Der gräflichen Linie wurden angewiesen: das Amt Freudenberg, welches zwischen Wertheim und Miltenberg am Mayne liegt, 1 Stadt, 2 Dörfer und 1790 Einwohner hat; die Karthause Grünau, in der Nähe von Freudenberg, welche 2 Dörfer mit 377 Seelen, eine trefliche Oekonomie und beträchtliche Gefälle in der Gegend hat, und die Probstei Triefenstein, welche sich zwischen Rothenfels und Homburg am Mayne wie ein schönes Bergschloß zeigt, und 3 Dörfer mit 460 Seelen, und viele Weinberge und Weinzehnten hat; endlich 4 Dörfer, von welchen nicht bemerkt wird, woher sie genommen sind, und wovon Montfeld nirgends, auch nicht im Lex. von Franken, zu finden, und vielleicht verschrieben ist, **Rauenberg** als ein Wertheimisches Dorf in

der Gegend von Freudenberg angegeben, Trennfeld ein Pfarrdorf des Amts Homburg am Mayn von 111 Häusern, folglich oben von der fürstlichen Entschädigung abziehen, und Wessenthal wieder nicht zu finden ist. Montfeld und Wessenthal sind wahrscheinlich Maynzische Dörfer auf der linken Maynseite, welche von der Kellerey Prodzelten getrennt worden sind.

§. 15.

Dem Fürsten von Oettingen-Wallerstein für die Herrschaft Dachstuhl: Die Abtey Heiligenkreuz zu Donauwörth, das Capitel St. Magnus zu Füssen, und die Klöster: Kirchheim, Deggingen und Maihingen, im Wallersteinischen.

Die Entschädigung wegen der Herrschaft Dachstuhl war im ersten Plane der Gräfin Colloredo, Erbtochter des letzten Grafen von Oettingen-Baldern, welche im Besitze der Herrschaft bey der Französischen Occupation gewesen war, bestimmt, und bestand bloß in der Abtey Heiligenkreuz zu Donau-

wörth. Allein sie war vom Reichshofrathe dem Hause Wallerstein zugesprochen worden, welches sowohl defshalb, als wegen Uuzulänglichkeit der Entschädigung bey der Deputation reclamirte. Die Herrschaft Dachstuhl, ein Oberrheinischer Kreis - aber kein Reichsstand, soll 22 Flecken und Dörfer, 6000 Einwohner und 8075 Morgen Waldungen gehabt, und schon vor 1727 ohne die Waldungen und nach Abzug der Administrationskosten 19,600 Gulden eingetragen haben, die man wegen der neuen Anlagen und des gestiegenen Werths der Lebensmittel ohne Uebertreibung um $\frac{2}{3}$, also mit 13,000 Gulden, erhöhen könnte, wozu noch der Ertrag der Waldungen mit 24,225 Gulden jährlich käme. Dann wird noch aus den entbehrten Einkünften und deren Interessen zu 5 Procent, aus dem Schlosse und den Oekonomiegebäuden, deren Entbehrung auf 8 Jahre und Zinsen davon, ferner der Erbschaft des Domprobsts zu Cölln, und den rückständigen Einkünften dieser Pfründe, nebst den Interessen von allen dem, ein Capital zusammengebracht, das auf jährliche Einkünfte zu $2\frac{1}{2}$ Proc. redu-

cirt, noch 22,728 Fl. abwirft. Der Verlust bestand in einem unmittelbaren Lande mit Unterthanen, die Entschädigung in einem mittelbaren Kloster, das nur Einkünfte, aber nicht den vierten Theil der verlohrnen giebt. Da nun bald hernach der Streit über Dachstuhl durch einen Vergleich zu Wallersteins Vortheil beygelegt wurde: so ward im zweyten Plane die Entschädigung diesem zuerkannt, und zugleich sehr vergrößert. Ausser der schönen heil. Kreuzabtey in Donauwörth, welche zwar selbst mittelbar ist, aber das unmittelbare ansehnliche Pfarrdorf Münster an der Donau unweit Donauwörth, das zum Schwäbischen Kreise steuert, (worüber aber der Bayrische Kreis mit dem Schwäbischen im Streite ist,) besitzt, erhielt es die uralte berühmte und reiche Abtey St. Mangen oder Magnus in Füssen, die eine bewundernswürdige Architectur, herrliche Kirche, treffliche Bibliothek, und ansehnliche aber sehr zerstreute Besitzungen nicht nur im Hochstifte Augsburg, sondern auch in Tyrol hat, und über die Reichsunmittelbarkeit der erstern einen Proceß mit dem Hochstifte vor

dem Reichshofrathe gewonnen, und ein Mandat sine clausula erhalten hat, das aber vom Hochstifte angefochten worden ist; dann drey Klöster, die im Wallersteinschen,*) besser in der Grafschaft Oettingen selbst liegen, nämlich das Nonnenkloster zu Kirchheim, das bemittelt seyn muß, denn es enthält nicht weniger als 64 Nonnen, die Abtey Deggingen auf dem Hahnenkamm, und das Kloster Maihing oder Möhing unweit der Residenz Wallerstein. Diese 3 Klöster standen bisher schon unter der fürstl. Schirm- und Kasten-Vogtey. Es ist kein Zweifel, daß diese Entschädigung die Wallersteinsche Forderung vollkommen befriedigt; die Kreisstandschaft aber möchte wohl verlohren seyn.

*) Dieser weder publicistisch noch geographisch richtige Ausdruck (au pays de Wallerstein) veranlaßte einen heftigen Streit. Spielberg hielt sich für berechtigt, die in seinem Landestheile befindlichen Güter und Hebungen dieser Klöster, (über welche die Lehns- und Hoheitsrechte unter den Linien des Hauses Oettingen gemeinschaftlich sind,) in Beschlag zu nehmen.

§. 16.

Den Fürsten und Grafen zu Solms, für die Herrschaften Rohrbach, Kratz-Scharfenstein u. Hirschfeld, und für ihre Rechte und Ansprüche auf die Abtey Arensburg und das Amt Kleeberg: die Abteyen Arensburg, und Altenburg, im Solmsischen.

Von den auf der linken Rheinseite gelegenen Solmsischen Herrschaften kann ich keine weitere Nachricht geben, als daß keine derselben Reichs- oder auch nur Kreisstand war, daß sie folglich als Privat-Eigenthum zu betrachten und zur Aufhebung des Sequesters geeignet waren, imgleichen daß Kratz - Scharfenstein von Rödelheim besessen wurde, und von geringer Bedeutung war. Von dem kleinen Amte Kleeberg, dessen Darmstädtische Hälfte bey der gegenwärtigen Umwälzung an Usingen kommt, besaß das Haus Hohen-Solms vor Alters einen Achttheil, der ihm aber im dreyßsigjährigen Kriege von Darmstadt entzogen wurde. Arnsburg ist eine reiche Abtey

an der Wetter, im Umfange der Grafschaft Solms, mit welcher sie langwierige Streitigkeiten über die Landeshoheit gehabt hat. Solms hat auch die Unmittelbarkeit, die ihr von den Reichsgerichten zugesprochen war, niemals anerkannt. An die Stelle der Abtey Ilbenstadt, welche der erste Plan noch ferner anwies, setzte der zweyte schicklicher die Abtey Altenburg; denn dieses adeliche Nonnenkloster liegt eben auch im Umfange der Grafschaft Solms, unweit Wetzlar an der Lahn, war der alte Sitz der Solmsischen Grafen, ist mittelbar, und bey oder in demselben wird jährlich das höchste Gericht der Grafschaft auf uralte Deutsche Art gehalten.

§. 17.

Den Fürsten und den Grafen von Stollberg für die Grafschaft Rochefort und ihre Ansprüche auf Königstein: eine immerwährende Rente von 30000 Gulden auf den §. 39. erwähnten Schiffahrts-Octroi.

Die Grafschaft Rochefort, welche theils unter Lütticher, theils unter Luxemburgischer

Hoheit stand, gehörte zur Hälfte der ältern (Wernigerode und Gedern) und zur Hälfte der jüngern Linie (Stolberg und Rossla) des Stolbergischen Hauses. Die letztere Hälfte ist, nach Aufhebung der Feudalrechte, von der Sequestration befreyet, und der jüngern Linie zurückgegeben worden, weil diese Grafen an dem Reichskriege keinen Antheil genommen haben; *) aber der Antheil der ältern Linie ist der Französischen Republik einverleibt worden. Er gehörte dem Fürsten (Gedern), aber den Ertrag hatte Wernigerode wegen des überlassenen Schwarzaischen Antheils. Die ganze Grafschaft nebst zugehörigen besondern Herrschaften brachte nach specieller Berechnung 18,004 Gulden ein, die Administrations - Kosten betrugen 3598 Fl., so daß überhaupt 14,406 Fl. folglich für die Hälfte der ältern Linie 7203 Fl. rein übrig blieben. Der erste Plan bestimmte die Klöster Engelthal und Rockenberg zur Entschädigung; allein die fürstliche Linie

*) So steht in der Stollbergischen Reclamation, und der Umstand ist merkwürdig.

fand sich bey den geringen Einkünften der beyden Klöster (sollten diese beyden Klöster zusammen nicht einmal 7200 Gulden reine Einkünfte haben?) ganz über alles Maas auf eine unleidliche Art verkürzt, und wollte unter Rockenberg die ganze (Maynzisch-Königsteinische) Kellerey dieses Namens nebst dem Kloster verstanden wissen, und noch ein Amt oder Kellerey dazu gelegt haben. Ueberdies brachte das Gesamthaus Stolberg seinen wohlbegründeten Anspruch auf den Maynzischen Antheil an der Grafschaft Königstein, dessen im ersten Plane nicht namentlich gedacht war, in Erinnerung. Es hatte nämlich der letzte Graf von Königstein aus dem Eppsteinischen Stamme, († 1535) mit Einwilligung seiner Schwester, einer vermählten Gräfin von Stolberg, und mit kaiserlicher Bestätigung, deren dritten Sohn, auf dessen Todesfall den fünften, und im gleichen Falle den achten Sohn zum alleinigen Erben eingesetzt. Allein die Mutter derselben hatte sich und ihren übrigen Kindern, falls jene 3 Söhne erblos stürben, ihr Erbrecht ausdrücklich vorbehalten. Da nun

der letzte 1581 ohne Erben starb, so nahm die übrige Familie Besitz von der Grafschaft. Churmaynz hatte aber beym Kaiser eine Commission auf sich selbst ausgewirkt, um die Reichslehen, die man durch den letzten Todesfall ohne Grund für eröffnet ansah, im Namen des Kaisers einzunehmen, und bis auf weitem Bescheid zu verwalten. Stolberg schloß zwar 1590 einen Vergleich mit Maynz, erklärte ihn aber bald hernach für unbillig, und wegen nicht erfüllter Bedingungen für ungültig, und der Proceß darüber ist noch anhängig. Mit Rücksicht auf diese Ansprüche ward nun dem Hause Stolberg eine jährliche Rente ausgesetzt, welche, wenn auch, wie es nach unserm §. das Ansehen hat, die ganze Grafschaft Rochefort von Frankreich eingezogen seyn sollte, doch die reinen Einkünfte derselben mehr als doppelt ersetzt, aber auch die Stollbergischen Ansprüche auf Königstein tilgt, und die aus dieser Grafschaft entschädigten ihres Besitzes versichert.

§. 18.

*Dem Fürsten Carl von Hohenlohe-
Bartenstein für die Herrschaft*

Oberbrunn: die Aemter Faltenbergstetten, Lautenbach, Jaxtberg, und Braunsbach, der Wirzburger Zoll im Hohenlohischen, und Antheil am Dorfe Neuenkirchen, das Dorf Münster, und der östliche Theil des Gebiets von Karlsberg; alles unter der Clausel, das nöthige Gebiet zu einer militairischen Strasse, und directen ununterbrochenen Communication von Wirzburg nach Rothenburg gegen ein billiges Aequivalent an den Churfürsten von der Pfalz wieder abzutreten.

Den Häuptern der beyden Linien von Hohenlohe - Waldenburg für ihren Antheil am Bopparder Zoll: die schon erwähnten beständigen Renten von 600 Gulden auf Comburg.

Dem Fürsten von Hohenlohe-Ingelfingen für seine Rechte und Ansprüche auf die sieben Dörfer: Königshofen, Rettersheim, Reiderfeld, Vermuthhausen, Neubronn, Streichenenthal und Oberndorf, das Dorf Nagelsberg.

Dem Fürsten von Hohenlohe-Neuenstein für die Abtretung des Dorfs Münster, und des östlichen Theils vom Karlsberger Gebiete, nämlich ein Bezirk von 500 französischen Toisen im Durchschnitte, von der äußersten Gränze an gerechnet: das Dorf Amrichshausen, und die Mainzer, Würzburger und Comburger Antheile an dem Marktflecken Künzelsau.

Der erste Plan hatte es allein mit dem Fürsten von Bartenstein zu thun, dem er für die Herrschaft Oberbronn bloß das Amt Jaxtberg und die Maynzischen und Würzburgischen Antheile an Künzelsau gab. Bartenstein hat bey der Deputation nicht reclamirt; gleichwohl ist seine Entschädigung schon im zweyten Plane, und noch mehr im ersten Deputationsschlusse, mit welchem der zweyte gleichlautend ist, sehr verstärkt worden, und nur Künzelsau, welches noch der zweyte Plan hat, ist weggeblieben, aber durch Münster und einen Strich von Carls-

berg ersetzt, und dadurch wieder eine andere Linie betroffen worden, die sonst mit diesem ganzen Handel nichts zu thun hatte. Wenn man bey diesem Entschädigungswerke aus der Entschädigung auf den Verlust schließen dürfte: so müßte man die Herrschaft Oberbronn, die im Elsass unter Französischer Hoheit lag, und ursprünglich von der Herrschaft Lichtenberg getrennt worden war, für ungemein ergiebig halten, und doch begriff sie nur 8 bis 10 Dörfer. Den Ersatz dafür machen aus: Die Würzburgischen Aemter Haltenbergstetten *) und Lautenbach, welche zusammen die unmittelbare, zum Fränkischen Ritterkreise gehörige Herrschaft Niederstetten ausmachen, die bey dem Aussterben der Fürsten Hatzfeld als Würzburgisches Lehen heimfiel, und aus 1 Stadt und 12 Dörfern mit 6693 Einwohnern besteht; das Würzburgische Amt Jaxtberg, welches (nach Abzug von Künzelsau und Amrichshausen noch) 1 Stadt und 7 Dörfer

*) Nicht Faltenbergstetten, wie im Deutschen Original der beyden Hauptschlüsse steht.

mit 13 bis 1400 Einwohnern hat; das dem Canton Odenwald des Fränkischen Ritterkreises einverleibte Rittergut und Marktflecken Braunsbach am Kocher, eigentlich der Familie von Greifenklau gehörig, (welche auch ihre Rechte durch eine Reclamation bey der Deputation verwahrt hat,) aber an das Würzburger Domcapitel pfandweise versetzt, welches eine Kellerey hier hatte; vom Würzburgischen Antheile an einem Dorfe Neuenkirchen, das dort herum liegen muß, habe ich keine Spur finden können; das ansehnliche Pfarrdorf Münster, welches von Hohenlohe getrennt, an der östlichen Gränze von Niederstetten liegt, gehörte dieser Herrschaft und der Linie Hohenlohe-Oehringen gemeinschaftlich, und kommt nun ganz an Bartenstein; der östliche Theil des Gebiets von Carlsberg stößt an die westliche Gränze von Niederstetten, und muß aus besondern Local-Ursachen verlangt worden seyn. Die ganze Entschädigung hat aber der zweyte Plan nicht dem regierenden Fürsten, sondern dessen einzigem Bruder angewiesen,

weil nach den Hausverträgen diesem eine Secundogenitur zugedacht und Oberbronn dazu bestimmt war. Allein nach eben diesen Verträgen müssen die dazu ausgesetzten Theile doch immer als ergänzende Theile der dem Landessuccessor und Haupte des Hauses zustehenden Gesamtlande angesehen werden. Da nun aus dieser namentlichen Zuweisung der Entschädigungs-Objecte an den Secundogenitum dereinst ein verfassungswidriges Misverständniß zu besorgen war: so verwahrte sich der Fürst dagegen bey der Deputation, welche auch im Hauptschlusse darauf Rücksicht zu nehmen beschloß. Dieß ist jedoch, vermuthlich auf die vom Prinzen der Deputation übergebene Gegenvorstellung, daß es ohne Nachtheil der Hausgesetze bey der Fassung des Plans bleiben könne, nicht geschehen.

Der Waldenburgische Ast hatte von den ältesten Zeiten her einen Rheinzoll-Turnus zu Boppard im Trierischen, welcher nach einem zehnjährigen Durchschnitt 526 Fl. 28 Kr. abwarf. Der Nichtgenuß von 1795 bis 1802 beträgt 3685 Fl. und die Interessen

davon 92 Fl. 8 Kr. Waldenburg verlangte also in seiner Reclamation 618 Fl. 36 Kr. jährliche Einkünfte dafür, die es auch bey- nahe erhalten hat.

Ingelfingen behauptete in einer Vorstellung an die Deputation vom 21. Oct. durch Cession seiner Agnaten sehr gegründete Ansprüche auf die genannten 7 vormals Würzburgischen Dörfer zu haben, von welchen die beyden ersten zum Amte Röttingen, die übrigen zum Amte Haldenbergstetten gehörten. Worauf sich diese Ansprüche gründen, wird nicht angegeben. Um sie indessen gänzlich nieder zu schlagen, erhält Ingelfingen für dieselben das Dorf Nagelsberg. Unter den Würzburgischen Amtsörtern hat Schöpf kein Nagelsberg. Im Lex. von Franken ist nur ein katholisches Pfarrdorf dieses Namens im Würzburgischen Landcapitel Krautheim, ohne dafs bemerkt wird, wem und wohin es gehört. Es kann nichts anders, als das Maynzische Bergschloß und Dorf Nagelsberg (Amts Krautheim) wo eine Kellerey ist oder war, verstanden werden. *)

*) Dafs der Hauptschlufs nicht immer Lage und

Die Linie Neuenstein oder Oehringen mußte ihren Antheil am Dorfe Münster und den östlichen Theil des zum Lustschlosse Carlsberg gehörigen Districts an Bartenstein abtreten, ist aber dafür reichlich entschädigt worden. Das schöne und sehr gewerbsame Künzelsau am Kocher, war zwischen Oehringen, Maynz, Würzburg und dem Stifte Comburg als Ganerben gemeinschaftlich, und hat an 2300 Einwohner. Nicht weit davon liegt das Pfarrdorf Ammerichshausen, welches eben so wie der Würzburger Antheil an Künzelsau, vorhin unter dem Amte Jaxtberg stand.

§. 19.

Dem Fürsten von Isenburg für die Abtretung des Dorfes Okriftel das Dorf Gainsheim nah am Rhein mit den

Herkunft genau angiebt, ist ein großes Uebel. Die Herren Entschädigungs-Interessenten werden freylich schon wissen, wo sie ihre Objecte zu suchen haben; aber in der Geographie von Deutschland wird es noch lange manche Verwirrung geben.

Resten der Abtey von Jacobsberg auf der rechten Rheinseite; jedoch mit Ausschluss derjenigen, welche im Gebiete des Landgrafen von Hessen-Cassel eingeschlossen sind; sodann das Dorf Bürgel bey Offenbach.

Der Fürstin von Isenburg Gräfin von Parkstein, für ihren Antheil an der Herrschaft Reipoltskirchen und anderer Herrschaften am linken Rheinufer eine immerwährende Rente von 23000 Gulden auf den §. 39. erwähnten Schiffahrts-Octroi.

Der Fürst von Ysenburg mußte nach §. 12. sein beträchtliches Dorf Okriftel, das jedoch von seinem Lande getrennt unterhalb Höchst am Mayne liegt, an Usingen abtreten, erhielt aber dafür nicht nur das Dorf Gainsheim am Rheine, das ihm schon der erste Plan umsonst überliefs, sondern auch Bürgel. Ysenburg ward vom Kloster auf St. Jacobsberg bey Maynz mit der Vogtey über Gainsheim belehnt, und beyde scheinen diels Dorf in gewissen Verhältnissen beherrscht und benutzt zu haben.

Dazu setzte der erste Hauptschluss noch die sämtlichen Reste (von Eigenthum und Rechten) derselben Abtey auf der rechten Rheinseite, die nicht unbedeutend seyn mögen, da sie noch eine Ausnahme zulassen, die sich vermuthlich auf die Maynzischen an Cassel gekommenen Aemter bezieht. Das Pfarrdorf Bürgel, welches dem Peterstifte zu Mainz und unter das Oberamt Steinheim gehörte, muß darum dem Fürsten angenehm seyn, weil es zunächst an Offenbach am Mayne liegt.

Der Herrschaft Reipoltskirchen hat schon der 6te §. gedacht. Für dieselbe hatte der erste Plan dem Grafen Löwenhaupt und dem Grafen Hillesheim als Besitzern die Abtey Heil. Kreuzthal zugedacht. Es meldeten sich aber statt der beyden Herren zwey Damen bey der Deputation; denn Löwenhaupt hatte seinen Antheil längst verkauft, der zuletzt durch Kauf an die Gräfin Ysenburg, (Tante des Fürsten,) gekommen war; und der Graf Hillesheim war bereits verstorben und hatte seine Schwester zur Erbin. Da die Herrschaft Reipoltskirchen,

ein Oberrheinischer Kreis- aber kein Reichsstand, auf den Ysenburgischen Antheil 5602, und auf den Hillesheimischen 4345, zusammen 9947 Gulden eingetragen hatte: so fand man die Entschädigung bey dem bekannten geringen Ertrage jenes Stiftes höchstens für Reipoltskirchen zureichend. Die Gräfin Ysenburg besaß aber noch jenseit des Rheins die reichsritterschaftliche Herrschaft Altbamberg, einige unmittelbare Kellereyen und andere Güter, welche zusammen 11,953 Gulden jährliche Revenüen gaben, und für welche sie entweder Entschädigung oder Aufhebung des Sequesters verlangte. Die letztere erfolgt nicht, ohngeachtet sie von der Deputation dem Französischen Minister empfohlen wurde; man hat lieber alles durch eine Rente vergütet, die in Rücksicht der auf 175,520 Fl. berechneten Reventien-Entbehrens beträchtlich höher ist, als die verlohrnen Einkünfte. Aber worauf radicirt man nun die Kreisstandschaft? auf die Wellen des Rheins?

§. 20.

Dem Hause Leiningen für das Fürstenthum dieses Namens, die Grafschaft Daxburg und die Herrschaft Weiherheim, so wie für seine Rechte und Ansprüche auf Saarwerden, Lahr und Mahlberg, nämlich:

Dem Fürsten von Leiningen die Mainzischen Aemter Miltenberg, Buchen, Seeligenthal, Amorbach und Bischofsheim; die von Würzburg getrennten Aemter Grünsfeld, Lauda, Hartheim und Rittberg; die Pfälzischen Aemter: Boxberg und Mosbach, und die Abteyen Gerlachsheim und Amorbach.

Dem Grafen von Leiningen-Guntersblum für seinen Verlust und seinen Antheil an vorerwähnten Ansprüchen: die Mainzische Kellerey Billigheim und eine immerwährende Rente von 3000 Gulden auf den §. 39. erwähnten Schiffahrts-Octroi.

Dem Grafen von Leiningen-Heides-

heim für seinen Verlust und seinen Antheil an vorerwähnten Ansprüchen: die Mainzische Kellerey Neidenau und eine immerwährende Rente von 3000 Gulden auf den §. 39. erwähnten Schiffahrts-Octroi.

Dem Grafen von Leiningen-Westerburg älterer Linie die Abtey und das Kloster Ilbenstadt in der Wetterau, mit der Landeshoheit in ihrem geschlossenen Umfange, und eine immerwährende Rente von 3000 Gulden auf den §. 39 erwähnten Schiffahrts-Octroi.

Dem Grafen von Leiningen-Westerburg jüngerer Linie: die Abtey Engelthal in der Wetterau, und eine immerwährende Rente von 6000 Gulden auf den §. 39. erwähnten Schiffahrts-Octroi.

Mit der Indemnisation der beyden Häuser Leiningen, nämlich Hartenburg und Westerbürg, welche dieser Paragraph enthält, sind beträchtliche Veränderungen vorgenommen worden. Beyde, ob sie gleich ganz verschiedenen Ursprungs sind, werden hier für Ein Haus genommen, und der Ver-

lust aller Linien desselben, der sich auch in der That nicht gut trennen liefs, zusammen gefafst. Die Erläuterung mufs ihn doch von einander sondern. *)

Da von der fürstlichen Linie keine Verlust-Berechnung erschienen ist: so läfst sich derselbe nur nach öffentlichen, nicht officiellen Nachrichten angeben. Ihr gehörte die Hälfte der Grafschaft Leiningen, und die Grafschaft Dachsburg mit der Herrschaft Weihernheim. Aber nur die erstere war unmittelbar, war Reichsstand und Ober-rheinischer Kreisstand; die beyden andern hingegen lagen im Elsaß, unter Französischer Hoheit, und waren als bloße Privatgüter anzusehen. Der fürstliche Antheil an Leiningen soll jährlich 168,000 Gulden eingebracht haben. Es ist unbegreiflich, wie man von etwa 6 Quadratmeilen und 15000 Einwohnern, auch ohne allen Abzug von Kosten irgend einer Art, eine solche Summe erheben

*) Von Verlust und Entschädigung des Hauses Leiningen handelt der D. Zuschauer Heft IV. S. 104 f. ausführlich.

konnte, die doch bloß von der Oberfläche des Landes genommen werden mußte, wenn man nicht voraussetzt, daß der Berechnung ein Jahr zum Grunde liegt, wo die Lebensmittel in ungewöhnlich hohen Preisen standen. Indessen nimmt der D. Zuschauer diese Zahl ohne Bedenken an, und wir folgen ihm. Zur Entschädigung erhielt diese Linie: 1) das Amt Miltenberg, nämlich nur die Kellerey und Vogtey dieses Namens welche ganz auf dem linken Maynufer liegt, und blühenden Handel und Gewerbe hat. Der Mayn macht die nördliche Gränze des neuen Leiningischen Fürstenthums, 2) die Aemter Buchen (Buchheim,) Seligenthal und Amorbach machen das große Oberamt Amorbach aus, das in neuern Zeiten aus der Kellerey Amorbach mit Wallthüren, der Kellerey Buchen und der Oberschaffnerey Seligenthal (unter Buchen) bestand, und treffliche Waldungen hat, 3) das Oberamt Bischofsheim an der Tauber, ein stark angebautes, an Wein und Getreide reiches Land, das mit Miltenberg und Amorbach gränzt. Dabey liegt der Schöpfer

das neben Boxberg liegende und im ersten Plane ebenfalls dem Fürsten von Leiningen zuge dachte Maynzische Amt Krautheim erhalten hat, eine beständige Rente von 32000 Gulden auf Amorbach, unbestimmt ob aufs Amt oder Kloster, anweist. Man sagt daher, daß der Fürst dem Grafen das Kloster Gerlachsheim mit dem benachbarten großen Pfarrdorfe Distelhausen an der Tauber dafür abgetreten habe. Auch muß man an andert-halb Millionen Gulden Schulden rechnen, die der Fürst für seine Antheile von Maynz und Pfalz zu übernehmen hat. Folglich sind ihm nicht bloß seine Ansprüche und Rechte auf Saarwerden, Lahr und Mahlberg, sondern diese Herrschaften selbst, als wenn er sie schon besessen und verlohren hätte, mit wenigstens 340,000 Gulden jährlicher Einkünfte, welche diese drey Herrschaften gewiß nicht geben, reichlich ersetzt worden. *)

*) Die gräfliche Linie sagt selbst in einer Vorstellung an die Deputation, daß die fürstliche drey Fünftel mehr erhalte als sie verlohren habe.

In einer der Deputation übergebenen Vorstellung sagt das Haus Leiningen-Hartenburg, daß die Grafschaft Saarwerden vom Hause Nassau, und die Grafschaft Grünstadt als integrierender Theil der Grafschaft Leiningen vom Hause Westenburg, seinen Voreltern als rechtmäßigen Stamms und Lehenserben, unter höherem Beystande entzogen worden sey; daß gegen beyde Häuser die oberst-richterliche Hülfe gesucht worden, aber ohne Verschulden der Kläger die Entscheidung noch nicht erfolgt sey; daß der Westphälische Friede seine Rechte auf Saarwerden anerkenne *) und vorbehalte. Die Rechte auf Saarwerden sind nun durch obiges abgethan, aber Grünstadts ist nicht gedacht. Die Ansprüche auf Mahlberg und Lahr hängen mit Saarwerden zusammen, an welches sie 1426 durch Heyrath einer Erbtöchter kamen. Die Hälfte von Mahlberg und Lahr kaufte Baden,

*) J. P. O. Art. IV. §. 30. Es steht aber bloß da:
Salvo jure, quod Comitibus de L. D. in Comitatu Sarwerdano competere potest.

und nach Abgang des Hauses Saarwerden 1527 brachte Nassau durch Heyrath die andere Hälfte, nebst Saarwerden, wiewohl mit starkem Widerspruch von Leiningen und andern, an sich, und theilte 1629 mit Baden ab. Auch diese Ansprüche sind nun niedergeschlagen.

Guntersblum berechnete seinen Verlust aus der eigentlichen Grafschaft, welche auf seinen Antheil 6 beträchtliche Ortschaften mit 641 Familien begriff, sehr detaillirt auf 22,972 Gulden jährl. Revenüen; dann aber noch ein Privatvermögen von 6625 Fl. Renten; ingleichen den Ertrag zweyer von Churpfalz ihm verliehener Güter auf 3575 Fl. und 3 anderer Güter, mit denen es von Pfalz beliehen worden ist, wiewohl der Immissions-Act des Kriegs wegen nicht hat vollzogen werden können, auf 15,000 Fl.; Heidesheim aber gab den jährlichen Ertrag von seinem Landestheile summarisch auf 16000 Fl. an. Wenn nun, wie es scheint, von den Privat- und Lehngütern der Sequester aufgehoben wird: so bleiben noch 38,000 Fl. Einkünfte von den reichsständischen Besitzungen zu

ersetzen übrig, und diesen Ersatz sollen die Kellereyen Billigheim und Neidenau leisten. Billigheim ist ein Pfarrdorf von 600 Seelen, und war ehemals eine eigene Kellerey, die aber, samt der mit ihr verbundenen vormaligen Kellerey Allfeld, mit dem Amte Neidenau vereinigt wurde. Diefs Amt enthält aufer dem Städtchen Neidenau an der Jaxt von 1100 Einwohnern noch 6 Dörfer mit etwa 2600 Seelen. Auf ihr Ersuchen erhielten die Grafen vom Amte Neidenau einen zehnjährigen Etat der Einnahmen und Ausgaben der beyden Kellereyen von den Jahren 1791 bis 1800. (Aber warum gerade von den Kriegsjahren?) Hiernach beträgt die jährliche Einnahme an Gelde 25674 Fl. dann an Getreide und Wein für ungefähr 6920 Fl. (nach der Kammertaxe?) die Ausgabe aber an Geld 9492 Fl. welche die Grafen von den Einkünften abziehen, und die wahren Einkünfte an Gelde auf 14,182 Fl. herabsetzen. Allein theils scheinen in ihrer Verlustberechnung ebenfalls gar keine Hebungs- und irgend andere Kosten der Administration abgezogen

zu seyn, theils ist nicht erwiesen, dafs jene Ausgaben nothwendig und bleibend sind, theils sind die Naturalien nach den von den Grafen selbst in ihrer Verlustberechnung angenommenen Preisen wenigstens 3000 Fl, mehr werth. Indessen war allerdings die Entschädigung noch immer nicht vollständig, und noch viel weniger, wenn man die entbehrten Einkünfte von 9 bis 10 Jahren, Wohngebäude, Gärten und Mobiliarvermögen, dergleichen hier gar nicht vorhanden sind, die auf Meliorationen und Ankauf verwendeten Summen nebst den deshalb gemachten Schulden, mit in Anschlag bringt, wie es die Gröfsten mit guter Wirkung gethan hatten. Diefs stellten die Grafen in einer nachdrücklichen Reclamation der Deputation vor, welche den Ministern mitgetheilt wurde. Zugleich verwahrten sie ihre Ansprüche auf die 3 Herrschaften oder die dem Fürsten dafür gegebene Entschädigung, und beklagten sich bitterlich über den Fürsten, dessen Händen sie ihr Interesse anvertraut hätten, und der sich so gut, sie aber so schlecht berathen habe. Hierauf ward, einer

Note der Minister vom 11. Febr. gemäß, in dem zweyten Hauptschlusse beyden Linien eine Geldrente zugelegt. Man muß auch bemerken, daß die beyden Linien eben erst von zwey Brüdern ausgehen.

Die ältere Linie von Leiningen-Westerburg besaß die halbe Stadt Grünstadt, 12 ansehnliche Dörfer, 14 Meyerhöfe, 2056 Morgen Waldungen und 1 Eisenhammer, und der jährliche Ertrag derselben und der dazu gehörigen auswärtigen Gefälle ward schon in Rastadt mit 45,515 Fl. liquidirt, wozu nun noch die seit 10 Jahren verlohrnen Renten, und das ganze, wenigstens auf 100,000 Fl. geschätzte Mobiliar-Vermögen kamen. Zur Entschädigung theilte ihr der erste Plan das Kloster Schönthal mit der Landeshoheit zu, womit sie zufrieden war, weil sie ihren Verlust dadurch für ersetzt hielt. Unerwartet änderte dieß der zweyte Plan, und wies ihr das Kloster Ilbenstadt in der Burgfriedbergischen Grafschaft Kaichen an der Nidda in der Wetterau an. Da diese Abtey mittelbar war, keine Unterthanen, und nach Certificat des Abtes und Capitels

nur zwischen 18 und 20,000 Fl. Einkünfte hatte, wobey noch in den nächsten Jahren viele Geistliche zu unterhalten waren: so reclamirte die Linie, und der Erfolg war, daß im ersten Hauptschlusse die Landeshoheit in ihrem geschlossenen Gebiete, die sich aber nicht einmal über ganz Ilbenstadt erstreckt, und im zweyten Hauptschlusse die Rente hinzugesetzt wurde.

Die jüngere Linie dieses Hauses besaß von der Grafschaft Leiningen: die halbe Stadt Grünstadt und die Hälfte der Stadt Neu-Leiningen, welche aber an das Hochstift Worms wiederkäuflich versetzt war, 4 Dörfer und einige kleinere gemeinschaftliche Orte, aber so beträchtliche Domainen an Höfen, Waldungen und Hebungen, daß die Einkünfte der Angabe nach auf 39,425 Fl. stiegen. Dafür wies ihr der erste Plan das Ritterstift Wimpfen im Thal an; allein sie reclamirte dagegen, weil das Stift ein auf den Umfang seiner Mauern und der dazu gehörigen Grundstücke beschränktes Gebiet, und gar keine Unterthanen habe, sein Vermögen sehr zerstreut sey, seine Einkünfte in mehr als 54

Ortschaften erhoben, durch außerordentliche Lasten geschmälert würden, und nach Abzug der Administrationskosten nur 8 bis 9000 Gulden betragen. Der zweyte Plan bestimmte ihr also, vermuthlich durch einen Irrthum aus Unwissenheit, das Kloster Engelthal, unweit Ilbenstadt und Staden, ein Nonnenkloster, das ein ganz kleines unmittelbares Gebiet, gar keine Dörfer und Unterthanen, und kaum 8000 Gulden jährliche Einkünfte hat, wovon die Administrationskosten und die Pensionen für 1 Aebtissin und 13 Nonnen zu bestreiten sind. Das größte Unglück aber ist, daß diese Linie nach den Bedingungen des Plans eine sehr beträchtliche Schuldenlast, wegen deren eine kaiserliche Debit-Commission eingetreten ist, über den Rhein herüber bringt. Die Vorstellung dieser Umstände bey der Deputation bewirkte die bedeutende Rente. Indessen ist das große Misverhältniß in den Angaben von Verlust und Entschädigung bey allen 4 gräflich Leiningischen Linien nicht zu verkennen, und muß irgendwo einen nicht öffentlich bekannten Grund haben. Es läßt sich nicht denken, daß die Vermittler die

kleinen Interessenten wissentlich und vorsätzlich sollten verkürzt haben, um nur den Großen recht viel zuwenden zu können; wiewohl es schon vor 2000 Jahren hiefs: wer da hat, dem wird gegeben etc. Wahrscheinlich liegt der Aufschluß in den Berechnungen.

§. 21.

Dem Fürsten von Wiedrunkel für die Grafschaft Kriechingen: die Cöllnischen Aemter Nurburg und Altwied, und die Kellerey Wilmar.

Die Grafschaft Kriechingen bestand aus 6 beträchtlichen Ortschaften, und 8 zugehörigen Herrschaften, stand aber größtentheils unter fremder, theils Französischer, theils Luxemburgischer Hoheit; doch hatte sie sowohl beym Oberrheinischen Kreise als auch seit 1765 beym Reichstage Sitz und Stimme. Sie soll nach eigner Angabe an 50,000 Gulden ertragen haben. Die im ersten Plane dafür angewiesene Grafschaft Aldenwied, ohne Linz und Unkel, soll aber mehr nicht, als 13,000 Fl. gewisse, und 9,000 Fl. ungewisse Einkünfte aus Bergwerken abwerfen.

Diefs alles ist aus der Reclamation genommen, in welcher Runkel um Vermehrung der Entschädigung ansucht, und zugleich einige Objecte dazu vorschlägt, worunter auch die ihm im zweyten Plane wirklich zugelegte Kellerey Wilmar ist. Der zweyte Plan bestimmt auch die erste Entschädigung, über deren eigentliche Gränze bey der Occupation Streit mit Usingen entstand, genauer, indem er die Aemter Neuerburg *) und Aldenwied ausdrücklich benennt. Das erste macht bey weitem den grössten Theil des vereinigten Amts Aldenwied aus, und enthält 4 Herrlichkeiten, dann noch 4 Dörfer und 5 sogenannte Herrschaften. Die der Abtey St. Matthias gehörig gewesene Kellerey Vilmar liegt mit dem ihr unterworfenen Pfarrdorfe oder Flecken Vilmar an der Lahn im Trierischen Amte Limburg, zunächst bey der Stadt Runkel, und wird auf 12000 Fl. geschätzt, wiewohl Runkel nur 7 bis 8000 angab. Dem

*) Die Französische Aussprache hat aus Neuerburg Nurburg gemacht, welches auf der linken Rheinseite liegt.

Ganzen giebt man, als zuverlässig, eine Gröfse von 2 Quadrat-Meilen, 4000 Einwohner und eher über als unter 50,000 Fl. Einkünfte. Und diese wenigstens gerechte Entschädigung ist bis auf Vilmar, völlig unmittelbar, und gränzet mit der Grafschaft Wied! Ueber die Landeshoheit von Vilmar entstand ein Streit, der an die Deputation gelangte. Diese gestand, sie habe die Intention gehabt, Vilmar mit der Landeshoheit an Runkel zu überlassen; allein die Minister erklärten, daß Runkel die Kellerey geniefsen solle, wie die Abtey St. Matthias sie genossen habe. Sie bleibt also unter der Hoheit des Besitzers von Limburg.

§. 22.

*Dem Fürsten von Bretzenheim
für Bretzenheim und Winzenheim: die
Stadt und das gefürstete Damenstift
Lindau am Bodensee.*

Im ersten Plane ward der Verlust des Fürsten gar nicht angegeben, ihm aber die Reichsstadt und fürstliche Abtey Lindau dafür bestimmt. Der Fürst reclamirte. „Von der Zeit her, da seine Schwester Aebtissin zu

Lindau war, kenne er die sämtlichen äußerstmäßigen Einkünfte dieses Stiftes. Die Stadt selbst, obschon zu ihrem Gebiete gegen 18, in etliche Pfarreyen eingetheilte, Dörfer, Weiler, Höfe und Schlösser gehörten, sey demohingeachtet gering, und von sehr eingeschränktem Ertrage." Seinen Verlust hingegen berechnete er a) von der unmittelbaren reichs- und kreisständischen Herrschaft Bretzenheim und Winzenheim auf 10,462 Fl. an Gelde, und 25,787 Fl. an Früchten und Wein; b) von einigen mittelbaren Herrschaften auf 25,278 Fl., c) von einem Capitalverlust an Häusern zu 5 Procent 7100 Fl., also zusammen auf 68,627 Gulden jährlicher Einkünfte; jedoch mit der Bemerkung, wenn Er ihn früher nur zu 49,898 Fl. berechnet habe, so liege die Ursache der Verschiedenheit bloß darin, daß ihm aufgegeben worden war, die Naturalien nach der Kammertaxe zu berechnen, welche aber hier, nach dem Beyspiele anderer beschädigten Stände, nach denen zur Zeit im Gange gewesenen Preisen angeschlagen sind *). Allein bey

*) Diefs ist ein Hauptschlüssel zu dem enormen

Vergleichung von Verlust und Ersatz muß einerley Maafstab gebraucht werden; daher hatte man mit Recht eine Berechnung der Naturalien nach der Kammertaxe verlangt, welche ohne Zweifel auch der Angabe von den Einkünften des Stifts zum Grunde lag. Nach den in der Verlustberechnung von Leiningen-Guntersblum angenommenen (also gewifs nicht zu niedrigen) Preisen beträgt der Werth der sämtlichen Naturalien der Herrschaft Bretzenheim nicht volle 15,000 Fl. Hierzu die Geldeinnahme gerechnet, war der ganze Ertrag der Herrschaft mehr nicht, als höchstens 25,462 Fl. *). Die Deputation fand

Mißverhältnisse zwischen dem Ertrage jenseit und diesseit des Rheins. Dort wurden die Naturalien nach den laufenden Preisen, hier nach der Kammertaxe berechnet, und nun erinnere man sich der Preise von 1793 bis 1801 in den Rheingegenden und anderwärts!

*) Die Herrschaft Bretzenheim, worunter allemal Winzenheim mit zu verstehen ist, wurde für den Fürsten um 300,000 Fl. von Churcöln gekauft, welches höchstens nur auf 10,000 Fl. Einkünfte schliessen läßt.

die Unzulänglichkeit der Entschädigung für das unmittelbare Land nicht erwiesen, und liefs die Vorstellung auf sich beruhen. Der Fürst gab eine zweyte ein, in welcher er hauptsächlich zu erwägen bat, dafs die verlohrnen Besitzungen mit keinen Schulden beschwert sind; dafs die Bretzenheimischen Reichs- und Kreisprästanda nur 32 Fl. jährlich und 5 Mann Contingent betrugen; dafs sein Revenüenverlust in 510,704 Fl. bestehe, dafs auf den Verlust der Coinvestiturrechte auf die fürstl. Ysenburgischen Herrschaften Gladbach bey Achen, und Altenbamberg in Nahethal, wie auch der Coinvestitur auf die gräfl. Flatzfeldische Herrschaft Kinsweiler bey Achen, welche der Graf im Genufs behalte, wegen der jenseit des Rheins abgeschafften Feudalrechte, keine Rücksicht genommen sey *); dafs hingegen das Stift Lindau auf 16,000 Fl.,

*) In der Ueberschrift der Bretzenheimischen Generalberechnung wird der Ertrag von Eventualrechten, Coinvestituren etc. jährlich mit 20,913 Fl. aufgeführt; in der Berechnung selbst kommt nichts unter dieser Rubrik vor; sie ist also vermuthlich eingerechnet.

die Stadt nach der Angabe des Böhmisches Subdelegirten auf eben so viel, also zusammen auf 32,000 Fl. Einkünfte, 1 Quadrat-Meile und 4000 Menschen angenommen werden können; dafs beyde mit außerordentlichen Schulden beschweret sind; dafs beyde 97 Fl. zu 1 Römermonat, 97 Fl. Kreissteuer, 164 Fl. Kammerzieler zu entrichten, und $26\frac{3}{4}$ Mann Infanterie, $4\frac{1}{3}$ Mann Cavallerie zu stellen haben; dafs das Stift gar kein Territorium, und die Stadt nur 4 unmittelbare Dörfer und mehrere vogteyliche Weiler habe, die übrigen Einkünfte von Steuern und Zöllen kämen; und dafs schon vor dem Kriege die Grund- und Territorial-Einkünfte der Stadt zu den Ausgaben nicht zureichten, und sie daher noch 14 von 1000 Vermögenssteuer erhob. Die Deputation liefs sich durch diese Gründe nicht bewegen, von ihrem vorigen Concluso abzugehen, und es blieb im zweyten Plane bey der angewiesenen Entschädigung, nur ward ausdrücklich hinzugesetzt: für Bretzenheim und Winzenheim; woraus denn folgt, dafs die mittelbaren Güter dem Eigenthümer zurückgegeben werden. Wirklich

übersteigt auch die Entschädigung den zu ersetzenden Verlust, besonders da die Einkünfte des Stifts, die jedoch vom Preise der Naturalien abhängen, allgemein und sehr wahrscheinlich auf 30,000 Fl. wenigstens geschätzt werden. Man giebt der Stadt in 700 Häusern nur 2000 Einwohner; es müßten also einige hundert Häuser leer stehen. Das Gebiet hat in 6 Pfarreyen über 3000 Einwohner. Der Fürst schwieg, und trat (nach öffentlichen Nachrichten) Lindau gegen eine einträglichere Herrschaft in Böhmen an Oestreich ab, dem es als Vormauer von Bregenz und durch seine zum Handel mit der Schweiz vortrefliche Lage wichtig seyn kann.

§. 23.

Dem Fürsten von Wittgenstein-Berleburg für die Herrschaften Neumagen und Hemsbach: die schon erwähnte immerwährende Rente von 15000 Gulden auf das Herzogthum Westphalen. Die als rechtmässig anerkannten Ansprüche des Hauses Sayn-Wittgenstein auf die Grafschaften Sayn-Alten-

kirchen und Hachenburg werden durch die zwischen dem Markgrafen von Baden, dem Fürsten von Nassau, und den gedachten Grafen von Wittgenstein getroffene Uebereinkunft befriediget.

Neumagen und Hemsbach waren bloß mittelbare Besitzungen im Trierischen an der Mosel, welche also hätten zurückgegeben werden müssen. Frankreich hat sie aber behalten, und im ersten Plane mit einem Districte des Herzogthums Westphalen, im zweyten aber nur mit einer Rente, die dem angegebenen Verluste völlig gleich ist, vergütet, um das Herzogthum beysammen zu lassen. Die Uebereinkunft wegen der Grafschaft Sayn besteht, öffentlichen Nachrichten zufolge darin, daß das Haus Sayn-Wittgenstein von Baden und Usingen ein baares Capital von 300,000 Fl. und eine jährliche Rente von 12,000 Fl. erhält.

§. 24.

Nachdem in Erwägung der Unzulänglichkeit der noch disponibel bleibenden Theile von unmittelbarem Gebiete und

den gleichwohl bestehenden Erfordernissen eines verhältnißmäßigen Etablissements zur Uebertragung des Stimmrechts, die unmittelbaren Abteyen und Klöster: Ochsenhausen, Münchroth, Schussenried, Guttzell, Hegbach, Baidt, Buxheim, Weisenau und Isny mit ihren Zugehörden, dann die Stadt Isny, für die Entschädigung der Reichsgrafen bestimmt sind, so wird diese Entschädigungsmasse folgender Gestalt vertheilt:

Dem Grafen von Aspremont-Lynden wegen Reckheim: die Abtei Baidt und eine jährliche Rente mit 850 Gulden von Ochsenhausen.

Dem Grafen von Bassenheim wegen Pyrmont und Ollbrücken: die Abtei Hegbach (mit Ausschluss der Orte Mietingen und Sullmingen, des Zehnden zu Baltringen und der zu diesem letzten Antheile bestimmten 500 Jauchert Wald), ferner eine jährliche Rente von 1300 Gulden von Buxheim.

Dem Grafen von Metternich wegen Winneburg und Beilstein, die Abtei Ochsenhausen, (mit Ausschluss des Amtes Tannheim) unter der Verbindlichkeit jedoch, eine jährliche Rente von 20,000 Gulden, nämlich an den Grafen von Aspermont 850 Gulden, an den Grafen von Quadt 11,000 Gulden, an den Grafen von Wartemberg 8150 Gulden hinaus zu zahlen.

Dem Grafen von Ostein wegen Mylendonk: die Abtei Buxheim (mit Ausschluss des Dorfes Pless) unter der Verbindlichkeit eine jährliche Rente von 9000 Gulden, nämlich an den Grafen von Bassenheim 1300 Gulden, an den Grafen von Plettenberg 6000 Gulden, an den Grafen von Goltstein 1700 Gulden hinaus zu bezahlen.

Dem Grafen von Plettenberg wegen Wittem und Eys: die Hegbachischen Orte Miedingen und Sullmingen samt dem Zehnden in Baldringen und 500 Jauchert Wald, welche demselben in den an Miedingen zunächst angrän-

zenden *Walddistrikten Wolfloch, Laitbühl und Schneckenkau* zuzumessen sind; nebst dem eine jährliche Rente mit 6000 Gulden von *Buxheim*.

Dem Grafen von *Quadt* wegen *Wickerath und Schwanenberg* die Abtei und Stadt *Isny* und eine jährliche Rente mit 11000 Gulden von *Ochsenhausen*.

Dem Grafen von *Schäsberg* wegen *Kerpen und Lommersum*: das *Ochsenhausische Amt Tannheim* (mit Ausschluss des Dorfs *Winterrieden*) unter der Verbindlichkeit einer jährlichen Rente von 2000 Gulden, nämlich an den Grafen von *Sinzendorf* 1500 Gulden, an den Grafen von *Hallberg* 500 Gulden, hinaus zu zahlen.

Dem Grafen von *Sinzendorf* wegen der *Burggrafschaft Rheinek*: das vorerwähnte Dorf *Winterrieden* unter der Benennung einer *Burggrafschaft*, und eine jährliche Rente mit 1500 Gulden von *Tannheim*.

Dem Grafen von Sternberg wegen Blankenheim, Junkrath, Geroltsstein und Dollendorf: die Abteien Schussenried und Weissenau, unter der Verbindlichkeit einer jährlichen Rente von 13.900 Gulden, nämlich an den Grafen von Wartemberg für Sickingen 5500 Gulden, an den Grafen von Sickingen zu Sickingen 1110 Gulden, an den Grafen von Hallberg 6880 Gulden, an den Grafen von Nesselrod-Reichenstein 260 Gulden, an den Grafen von Goltstein 150 Gulden hinaus zu zahlen.

Dem Grafen von Törring wegen Gronsfeld: die Abtei Guttenzell.

Dem Grafen von Wartemberg wegen Wartemberg: die Abtei Roth, und eine jährliche Rente von 8150 Gulden von Ochsenhausen.

Dem Grafen von Wartemberg für Sickingen wegen Ellerstadt, Aspach und Oranienhof: das Buxheimische Dorf Pless, und eine jährliche Rente mit 5500 Gulden von Schussenried.

Dem Grafen von Goltstein wegen Schlenacken eine jährliche Rente von 1850 Gulden, nämlich von Buxheim 1700 Gulden, von Schussenried 150 Gulden.

Dem Grafen von Hallberg wegen Fußgehnheim und Ruchheim eine jährliche Rente von 7380 Gulden, nämlich von Schussenried 6880 Gulden, und von Tannheim 500 Gulden.

Dem Grafen von Nesselrod-Reichenstein für Burgfrei und Mechernich: eine jährliche Rente mit 260 Gulden von Schussenried.

Dem Grafen von Sickingen zu Sickingen für das Amt Hoheneinöden: eine jährliche Rente mit 1110 Gulden von Schussenried.

Dieser Vertheilung werden noch folgende allgemeine Bestimmungen beigelegt:

1) Die Stimmrechte derjenigen entschädigten Reichsgrafen, deren Verlust in einem reichsunmittelbaren Gebiete, welches zu Reichs- und Kreispräständen beigetragen, bestanden, und die zugleich

jenigen Quota, welche sich nach Verhältniß dieser Rente zu dem unter Abzug der Lasten berechneten Ertrag des Entschädigungsobjektes ergibt.

8) Zu einiger Ausgleichung der temporären Lasten, und vorzüglich der nach einem billigen Ueberschlag, in Gemäßheit der §§. 51 und 57. gegenwärtiger Urkunde erwogenen Sustentationskosten der Geistlichkeit in den neun Abteyen, sind die Aktiv-Kapitalien der Karthause Buxheim mit 176000 Gulden nach folgenden Prinzipien zu verwenden:

a) Die Sustentationssumme, welche den dritten Theil des Ertrags einer Abtey nicht übersteigt, wird sowohl durch die Allgemeinheit dieser Last, als durch Ueberlassung des Mobiliarvermögens, als kompensirt betrachtet.

b) Wenn die Sustentationssumme aber den Ertragsdrittel übersteigt, so wird der Ueberschuss aus gedachten Kapitalien achtfach vergütet.

c) Der künftige Besitzer von Buxheim hat diese Kapitalien zu verwalten,

an die Theilhaber mit $3\frac{1}{2}$ pr. Ct. zu verzinsen und mittelst successiver Aufkündigung in achtjährigen ratis abzuzahlen.

d) Zu Folge dieser Bestimmungen erhalten an gedachten Aktiv-Kapitalien die künftigen Besitzer auf die Abtey Roth 7500 Gulden, auf Weissenau 6450 Gulden, auf Buxheim 20,200 Gulden, auf Hegbach 53,950 Gulden, auf Baindt 38,650 Gulden, und auf Guttenzell 45,250 Gulden; der verbleibende Rest mit 4000 Gulden ist als ein gemeinschaftlicher Ueberschuss zu Deckung des etwaigen Verlusts anzusehen.

e) Falls sich ein grösserer Verlust ohne Verschuldung der Verwaltung ergäbe, so ist solcher von allen Theilnehmern pro rata zu tragen.

Die Ergänzung der Entschädigung, wo sie statt hat, und in soweit sie nicht durch die nunmehr zu erwartende Aufhebung des Sequesters bewirkt wird, wird übrigens für die erwähnten Grafen und für alle andere sich auf gleichen Titel

gründende Reklamanten, auf jene Einkünfte angewiesen, welche noch zu einer weitem Bestimmung übrig bleiben dürften.

Dieser Paragraph verdient in mehrern Rücksichten eine ausführliche Erörterung. Unter den durch die Rheingränze leidenden Reichsständen waren viele Grafen, welche zum Theil alle ihre Besitzungen, zum Theil doch diejenigen, auf welchen die Reichsstandschaft haftet, oder wenigstens andere unmittelbare Güter, verlohren. Für einige derselben sorgte der erste Plan namentlich; die meisten aber (zehn) fasste er unter dem Namen der Westphälischen Grafen (weil sie alle zum Westphälischen Grafen-Collegio gehörten) zusammen, und wies ihnen das Niederstift Münster zu. Allein die Grafen hielten diess Land nicht für hinlänglich zu ihrer vollständigen Entschädigung, und gaben sogleich allgemeine, und einige (Quadt und Metternich) noch besondere Reclamationen dagegen ein, welche in der IVten Sitzung der Deputation vorkamen. Der Schluss war: die Minister

um Aufklärung darüber, wie sie die Schäden angenommen und die Entschädigungen abgemessen haben, zu ersuchen (welche aber, wie gewöhnlich, nicht gegeben wurde;) zugleich aber den beyden Directorien des Westphälischen, und dem Directorio des Wetterauischen Grafen-Collegii, als Obmann, aufzutragen, sich von den Interessenten ihre Verlust-Liquidationen so, wie solche bey den vermittelnden Mächten eingegeben worden, vorlegen zu lassen, den ihnen angewiesenen District nach seinen Einkünften und allen statistischen Verhältnissen an Ort und Stelle durch Subdelegirte genau zu untersuchen, und binnen längstens 4 Wochen einen Vorschlags-Plan zur verhältnißmäßigen Vertheilung an die Deputation einzusenden. Da nun auch andere, besonders bedachte, Grafen mit ihren Entschädigungen unzufrieden waren; hauptsächlich aber da Oldenburg die ihm für den Elsflether Zoll bestimmte Entschädigung lange nicht hinreichend fand, und man für selbiges kein gelegeneres Supplement als das Niederstift Münster hatte: so gab man diesem im zweyten Plane eine ganz andere

Bestimmung, und theilte es zwischen Oldenburg und Aremberg. Weil man aber durch die Einschiebung von ein paar ganz neuen und unberufenen Theilnehmern das, was man in Münster gewann, (Dülmen und halb Reine,) ohne Noth wieder weggab, und schon der erste Plan die Entschädigungsmasse bis auf den Grund ausgeschöpft hatte, der zweyte aber den kleinen Rest vollends nachholte: so sah man sich genöthigt, einigen Grafen das, was ihnen der erste Plan zuerkannt hatte, wieder zu nehmen, und daraus einen Fond zu formiren, auf welchen man die sämtlichen reclamirenden Reichsgrafen hinwies, der jedoch, bey seiner offenkundigen Unzulänglichkeit, nur dienen sollte, jedem dazu Berechtigten die Reichsstandschaft zu radiciren, sein Supplement aber aus dem Fond der mittelbaren Capitel, Abteyen und Klöster, den man damals zu errichten vorhatte, erhalten sollte. Dieser Fond wurde zusammengesetzt aus den Reichs - Abteyen Baindt, Buxheim, Gutenzell, Heggbach und Schussenried, welche dem Grafen von der Leyen; dann Ochsen-

hausen und Rodt, welche dem Grafen Sickingen; endlich Ifsny mit der Stadt, und Weissenau, welche der Gräfin Sternberg bestimmt gewesen waren. Zugleich schlug der allgemeine Plan eine aus Wirtemberg und Baden bestehende Commission und Administration vor, um die Forderungen der Grafen zu untersuchen, diejenigen, welche auf unmittelbares Gebiet Anspruch zu machen das Recht hatten, von den übrigen zu scheiden, und eine vorläufige verhältnismäßige Vertheilung zu machen. Die Deputation erkannte am 16. Oct. die Commission *) auf die genannten Fürsten, welche

*) Ich gebe von dieser Commission darum eine ausführliche Nachricht, weil der Gang ihrer Geschäfte und ihre Grundsätze gerade diejenigen sind, denen die Deputation selbst bey dem ganzen Entschädigungswerke hätte folgen müssen, und die sie ohne Zweifel, da mehrere Subdelegirte lange darauf bestanden, befolgt haben würde, wenn sie — gedurft hätte. — Die Subdelegirten dieser Commission, der Wirtembergische von der Lüh, und der Badische, Hofer, haben sich das höchste Lob erworben.

auch den Auftrag übernahmen, und gab ihr eine nähere Instruction, vermöge deren sie besonders die Qualification und Verlustrechnungen der Grafen genau untersuchen, und die verschiedenen Classen derselben dergestalt absondern möchte, daß zur Iten Classe diejenigen, welche sub und objective qualificirt, d. i. ein reichsunmittelbares Gebiet mit Reichs- und Kreis-Präständen, auch Stimme oder Antheil daran auf Reichs- und Kreistagen verlohren hatten; zur IIten, die unmittelbares Gebiet mit Reichs- und Kreislasten, auch einer Kreisstimme, aber keiner Reichstagsstimme; zur IIIten, die unmittelbares Gebiet mit Reichs- und Kreislasten, aber ohne Reichs- und Kreisstimme; zur IVten, die unmittelbares Gebiet, jedoch ohne alle Prästanda und ohne alle Stimme verlohren hatten; endlich zur Vten, die persönlich charakterisirten Grafen, die bloß ritterschaftliche und mittelbare Güter besessen hatten, und daher gar nicht in dieser Kategorie stünden, sondern auf die Aufhebung des Sequesters zu verweisen seyen, gerechnet würden; nach solcher Absonderung sollte die

Commission jedem Grafen, so weit die Entschädigungs - Objecte reichten, einer Classe nach der andern, jedoch mit billiger Rücksicht, daß die zweyte Classe nicht ganz ohne unmittelbares Gebiet bleibe, worauf ihr Kreisvotum radicirt werden könnte, zutheilen, und ihre Vorschläge einberichten.

Diese Einrichtung und Instruction ward in den ersten Hauptschluß aufgenommen, und noch vorher in Vollzug gebracht. Die Commission traf schon am 12. Nov. in Ochsenhausen ein, erließ an die Unterthanen zweckmäßige Patente, nahm die Beamten in Pflicht, von den Geld- und Naturalien-Vorräthen, auch dem Mobiliar - Vermögen summarische Verzeichnisse auf, und trat zum Vorthail der Entschädigungsmasse am 1. Dec. den Civilbesitz an. Die Kürze der Zeit erlaubte bey den Untersuchungen nicht die größte Genauigkeit noch richterliche Strenge, sondern machte in Ermangelung anderer Auskunftsmittel billige Durchschläge nöthig. Einige Reclamanten, deren Archive vernichtet worden waren, konnten nicht einmal beglaubte Rechnungs - Auszüge von 10 Friedens-

jahren vorlegen: man mußte sich mit Angaben sub fide status, *) von einigen Bescheinigungen unterstützt, begnügen. Aber auch die Rechnungs-Auszüge, meist von ehemaligen Beamten und Verwaltern oder auch von Notarien beurkundet, konnten nicht immer durchaus so documentirt seyn, daß nicht auch bey denselben hin und wieder Durchschläge nach der Billigkeit hätten gemacht werden müssen. Eben so konnte auch der Renten - Ertrag der Entschädigungsobjecte weder durch wirkliche Abschätzung, noch mittelst einer genauen Durchgehung sämtlicher Grundbücher, Documente und Rechnungen, die auch nicht überall ordentlich und pünktlich geführt waren, bestimmt werden. Man forderte also den abtretenden Regenten sub fide status genaue Fassionen der sämtlichen Revenüen nach einem Durchschnitte von 10 Friedensjahren und nach vorgelegten Fragen ab, welche an Ort und Stelle geprüft, mit den Urkunden und Rechnungen verglichen, und so möglichst berichtigt wurden.

*) Nämlich Imperii — auf Reichsstands-Treue.

Bey der Prüfung der Verlust-Berechnungen stellte die Commission folgende Principien auf: 1) Nach den unzweydeutigen Worten des 24sten §. *) findet nur für verlohrenes Gebiet Entschädigung statt; für erlittenen Kriegsschaden, Verlust an entbehrten Revenüen oder Mobilien kann daher kein Ersatz gegeben werden. 2) Der Maasstab des zu ersetzenden Verlustes ist der Revenüen-Ertrag, indem sich bey kleinen Besitzungen ohnehin kein richtigerer angeben läßt; und in dem vorliegenden Fall insbesondere, bey der grossen Verschiedenheit, welche in Rücksicht auf Flächeninhalt, Bevölkerung und Gerechtsame zwischen den verlohrnen Besitzungen und den Entschädigungsobjecten im Allgemeinen herrscht, kein anderer anwendbar ist. 3) Der Verlust an nicht rentirenden Gebäuden kann daher um so weniger in Berechnung genommen werden, als er ohnehin nicht leicht zu schätzen oder zu erweisen ist; dagegen sind auch bey

*) Des ersten Deputations-Hauptschlusses.

den Entschädigungen dergleichen Gebäude nicht in Rechnung gebracht. 4) Eben so wenig darf für ehrenhafte, nicht einträgliche Rechte Ersatz gefordert werden. 5) Der Ertrag muß zur Zeit des Verlustes wirklich gewesen, nicht erst von Verbesserungen, oder aus andern noch nicht wirklich eröffneten Quellen, z. B. Bergwerken, Salinen u. s. w. gehofft worden seyn. 6) Von den berechneten Einnahmen der verlohrnen und der Entschädigungs Objecte sind, so viel möglich, beständige Lasten und primitive Erhebungskosten, nicht aber eigentliche Verwaltungs- und Regie-Kosten abgezogen worden, weil in Rücksicht auf die letztern gar zu viel von der Willkühr, und einer mehr oder minder guten Einrichtung abhängt. 7) Sind die auf den verlohrnen Besitzungen haftenden Schulden weder erhoben noch abgezogen worden, weil es noch nicht möglich war, zu bestimmen, welche derselben auf die Entschädigungs-Objecte übergehen werden.

Außer diesen sind bey der Ertrags-Berechnung der Entschädigungs-Gegenstände noch folgende Regeln beobachtet worden:

1) Von den erhobenen Einnahmen sind, nebst den primitiven Erhebungskosten, alle beständige Lasten, und namentlich der Aufwand für Seelsorge und pfarrliche Verrichtungen, der den Klöstern bey dem Genusse der Zehnten und Pfarrgüter oblag, nach einem billigen Typus abgezogen worden.

2) Die auf den Cameralcassen ruhenden Schulden sind, so weit sie sich nicht mit Activcapitalien eben dieser Casse compensirten, dadurch ausgeglichen worden, daß man die Zinsen derselben zu $2\frac{1}{2}$ Procent vom Ertrage abgerechnet hat. Hingegen hat 3) auf die, den neuen Besitzern obliegenden, mit der Zeit aufhörenden, Prästationen an Sustentions - Geldern für die Prälaten und Convente, und an Besoldungen für deren Diener, so fühlbar diese Lasten auch, besonders in den ersten Jahren, seyn werden, nicht anders als durch Ueberlassung des Mobiliarvermögens der Stifter, und auf die oben unter No. 8. der allgemeinen Bestimmungen angezeigte Art, Rücksicht genommen werden können.

Bey der Untersuchung zeigte sich ein Anstand wegen der Herrschaft Pirmont.*) Die Dynasten derselben erschienen schon in sehr alten Zeiten auf Reichstagen, und gaben ihre Reichsprästanda. Bey der Entstehung des Westphälischen Grafen - Collegii wurde der Besitzer in dasselbe aufgenommen, übte aber vom Anfang des 18ten Jahrhunderts an sein Stimmrecht nicht mehr aus, ohne sich jedoch desselben zu begeben. Auf dem Grafentage 1787 erhielt der jetzige Besitzer die Reaccession, übernahm Collegial - Prästanda, und hat seitdem seine Stimme fortgeführt. Allein die Herrschaft hat seit langer Zeit keine Reichsprästanda entrichtet, stand auch in keinem Kreisverbande. Sie war also Reichsstand ohne Prästanda, und kein Kreisstand. (Ein Beyspiel, wie es im D. Reiche ausgesehen hat.)

Die Vertheilung der Entschädigungsmasse ward durch die Beschaffenheit ihrer einzelnen

*) Büsching kennt diese Herrschaft nicht, und ich habe sie auch sonst nirgends finden können. Sie hat nur 1 Schloß, 11 Höfe, und 3021 Fl. Einkünfte.

Theile sehr schwierig gemacht. Der Flächeninhalt der sämtlichen Gebiete ist nicht beträchtlich; die Zahl der darin wohnenden collectabeln Familien beläuft sich nur ohngefähr auf 3000; viele der einzelnen Gebiete haben sehr zerstreute Besitzungen; fast alle sind, mehr oder minder, in Rücksicht auf Landeshoheit und hohe Rechte, beschwerlichen Beschränkungen und Ansprüchen ausgesetzt; und die Cameral- und Collectations-Cassen der Abteyen und der sehr verarmten Stadt Ifsny sind, nach Abzug ihrer Activ-Capitalien, mit 1,300,000 Fl. Schulden beladen.

Um jedem dazu qualificirten Reclamanten Land für sein Stimmrecht zu verschaffen, mußte man von einigen Abteyen Theile abreissen. Um aber, der damit verbundenen Nachtheile wegen, mit der Zerstückelung nicht weiter zu gehen, als die Noth erforderte, griff man zu dem Mittel, den Verlust, der nicht mit Land ersetzt werden konnte, durch Renten auszugleichen, wobey auf hinlängliche Sicherheit des Empfängers Bedacht genommen ist. Schon am Ende Januars

waren die Subdelegirten mit der Arbeit fertig, und die Deputation nahm die Vorschläge derselben an, und in ihren zweyten Hauptschluss ohne Ausnahme und ohne einen andern Zusatz auf, als den, der die Ergänzung der Entschädigung, wo sie statt hat, und in so weit sie nicht durch die nunmehr zu erwartende *) Aufhebung des Sequesters bewirkt wird, betrifft, welche hier auf einen höchst unsichern und problematischen Fond angewiesen wird; nicht auf mittelbare Stifter, von denen der zweyte Plan voll war, und der zweyte Hauptschluss nichts mehr weiß; nicht auf die an deren Stelle getretene Schiffahrts-Octroy, die auch ohnehin schon schwer genug belastet ist, sondern auf Einkünfte, welche noch zu einer weitem Bestimmung übrig bleiben dürfen. Sollte es dergleichen noch geben? Es ist sehr zu wünschen, denn das Resultat der Commission war für viele Reclamanten höchst traurig.

Die Ite und Ilte Classe, zu welcher letztern die einzige Herrschaft Ollbrücken ge-

*) Der Französische Text hat nur *la levée future*.

hörte, ward für ihre reichs- und kreisständischen Besitzungen ganz befriedigt. Der Werth des Verlustes, dem die Entschädigung entspricht, ist aus unserer angehängten Tabelle ersichtlich. Außerdem aber, daß alle Reclamanten die verlohrnen Einkünfte höher angaben, verlangten sie auch fast durchgehends Ersatz für die Gebäude, ingleichen für die Kriegsschäden und entbehrten Einkünfte, oder wenigstens in dieser Rücksicht den übrigen Mitständen gleich gehalten zu werden. Nur Törring wollte diese letztern, 159,000 Gulden, dem Vaterlande gern zum Opfer darbringen, in der Hoffnung, daß man dieses Anerbieten als einen Beweis seiner Mäßigung und reichspatriotischen Gesinnungen würdigen, und daß auch andere beschädigte Fürsten und Stände das nämliche Opfer auf den Altar des deutschen Vaterlandes legen werden. Sternberg erbot sich, falls es seine Mediatbesitzungen jenseit des Rheins wieder erhalten könnte, jene Rechte willig aufzuopfern, deren Ausübung die Französische Verfassung nicht gestattet.

Die Wartembergische Entschädigung

verdient eine besondere Ansicht. Der 23ste §. des ersten Plans bestimmte dem Grafen: die Mainzische Kellerey Neckarsteinach, welche aus einem Städtchen und 4 kleinen Dörfern besteht, nur 3000 Fl. abwirft, im ritterschaftlichen Verbande steht, und noch dazu von der Metternichschen Familie rechtlich angesprochen wurde; die Wormser Kellerey Ehrenberg, die nur ein Verwalterhaus und 7000 Fl. ausländische Renten hat; und einen domcapitulischen Mayerhof zu Wimpfen mit 4940 Fl. Einkünften. Der Graf bewies, daß dieß kein Ersatz sey, fand Gehör, und ward an die Grafen-Commission verwiesen. Der ihm vorhin bestimmten Güter ward im zweyten Plan gar nicht mehr gedacht. Bey der Commission fand sich aber ein Bedenken. Wartemberg war zwar 1707 zu einer Grafschaft mit Sitz und Stimme auf den Reichs- und Kreistagen erhoben, als jedoch in der Folge wegen einiger Irrungen über den Matricular-Anschlag die Bezahlung der Collegial-Prästande unterblieb, 1738 vom Grafen-Collegio ausgeschlossen, vor Kurzem zwar zur Reaccession gelangt, aber noch nicht wieder

introducirt worden. Dieser Umstand konnte aber der wohlbegründeten Reichsstandschaft keinen Abbruch thun, und sie ward auf eine anständige Entschädigung radicirt. Von der Grafschaft waren 1788 das Dorf Ellerstadt und 2 Höfe an Sickingen verkauft, jedoch, ohngeachtet der kaiserl. Confirmation und des meist bezahlten Kaufpreises, noch nicht überliefert worden; diese Güter sah die Commission als noch zur Zeit zur Grafschaft gehörig an, und vergütete sie.

Die Befriedigung der beyden ersten Classen erschöpfte die vorhandene Entschädigungsmasse so sehr, daß man schon der dritten nicht einmal die Hälfte ihres Verlusts ersetzen konnte, sondern sie mit 46 Procent, und zwar bloß in Renten, abfinden mußte. Folgendes ist die genauere Liste:

Besitzer.

Graf Goldstein:
 — Halberg:
 — Nesselrod - Reichenstein:
 — Sickingen - Sickingen:

Verlohrne Besitzungen.

Herrschaft Schlenacken
 Fußgenheim und Buchheim
 Burgley und Mechernich
 Amt Hoheneinöden

Einkünfte.

Entschädigung.

4,000 Fl.	1,850 Fl.
16,000 -	7,380 -
560 -	260 -
2,400 -	1,110 -

Die IVte und Vte Classe giengen nun also ganz leer aus. Doch darf das Verzeichniss derselben hier nicht fehlen. Es haben verlohren

IVte Classe.

Graf von der Leyen:
 — Halberg:

Besitzungen.

Bliescastel, Leiningen, Saffig etc,
 Heuchelheim:

Einkünfte.

105,000 Fl.
2,000 -

Vte Classe.

Aspremont-Lynden:
 Bassenheim:
 Bentheim-Steinfurt:
 Halberg:
 von der Leyen:
 Metternich-Winneburg:
 Nesselrod-Reichenstein:
 — Ehreshofen:
 Ostein:
 Perouse Creange:
 Schaesberg:
 Sickingen-Hohenburg:
 — Sickingen:
 Sternberg:
 Törring:

220,000 Fl. Capital.

Bassenheim, Serenich etc.	48,000 -
Herrschaft Alpen	18,000 -
Herrschaft Horst, Luxheim etc.	5,862 -
Adendorf, Mönchweiler etc. etc.	115,000 -
Oberahe, Reinhardstein etc.	16,400 -
Mediatgüter	500 -
Herrschaft Thumb etc	13,500 -
Mediatgüter	400 -
Herrschaft Pittanges etc.	9,000 -
Mediatgüter	27,500 -
Herrschaft Hohenburg	6,200 -
Landstuhl, Schallodenbach etc.	116,599 -
Herrsch. Manderscheid, Kayl etc.	67,100 -
Mediatgüter	2,500 -

Also bleiben über 560,000 Fl. verlohner jährlicher Einkünfte vom deutschen Reiche unersetzt. Hierbey fallen sogleich in den beyden letzten Classen der unglückliche Graf von der Leyen mit 218,000 Gulden, und Sickingen mit mehr als 116,000 Gulden jährlicher Einkünfte in die Augen. Erster berechnet aber in seiner Reclamation vom 24sten Nov. seinen ganzen Verlust auf 248,781 Gulden Einkünfte. Ob er gleich die Herrschaften Bliedscastel, Leiningen und Saffig mit Reichsunmittelbarkeit und voller Landeshoheit besaß, so hatte er doch keine Reichs- und Kreisstandschaft, und trug weder Reichs- noch Kreisonera; daher konnte ihn die Commission nach ihrer Vorschrift in keine höhere Classe setzen. Die Sickingische Herrschaft Landstuhl, eine Eroberung des berühmten Franz von Sickingen, war vom Reichshofrath der Oberrheinischen Ritterschaft zugesprochen worden. Allein weder die Besitzer noch die Lehenhöfe waren damit zufrieden, und um dem Streite ein Ende zu machen, hatte der Kaiser den Entschluß gefaßt, sie zu einer Reichsgrafschaft

zu erheben, und ihre Einverleibung in den Oberrheinischen Kreis zu befördern, als der Krieg ausbrach. Die Commission konnte jedoch nicht anders, als der Herrschaft eine den reichsgerichtlichen Erkenntnissen gemäße Stelle anweisen.

Möchte doch der Strahl von Hoffnung, den der Schluß des Paragraphen giebt, nicht im Blauen verschwinden! Oder möchte die Französische Regierung alle diese Güter der IVten und Vten Classe ihren Besitzern zurückgeben, welche sich nicht weigern würden, den Gesetzen ihres neuen Oberherrn sich zu unterwerfen, und auf Rechte und Gefälle Verzicht zu thun, die sich nicht mit denselben vertragen, wie sich jeder Unterthan gefallen lassen muß. Oder endlich, möchte sie einige der allzu reichlich Entschädigten bewegen, einen Theil ihres Ueberflusses, wenigstens von den gar nicht in Anschlag gebrachten Mediatstiftern, auf den Altar des Vaterlandes zu legen, und der Gerechtigkeit zum Opfer zu bringen, damit wenigstens für die Güter der Vten Classe und einige der VIten, die sich in die Kategorie der Privat-Besitzungen

(gleich den ritterschaftlichen) nicht wohl zu passen scheinen, die gebührende Entschädigung gegeben werden könnte. Deutschlands Ehre, die Pflicht des Reichs erfordert es. Entweder Frankreich muß herausgeben, was Deutschland nicht ersetzen kann, oder Deutschland muß ersetzen, was Frankreich nicht herausgeben will.

§. 25.

Der Stuhl zu Mainz wird auf die Domkirche zu Regensburg übertragen. Die Würden eines Churfürsten, Reichserzkanzlers, Metropolitan - Erzbischofs und Primas von Deutschland bleiben auf ewige Zeiten damit vereinigt. Seine Metropolitan - Gerichtsbarkeit erstreckt sich in Zukunft über alle auf der rechten Rheinseite liegenden Theile der ehemaligen geistlichen Provinzen von Mainz, Trier und Kölln, jedoch mit Ausnahme der Königl. Preussischen Staaten; ingleichen über die Salzburgische Provinz, so weit sich dieselbe über die mit Pfalz-baiern vereinigten Länder ausdehnt.

Was das weltliche betrifft; so wird die Ausstattung des Kurfürsten Erzkanzlers zuvörderst auf die Fürstenthümer Aschaffenburg und Regensburg begründet. Jenes begreift das Oberamt Aschaffenburg in seiner gegenwärtigen Vollständigkeit und Ausdehnung; sodann die Aemter Aufenau, Lohr, Orb mit den Salzwerken, Prozelten, Klingenberg auf der rechten Seite des Mains, und das Würzburgische Amt Aurach im Sinngrunde. Dieses besteht aus dem bisherigen Bisthume Regensburg, samt der Stadt dieses Namens, und alles was davon abhängt, mit den darinn befindlichen mittelbaren und unmittelbaren Stiftern, Abteyen und Klöstern, namentlich: St. Emmeran, Obermünster und Niedermünster; alles nach den dermalen bestehenden Verhältnissen gegen Baiern.

Ferner gehören zu dieser Ausstattung: die Reichsstadt Wetzlar in der Eigenschaft einer Grafschaft, und mit voller Landeshoheit, wie auch alle Stif-

ter, Abteyen und Klöster, die in den benannten Fürstenthümern und der Grafschaft gelegen sind. Auch das Haus Kompostell zu Frankfurt, und alle Proprietäten, Besitzungen und Einkünfte, welche dem Mainzischen Domkapitel ausser den, dem Könige von Preussen, den Landgrafen von Hessenkassel und Darmstadt, den Fürsten von Nassau-Usingen und Leiningen angewiesenen Aemtern zugestanden haben, und von denselben genossen worden sind.

Der Ertrag der hier oben benannten Gegenstände ist zu 600,050 Gulden angeschlagen.

Die Ergänzung der dem Kurfürsten Erzkanzler bestimmten Entschädigung von einer Million Gulden wird durch Anweisung auf das §. 39. erwähnte Schiffahrts-Octroi bewerkstelligt. Mittlerweile, bis dieses Octroi in Vollzug gesetzt ist, sollen die Zölle der rechten Rheinseite, mit deren Einnahme seit dem ersten Dezember 1802 fortgefahren worden, zur Entrichtung der besagten

Entschädigungs-Ergänzung dienen. Der Kurfürst Erzkanzler wird sich desfalls mit den Fürsten benehmen, im Namen derer diese Zölle eingenommen worden sind. Wenn sich nach Berichtigung der ihm zukommenden Ergänzung hieran noch ein hinreichender Ueberschuss ergibt, so soll derselbe zu verhältnissmäßiger Bestreitung der §§. 9. 14. 17. 19. und 20. enthaltenen Anweisungen verwendet werden.

Der Kurfürst Erzkanzler wird fernerhin, nach den Statuten seiner alten Metropolitankirche gewählt werden.

Den Städten Regensburg und Wetzlar wird eine unbedingte Neutralität, selbst in Reichskriegen, zugesichert, indem jene der Sitz des Reichstags, diese des Reichskammergerichts ist.

Das Römische Reich, welches einst drey grofse Reiche in sich vereinigte, hatte für jedes einen eigenen Kanzler. Zwey dieser Reiche giengen verlohren, die Kanzler blieben, aber nur Einer in wirklicher Function,

der Erzkanzler durch Germanien. Die Geschäfte desselben sind so wichtig, so tief in die ganze Verfassung des Reichs verflochten, daß er als ein unentbehrliches Rad in der Staatsmaschine mußte erkannt werden. Die beyden andern konnte man entbehren, ohne es zu merken, und der Entschädigungs-Plan vertilgte sie. Der Erzkanzler war von je her ein Geistlicher, der älteste und erste Erzbischof des Reichs, und er ist es geblieben; nur seinen Sitz hat er verändert, der Plan hat ihn von Maynz nach Regensburg verlegt. Die genannten 4 Würden waren schon vorhin mit einander vereinigt, und diese Vereinigung wird hier nur bestätigt. Denn obgleich nicht Er, sondern der Erzbischof von Salzburg den Titel eines Primas von Deutschland führte: so war doch nicht dieser, sondern Er, Deutschlands erster Geistliche. Den Titel eines Primas wird er auch künftig nicht führen. Diesem neuen Erzbisthum Regensburg sind alle Bisthümer Deutschlands, mit Ausnahme derer in den Oestreichischen, Preussischen und Salzburgischen Staaten, un-

tergeordnet *). Unter Maynz standen schon 10 derselben; unter Cölln 3, unter Salzburg 2 mit Einschluss von Regensburg, unter Trier aber gar keines, und eines unmittelbar unter dem Pabste. Das geistliche Gebiet dieser versetzten Metropole ist also ziemlich erweitert worden.

Dagegen hat der erste Plan das weltliche Gebiet außerordentlich verringert, und der zweyte es wenig vergrößert. Die sämtlichen Maynzischen Lande sollen nach Ackard's Ausmessungen $169\frac{3}{4}$ Quadrat-Meilen **) betragen, 340,000 Menschen enthalten, und gegen 2 Millionen Gulden für den Staat und seinen Regenten eingebracht haben. Das

*) Schon in meiner Erläuterung des ersten Plans (S. 132.) hielt ich diese Einrichtung für die zweckmässigste.

**) Ich gestehe aber, dass mir 116 Quadrat-Meilen für das eigentliche Erzstift, ohne Eichsfeld und Erfurt, zu viel zu seyn scheint, und dass schon die Volksmenge für dasselbe, 210,000, bey einem mehrentheils stark bevölkerten Lande, auf eine, fast um den vierten Theil geringere Grösse schliessen lässt.

ganze Churfürstenthum ward aber völlig zertrümmert, und nur ein kleiner Theil desselben ($\frac{2}{10}$) seinem alten Herrn wieder gegeben. Der neuen Dotation des von Maynz nach Regensburg übergetragenen Erzstifts scheinen folgende Gedanken zum Grunde zu liegen. Der Erzkanzler des Reichs ist, als solcher, Churfürst, er braucht also kein besonderes Churfürstenthum *), wohl aber eine seiner hohen Würde angemessene Einnahme, die man auf 1 Million Gulden festsetzte, in Deutschland aber nicht wohl anders als von Landbesitzungen aufzubringen war; sein wichtigstes Geschäfte als Erzkanzler treibt Er auf dem Reichstage, der seinen Sitz in Regensburg hat, hier sey also auch Sein Sitz. Der erste Plan sagte geradezu, der Erzkanzler solle seinen Sitz nach Regensburg verlegen, diess änderte aber der zweyte in so weit ab, daß nur der Stuhl von Maynz dahin verlegt werden solle.

*) Die Churwürde klebt ursprünglich an den Erzämtern, und die weit ältern Erzämter gaben Gelegenheit zur Ausübung eines ausschließlichen Wahlrechts.

Es ist eine der schwächsten Seiten des Plans, daß man an den ersten Fürsten des Reichs zuletzt gedacht hat, nachdem die Entschädigungsmasse schon so sehr erschöpft war, daß man schlechterdings nicht mehr so viel unmittelbares Land finden konnte, als zu einer Million Einkünfte erforderlich war. Der erste Plan bestimmte ihm nur das Hochstift Regensburg, die dortigen 3 Abteyen, und das Oberamt Aschaffenburg auf der rechten Maynseite, welche nicht viel über den dritten Theil der bestimmten Summe eintragen mochten; die übrigen zwey Drittel sollten von mittelbaren Abteyen, die man damit vereinigen wollte, aufgebracht werden. Das Schicksal des Erzkanzlers fand die lebhafteste Theilnahme in der Deputation. Besonders fand man es eben so gefährlich, als unanständig, Ihn bey seinem für das ganze Reich so wichtigen Amte in Ansehung seiner Einkünfte von andern Reichsständen abhängig zu machen. *) Daher legte der zweyte Plan nicht nur noch einige einträgliche Maynzer Aemter, sondern sogar die im ersten Plane als Sitze

*) Man lese die XXXIIIste Sitzung.

des Reichstags und des Reichskammergerichts
 verschon gebliebenen Reichsstädte Regens-
 burg und Wetzlar zu, letztere ebenfalls in
 Rücksicht auf die dortigen Geschäfte des
 Erzkanzlers. Das Ganze ward auch genauer
 bestimmt, und geordnet. Aber an der Mil-
 lion fehlte noch immer mehr als der dritte
 Theil, und dieser ward im zweyten Haupt-
 schlusse auf die Rheinzölle gelegt, von wel-
 chen noch ein besonderer Paragraph kommt.
 Dadurch wird nun freylich dieser Rest weni-
 ger abhängig von den Reichsständen, aber
 — darf man es sagen? — desto abhängiger
 von Frankreich, welches jetzt mit dem
 Rheine macht, was es will, und desto un-
 sicherer bey ausbrechenden Kriegen.

Die Reichslande des Erzkanzlers bestehen
 also aus den Fürstenthümern Aschaffenburg
 und Regensburg, und aus der Grafschaft
 Wetzlar. Das Fürstenthum Aschaff-
 enburg begreift 1) das Oberamt Aschaf-
 fenburg in seiner gegenwärtigen Vollstän-
 digkeit und Ausdehnung; also nicht bloß
 auf dem rechten Maynufer, sondern mit Ein-
 schluss des ansehnlichen Strichs auf der linken

§. 26.

Aus Rücksicht für die Kriegsdienste ihrer Glieder, werden der teutsche und der Maltheser-Orden der Säkularisation nicht unterworfen, und erhalten für ihren Verlust auf der linken Rheinseite zur Vergütung, nemlich: der Fürst Hoch- und Teutschmeister und der teutsche Orden: die mittelbaren Stifter, Abteyen und Klöster im Vorarlberg im Oesterreichischen Schwaben, und überhaupt alle Mediat-Klöster der Augsburger und Konstanzer Diözesen in Schwaben, worüber nicht disponirt worden ist, mit Ausnahme der im Breisgau gelegenen.

Der Fürst Gross-Prior und das teutsche Gross-Priorat des Maltheser Ordens: die Grafschaft Bondorf, die Abteyen St. Blasi, St. Trutpert, Schuttern, St. Peter, Tennenbach, und überhaupt alle Stifter, Abteyen und Klöster im Breisgau mit allen auf der rechten Rheinseite gelegenen respektiven Zugehörungen der so eben

benannten Objekte, jedoch mit der Obliegenheit, nach einer noch vorzunehmenden Liquidation die persönlichen Schulden der vormaligen Bischöffe von Basel und Lüttich zu bezahlen, welche sie seit der Entfernung von ihren Sitzen gemacht haben.

Also aus Rücksicht für die Kriegsdienste ihrer Glieder werden die beyden geistlichen Ritterorden der Säcularisation nicht unterworfen. Zu Kriegsdiensten sind sie allerdings verpflichtet, aber zu welchen? Gegen die Ungläubigen (Mohammedaner und Heiden), ganz nach der Denkungsart des Zeitalters der Kreuzzüge, in welchem sie errichtet wurden. Diese Denkungsart, welche einen ewigen Krieg mit den Ungläubigen voraussetzte, hat sich durchaus geändert, den Lehren der christlichen Religion gemäß. Die Kriegsdienste dieser Ordensglieder werden also nun bey Christen gegen Christen geleistet, und die Ritter streiten selbst gegen einander, der Absicht ihrer Stiftung gerade zuwider. Sollte es, ohne diese Orden, den Armeen an geschickten und tapfern Anführern

fehlen? Fehlt es den Franzosen daran, welche den Johanniter - Orden bey sich abgeschafft haben? oder warum haben sie denselben in Rücksicht auf die Kriegsdienste seiner Glieder nicht wieder hergestellt? Doch wohl, weil sie ihn für unnöthig hielten, und ihre Thaten ohne ihn verrichten zu können glaubten. *) Ohne Zweifel würde dieß auch bey andern Armeen der Fall seyn. Die Orden, als solche, bilden keine Krieger: sie haben nicht einmal besondere militairische Lehr-Institute. Die würdigen Männer beyder Orden bleiben ja da, wenn auch ihre Verbindung getrennt wird, und werden außer der Verbindung eben so gute Krieger seyn, als in derselben.

Der Deutsche Orden, welcher im ersten Plane völlig übergangen war, gab in seiner der Deputation vorgelegten Reclamation einen Verlust von 3 ganzen Balleyen und 11 andern Commenden, und auf 395,604

*) Frankreich und England machten es sogar zu einer Friedensbedingung, daß von beyden Nationen Keiner in den Orden treten sollte.

Gulden jährlicher Einkünfte an, worunter 45,370 Fl. für den Hoch- und Deutschmeister waren, und wodurch dem gesamten Orden die Hälfte der für dessen Mitglieder gewidmeten Versorgungen entzogen würde. Unter den verlohrnen Besitzungen des Ordens sind die reichsunmittelbaren Herrschaften und Commenden Gemmert und Petersfuhren (Balley Altenbiesen), dann die reichsunmittelbare Herrschaft Hundling (zur Commende Saarbrücken, Balley Lothringen, gehörig), und besonders die zur Balley Coblenz gehörige reichsunmittelbare Herrschaft Elsen, auf welcher die Reichs- und Kreisstandschaft haftete, merkwürdig, da selbst die letztern kein Geograph kennt.

„Ein so großer Verlust würde die nothwendige Folge nach sich ziehen, daß in dem nämlichen Verhältnisse die Anzahl der Ordensritter sich in einer Epoche vermindern müßte, in welcher eben die Aufnahme in dieses für den Deutschen Adel in mancher Hinsicht so wichtige National-Institut wegen der Aufhebung so vieler Domstifter und dadurch verlohrnen Versorgungen und

„Unterstützung künftig von selbigem nur
„desto häufiger und dringender gesucht, ja
„als ein allgemeiner Zufluchtsort angesehen
„werden wird, auf welchen jeder von ritter-
„bürtiger Herkunft aus allen Gegenden
„Deutschlands, und in drey Balleyen auch
„protestantische Glaubensgenossen Anspruch
„machen, zugleich damit jede Militair- und
„Civil-Bedienung vereinbaren, und so dem
„Staate desto nützlicher und brauchbarer
„seyn könnte.“ Die Ausmittelung einer billi-
gen Entschädigung sah man für desto leichter
an, da die Besitzungen des Ordens (auf deren
Gesamtheit das Reichsfürstenthum gegründet
ist) in mehrern Reichskreisen zerstreut liegen,
und man ihm nicht nur einzelne, wo immer
in Deutschland gelegene reichsunmittelbare,
sondern auch mittelbare Gegenstände zuwen-
den könne. Hierauf wurden dem Deutschen
Orden im zweyten Plane die oben bemerkten
Stifter und Klöster angewiesen. Allein durch
eine ausdrückliche Erklärung des erhabenen
Ordenshauptes (in der XXIsten Sitzung)
nahm der Deutsche Orden nur diejenigen
Bestandtheile der ihm angewiesenen Entschä-

digung an, welche in solchen Landen gelegen sind, die selbst in die allgemeine Entschädigungsmasse gezogen worden, und schlug hingegen, den Grundsätzen der Deputation gemäß, diejenigen aus, welche in alten Erblanden gelegen sind; durch welche edle Großmuth er seine Entschädigung ungemein verkürzt hat.

So bedenklich war das Deutsche Groß-Priorat des Johanniter-Ordens, dessen Verlust unbekannt ist, nicht. Es nahm nicht nur die reichs- und kreisständische Grafschaft Bondorf in Schwaben, welche auf $3\frac{1}{2}$ Qu. Meilen in 8 Pfarreyen gegen 8000 Seelen hat, und der fürstlichen Abtey St. Blasi gehörte, sondern auch eben diese und die 4 andern genannten Abteyen, nebst allen übrigen Stiftern, Abteyen und Klöstern des Breisgaues an, ohngeachtet sie alle ohne Ausnahme der Hoheit eines alten Erblandes unterworfen waren, das man nicht als ein zur Entschädigungsmasse gezogenes, sondern als ein durch einen besondern Friedensartikel in seiner ganzen damaligen Integrität, mit allen seinen damaligen Hoheitsrechten, abgetrete-

nes Land ansehen muß. Der dem Groß-Priorate auferlegten Verbindlichkeit hat sich daselbe durch eine unter Französischer Garantie geschlossene Convention entledigt, vermöge deren es dem Bischofe von Lüttich 840,000 Fl. und dem von Basel 260,000 Fl. in Terminen bezahlt.

§. 27.

Das Kollegium der Reichsstädte besteht in Zukunft aus den freyen und unmittelbaren Städten: Augsburg, Lübeck, Nürnberg, Frankfurt, Bremen und Hamburg.

Sie genießten in dem ganzen Umfange ihrer respektiven Gebiete die volle Landeshoheit und alle Gerichtsbarkeit ohne Ausnahme und Vorbehalt; jedoch der Appellation an die höchsten Reichsgerichte unbeschadet. Sie genießten auch selbst in den Reichskriegen einer unbedingten Neutralität. Zu dem Ende sind sie auf immer von allen ordentlichen und außerordentlichen Kriegsbeiträgen befreit, und bey allen Fragen über Krieg

und Frieden von allem Antheil an den Reichsberathschlagungen vollkommen, und nothwendigerweise entbunden. Ueberdies erhalten sie als Entschädigung, Vergütung und Bewilligung, nemlich:

Die Stadt Augsburg: alle geistlichen Güter, Gebäude, Eigenthum und Einkünfte in ihrem Gebiete sowohl in- als ausserhalb der Ringmauern, nichts ausgenommen.

Die Stadt Lübeck für die Abtretung der von ihrem Hospital abhängenden Dörfer und Weiler im Mecklenburgischen: denjenigen ganzen Landesbezirk des Bisthums und Domkapitels zu Lübeck, mit allen und jeden Rechten, Gebäuden, Eigenthum und Einkünften, welcher zwischen der Trave, der Ostsee, dem Himmelsdorfersee, und einer Linie begriffen ist, die von da oberhalb Swartau in einer Entfernung von wenigstens 500 französischen Toisen von der Trave, dem Dänischen Holstein, und dem Hanöverischen, gezogen wird.

Ueber die von der Stadt Lübeck ab-

hängigen einzelnen Stücke, welche ausserhalb des eben bezeichneten Bezirks in den Landen des Herzogs von Holstein-Oldenburg eingeschlossen liegen, wird man sich gütlich vereinigen.

Die Stadt Frankfurt für die Abtretung ihres Anthells an den Dörfern Soden und Sulzbach: alle innerhalb ihres Umkreises gelegenen Stifter, Abteyen und Klöster, mit allen ihren innerhalb und ausserhalb des Stadtsbezirks befindlichen Zugehörungen, namentlich: Mokstadt und alle in gedachter Stadt und ihrem Gebiete begriffene geistliche Güter, Gebäude, Eigenthum und Einkünfte (das Kompostell ausgenommen); unter der Bedingung, eine beständige Rente von 28,000 Gulden dem Grafen von Salm Reiferscheid Dyk, eine von 3600 Gulden dem Grafen von Stadion-Wart-hausen, und von 2400 Gulden dem Grafen von Stadion-Tannhausen zu bezahlen.

Diese Renten, welche im Ganzen 34,000 Gulden ausmachen, werden in der Folge

auf den Ueberschuss des Ertrags von dem §. 39. erwähnten Schiff. Octroi übertragen, wenn sich nach Bezahlung jener Renten, welche in gegenwärtiger Urkunde auf diesen Ertrag unmittelbar angewiesen sind, ein hinreichender Ueberschuss ergibt.

Ueberdies wird der Frankfurter Handel von allen Geleitsrechten, die von irgend einem Reichsstande ausgeübt, oder angesprochen werden möchten, gänzlich befreit.

Das Gebiet von Bremen begreift den Flecken Veggesack sammt Zugehörungen, das Grolland, den Barkhoff, die Hemlinger Mühle, die Dörfer Hastede, Schwaghausen und Vahr mit Zugehörungen; und alles, was zwischen der Weser, den Flüssen Wümme, und Leesum, den bisherigen Gränzen, und einer von der Sebaldsbrücke über die Hemlinger Mühle, bis an das linke Ufer der Weser gehenden Linie liegt; nebst allen vom Herzogthum und Domkapitel Bre-

men, und überhaupt von dem Kurfürsten von Braunschweig-Lüneburg in gedachter Stadt, und in dem genannten Gebiete abhängigen Rechten, Gebäuden, Eigenthum und Einkünften.

Um den Bremer Handel und die Schifffahrt auf der Niederweser vor jeder Beschränkung zu schützen, wird der Elsflether Zoll für immer aufgehoben, so daß er unter keinerlei Vorwand und Benennung wieder hergestellt, noch die Schiffe, oder Fahrzeuge, so wie die Waaren, welche sie führen, weder beim Hinauf- noch Hinunterfahren auf gedachtem Flusse unter irgend einem Vorwande an- oder aufgehalten werden dürfen.

Die Stadt Hamburg erhält alle in ihrem Bezirk oder Gebiete gelegenen Rechte, Gebäude, Eigenthum und Einkünfte des Herzogthums, und des Domkapitels Bremen, und des Kurfürsten von Braunschweig-Lüneburg überhaupt.

Die nähere Bestimmung des Gebiets der Stadt Nürnberg wird auf weitere Vergleichshandlungen ausgesetzt.

Gedachte 6 Städte dürfen nur Reichsständen militärische Werbungen in ihren Ringmauern und Gebieten gestatten.

Die Kurfürsten und Fürsten, welchen Reichsstädte als Entschädigung zufallen, werden diese Städte in Bezug auf ihre Munizipalverfassung und Eigenthum auf den Fuß der in jedem der verschiedenen Lande am meisten privilegierten Städte behandeln, so weit es die Landesorganisation und die zum allgemeinen Besten nöthigen Verfügungen gestatten.

Insbesondere bleibt ihnen die freie Ausübung ihrer Religion, und der ruhige Besitz aller ihrer zu kirchlichen und milden Stiftungen gehörigen Güter und Einkünfte gesichert.

Dieser Paragraph ist überhaupt den Reichsstädten gewidmet, und enthält verschiedene Bestimmungen, die man von einander abgesondert betrachten muß, nämlich: die Bestandtheile des Collegii, die ihnen in corpore bewilligten Vorthelle, die einer jeden insonderheit zugestandenen Vorthelle,

und endlich die den unterdrückten Reichsstädten vorbehaltenen Vortheile, welche der erste Hauptschluss hinzusetzte.

Dem Collegio der Reichsstädte, welches schon der erste Plan von 47 auf 8 reducirt hatte, entzog der zweyte Plan noch 2 Städte, so daß dasselbe nur noch aus sechs Städten besteht. Es ist zu wünschen, daß die Eifersucht, welche wahrscheinlich allein sie diessmal noch erhalten hat, auch künftig über ihrer Unabhängigkeit wachen möge. Ueber den Rang unter denselben, den die Ordnung, in welcher sie hier stehen, nicht festsetzen sollte, entstand sogleich Streit. Durch eine Acte vom 4. May 1803 kam man überein, daß das Directorium alle 2 Jahre (vom 28. April 1803 an) abwechseln, die Abwechselung und der Aufruf in der Ordnung, in welcher sie in unserm Paragraphen stehen, geschehen, Hamburg den Anfang machen, die Bankal-Ordnung aber aufhören solle. Ihre gemeinschaftlichen Vortheile sind folgende: Alle fremde Hoheit und Gerichtsbarkeit in ihnen und in ihren Gebieten soll aufgehoben seyn. Sie sollen

einer unbedingten Neutralität genießen, selbst in den Reichskriegen. Dieser Punct, von dem man voraussetzen muß, daß er sich, wie bey andern neutralen Staaten, auch auf den Handel dieser Städte zu Wasser und zu Lande beziehe, der ihn veranlaßt zu haben scheint, würde nicht bloß für diese Städte, sondern offenbar für ganz Deutschland von unschätzbarem Werthe seyn, wenn man nur versichert wäre, daß er gehalten würde. Bis jetzt kann man ihn bloß für Frankreich und Rußland, die ihn selbst zu einem Artikel des Entschädigungswerkes, folglich des Friedens, gemacht haben, als verbindlich ansehen, und man wird beym nächsten Seekriege erfahren, wie genau man sich daran binden wird. Der erste Plan ließ auf die Mittel denken, daß die Neutralität auch von den andern kriegführenden Mächten anerkannt werde; der zweyte Plan berührt diesen wichtigen Umstand nicht, man behauptet aber, daß die Städte selbst deshalb mit den vornehmsten seefahrenden Staaten in Unterhandlungen stehen, denen ein entsprechender Schluß, so wie diesem eine feste

Dauer zu wünschen ist. Natürlich mußten sie dabey von allen Beyträgen zum Kriege an Volk und Geld, oder wie sie sonst Namen haben, befreyet werden, und diess ist bey den unverhältnißmäßig hohen Ansätzen der Städte sowohl in Ansehung der Römermonate als der Contingente, die sie bey jedem Reichskriege in neue Schulden stürzten, ehe noch die alten bezahlt waren, und auf manche eine ungeheure Schuldenlast häufte, etwas sehr wichtiges. Allein die andere Folge ihrer Neutralität, daß sie von allem Antheil an den Berathschlagungen des Reichs über Krieg und Frieden vollkommen entbunden sind, könnte mancher Engherzige als den ersten Schritt zur gänzlichen Entfernung der Städte von allen Reichsberathschlagungen und zur Auflösung des dritten Collegiums der Reichsversammlung ansehen. Die einer jeden insonderheit zugewandten Vortheile hat erst der zweyte Plan mehrentheils bestimmt; es sind folgende.

Die Stadt Augsburg, welche gar nichts verlohren hat, erhält die Gebäude und Einkünfte des Bisthums, sowohl des Fürsten

als des Capitels innerhalb der Stadt und ihrem Gebiete, worunter besonders die öffentliche Waage, die seit Jahrhunderten dem Bisthume gehörte, beträchtlich ist; doch muß sie dem jetzigen Fürsten den bischöflichen Hof auf Lebenszeit lassen. Ferner die Reichsprälatur zu St. Ulrich und Afra innerhalb des Stadtgebiets, die Mediat-Prälaturen zum heil. Kreuz und zu St. Georg; die 4 Manns-Klöster der Dominicaner, Carmeliter, Franziscaner und Capuciner; das adeliche Damenstift zu St. Stephan; die 3 Nonnenklöster St. Catharina, St. Ursula, und Maria Stern; nebst den kleinen Stiftern zu St. Peter und Gertraud. Allein das Beste von allen diesen Stiftern fällt an Bayern, da sie ihre meisten Hebungen von Gütern und Zinsen in den alten und neuen Bayrischen Landen hatten, und die Stadt erhält nichts, als die Gebäude und Renten derselben im Umfange ihres sehr kleinen Gebiets.

Die Stadt Lübeck hat an Mecklenburg 7 Dörfer abtreten müssen, über die sie, wenigstens zum Theil, nicht einmal die Hoheit hatte, und erhält dafür nicht nur alle Ge-

bäude, Rechte und Einkünfte des Bisthums Lübeck in der Stadt und ihrem Gebiete, sondern auch noch den sogenannten Travemünder Winkel, von welchem sie auſſer den Wällen von Travemünde unmittelbar — nichts beſaß, ihre Kirchen und Stiftungen aber 6 Dörfer hatten. Dadurch kommen an die Stadt 2 oder 3 biſchöfliche und 8 domcapitlische Dörfer. Vom Himmelsdorfer See ſoll eine Linie oberhalb Swartau (also über die Swartau) 3000 P. Fuß von der Trave, dem Dänischen Holstein und dem Hannöverischen (Lauenburg) gezogen werden. Mir iſt dieß undeutlich, und ich wage es um ſo weniger, nach dieſer Beſtimmung eine Gränzlinie zu ziehen, da nicht angegeben wird, wo ſie aufhören ſoll. Man muß den nun bald zu hoffenden Vertrag zwischen dem Fürſten und der Stadt erwarten, der auch das Nöthige über den einer gütlichen Vereinigung vorbehaltenen Gegenſtand enthalten wird.

Frankfurt verlor ſeinen Antheil an den Reichsdörfern Sulzbach und Soden, und erhielt dafür: das ſehr reiche Kaiſerliche

Wahl- und Krönungstift St. Bartholomäus; das Collegiatstift St. Leonhard; das Collegiatstift zu Unsrer Lieben Frau; die Congregation der Weltgeistlichen des heil. Bischofs Friederich; das Nonnenkloster Rosenberg, und ein Institut der Englischen Fräulein, beydes Erziehungsanstalten für Mädchen; und noch ein Mannskloster; wie auch verschiedene Höfe, welche auswärtige geistliche Erz und andere Stifter und Klöster in der Stadt besessen hatten, mit allen ihren auch aufserhalb ihres Gebiets befindlichen Zubehörungen. Zu Obermockstadt in der Grafschaft Ober - Ysenburg war einst ein Collegiatstift, welches mit dem Stifte St. Bartholomäi vereinigt worden ist, das daher noch in Ober- und Nieder-Mockstadt Höfe, Güter und Renten besafs; aber diese Gefälle wurden bisher von Büdingen gegen eine jährliche Abgabe erhoben. Die ganze Anweisung war anfangs mit 55000 Fl. Renten beschwert; aber schon der erste Hauptschluss nahm die Darmstädtische Rente von 21000 Fl. ab, so dafs nur 34000 Fl. übrig sind, welche in der Folge vielleicht auch noch wegfallen können.

Für die Reichsstadt Bremen ist mit einer ganz vorzüglichen Milde gesorgt worden. Nicht nur ist ihr Gebiet merklich erweitert, sondern auch ihr Handel ist von einer drückenden Last befreyet worden, ohne daß sie selbst das mindeste verlohren hätte. Der Flecken Fegesack gehört schon der Stadt Bremen, aber unter der Hoheit des Herzogs. In dieser Hinsicht stand Fegesack unter dem Amte Blumenthal, welches nebst dem Gerichte Neukirchen ehemals ganz, jedoch ebenfalls unter des Herzogthums Landeshoheit, der Stadt gehörte, aber 1741 zur Beylegung alter Streitigkeiten bis auf Fegesack an das Herzogthum abgetreten wurde. Es ist also hier mit dem Flecken Fegesack die völlige Landeshoheit gemeynt; was aber unter den Zugehörungen verstanden werde, wage ich nicht anzugeben, doch wohl nur die Markung. Das Grolland ist ein mit einzelnen Höfen besetzter Strich Marschlandes zwischen Bremen und Delmenhorst, bisher zum Herzogthum Oldenburg gehörig. Die 3 genannten Dörfer liegen nahe bey Bremen, und gehörten zum Herzogthum

dieses Namens. Ohne eine Specialcharte von der Gegend läßt sich die neue Gränze, welche der erste Hauptschluß genauer als der zweyte Plan bestimmt, weder deutlich machen, noch beurtheilen. Die Rechte des Herzogthums in der Stadt erstreckten sich insonderheit auf die Criminaljustiz. Zu demselben gehörten die Domkirche, die einzige Lutherische Kirche in der Stadt, ein Gymnasium, der ehemalige Bischoffshof und einige hundert Häuser. Ueber diese Abtretungen muß aber die Stadt einen besondern Vertrag mit Hannover schließen.

So wichtig auch diese Vortheile für die Stadt sind: so ist ihr doch die Aufhebung des Elsflether Zolles, der ihr von je her ein Dorn im Auge war, noch unendlich wichtiger. Das Bremer commercium erspart dadurch nicht nur eine jährliche Abgabe von beynahe 100,000 Thalern im Durchschnitt, sondern bleibt nun auch mit allem Anhalten und Zeitverlust gänzlich verschont, welches vielleicht eben so viel, und in manchen Fällen noch weit mehr werth seyn mag. Dafs aber der Zoll vermöge eines neuen Vertrags

zwischen Oldenburg und den vermittelnden Mächten doch noch 10 Jahre lang fort dauert, ist schon oben bey §. 8. gesagt worden; doch bleibt der Stadt in demselben vorbehalten, sich über eine frühere Aufhebung des Zolles mit Oldenburg zu vergleichen.

Weit geringer sind die Vortheile, welche die Stadt Hamburg erhält, die indessen auch nichts verlohren hat. Die Rechte des Herzogthums und Domcapitels Bremen bestanden in einer durch Verträge beschränkten und der Regierung des Herzogthums untergeordneten Gerichtsbarkeit über die zum Capitel gehörigen, von demselben abhängenden und in seinen Häusern wohnenden Personen. Der Dom, die Curien und eine Anzahl Häuser machten das Eigenthum des Capitels in der Stadt aus, und da es weder in dem Gebiete der Stadt noch aufserhalb desselben beträchtliche Güter hatte: so waren die Einkünfte desselben nur mäßig. Der König von Dänemark hatte als Herzog von Holstein einen bestimmten Antheil an dem Capitel, und wollte weder denselben ohne Vergütung aufgeben, noch die Gefälle

an Geld und Naturalien, welche das Capitel aus Holsteinischen Dörfern zog, in die Hände eines andern Reichsstandes kommen lassen. Die Stadt mußte also einen Vergleich schliessen, durch welchen sie, wie man sagt, die Dörfer Spitzendorf und Poppenbüttel, welche dem Domcapitel unter Holsteinischer Hoheit gehörten, und ihren Antheil an 2 andern, nebst allen Domcapitulischen Einkünften aus Holstein an den König abgetreten, und dagegen das Dörfchen Alsterdorf an der Alster, und dadurch beyde Ufer der schiffbaren Alster, erhalten hat.

Nürnberg allein schien leer auszugehen. Es fanden sich in seinen Mauern und in seinem Gebiete keine dergleichen, weder evangelische noch katholische, geistliche Institute, die zu einer sogenannten Säcularisation geeignet waren. Doch blieb ihm noch einige Hoffnung auf die fernern Vergleichsunterhandlungen übrig, welche auch nicht ganz getäuscht worden ist. Im May ist ein Vergleich zwischen Preussen und Nürnberg zu Stande gekommen, vermöge dessen Nürnberg das mit im Ansbachischen liegende Amt

Lichtenau abtritt, und dafür einen bestimmten Bezirk um die Stadt zurück erhält.

Ueber die den 41 unterdrückten Reichsstädten vorzubehaltenden Vortheile ist, in den Verhandlungen der Deputation öfter die Rede gewesen, besonders bey Gelegenheit einer Vorstellung, durch welche sie der Deputation ihre Wünsche ausführlich vorlegten. Verschiedene Deputirte waren der Meynung, dafs nur die Landeshoheit auf die neuen Besitzer übergehe, und alles übrige den Städten gelassen werden müsse; allein die Majorität bewilligte ihnen nichts weiter, als was der Zusatz zu unserm Paragraphen, den der erste Hauptschluß zuerst hat, enthält. Es wird zu ihrer Beruhigung hinlänglich seyn, wenn nicht die neuen Regenten die angehängte Clausel zu weit ausdehnen.

Es sey mir erlaubt, mich bey dieser Gelegenheit gegen einen Recensenten meiner Erläuterungen des ersten Plans, wo ich meinen Schmerz darüber äufserte, dafs man die treuesten, in der Erfüllung ihrer Pflichten gegen Kaiser und Reich eifrigsten Reichsstände ihrer Unmittelbarkeit und Reichsstand-

schaft, und mit derselben vieler andern Freyheiten und Vorzüge, entsetzen mußte, zu vertheidigen. Er sagt, „meine Schrift sey parteylos abgefaßt, sobald es nicht auf Reichsstädte und geistliche Stiftungen ankomme;“ da nun fast allenthalben nur von geistlichen Stiftern und Reichsstädten die Rede ist: so heisst das ohngefähr so viel als — nirgends. Was die Reichsstädte betrifft: so wird ihr Schicksal mit der kläglichen Verfassung mancher entschuldigt. Ich habe ja selbst gesagt, daß ich weit entfernt sey, ihre Verfassung, und noch weniger ihre Verwaltung durchgehends zu vertheidigen. Wenn die einzige Rettung vieler derselben vom äußersten Verfalle bloß durch Vereinigung mit einem mächtigen (warum mächtigen? Brauchten sie einen andern Schutz als von Kaiser und Reich? ja wohl!) Lande und durch Unterwerfung unter eine aufgeklärte (ja so!) Regierung bewirkt werden konnte: so muß man sich wundern, daß Rath und Bürgerschaft in denselben nicht längst übereinkamen, sich ihrer Unmittelbarkeit zu entschlagen, oder daß man nicht

wenigstens der Form wegen die Reichsstädte um ihre Einwilligung befragt hat. Pütter sagt: „Die blofse Erklärung (Declaration) „des Kaisers (aus seinen Beamten Regenten „zu machen) war dazu nicht hinlänglich. „Klöster, Ritterschaft und Städte hätten mit „Recht behaupten können, dafs auch ihre „Einwilligung dazu nöthig wäre, so wie „kein freyes Volk schuldig ist, eine andere „Regierungsform, als in die es gewilliget „hat, sich gefallen zu lassen.“ Wenn aber auch unter 10 ein Ilsny oder Buchau war, das nichts dabey zu verlieren hatte; wie kann man daraus einen Grund für die 9 übrigen herleiten, die, wie ihre Reclamation beweiset, sehr viel verlieren. Denn dafs die wenigsten dabey gewinnen werden, ist offenbar. *) Die Reichsstädte nahmen ihren

*) Ein Reisender schreibt von Aalen: „Auch „hier besorgen die Patrioten eine baldige „Umwälzung der bisherigen Ordnung der „Dinge, als Resultat der unglücklichen Zeiten unsrer Zeit. Es erregt in ihnen ein „sehr schmerzhaftes Gefühl, nun, nachdem „sie um ihrer Verbindung mit dem D. Reiche

Bürgern und Unterthanen nicht mehr ab, als die Administration erforderte; diese bleibt aber, wenn gleich simplificirt und modificirt, und der Landesherr verlangt auch noch Einkünfte von der Stadt, die nur von vermehrten Auflagen herkommen können. Woher

„wollen so viel aufgeopfert haben, auch noch
 „ihre Unabhängigkeit zu verlieren. Dieser
 „Verlust ist sehr empfindlich für eine Re-
 „publik, die sich bisher eines so hohen
 „Wohlstandes erfreut, und bey ihrer Kleinheit
 „und Unbedeutenheit eine so glückliche Ruhe
 „genossen hatte.“ Hingegen von Gmünd:
 „Bey dem traurigen Zustande des öffentlichen
 „und Privat-Wohls kann eine politische Ver-
 „änderung für Gmünd nicht anders als er-
 „wünscht seyn. Wenigstens würde ihr Em-
 „porsteigen aus dem Abgrunde weit langsamer
 „von statten gehen, wenn sie es bloß aus
 „eigener Kraft, und beschwert mit den Feh-
 „lern ihrer jetzigen Regierung vollbringen
 „sollte.“ (National-Zeitung der Deutschen
 23stes St. 1801.) Also ist ein großer Unter-
 schied zu machen; man hat aber Aalen so
 gut, wie Gmünd, eingezogen.

machen. Der erste Plan machte aus allen nicht ausdrücklich in demselben angewiesenen sowohl mittelbaren als unmittelbaren Capiteln, Abteyen und Klöstern einen Complementen - Dotations - und Sustentations-Fond, und auch noch der zweyte Plan und der erste Deputations - Hauptschluss wiesen diese Entschädigungen in immerwährenden Renten auf bestimmte Mediat - Stifter an, die aber nirgends genannt wurden. In der Deputation ist nie davon die Rede gewesen, noch eine Reclamation dagegen eingekommen, wenn man nicht den von der Deputation behaupteten Grundsatz, daß mittelbare Stifter in alten Erblanden nicht zur Entschädigungsmasse angewendet werden könnten, hieher ziehen will. Allein theils kehrten sich die Vermittler an diesen Grundsatz nicht, außer in der ersten Reclamation dagegen; theils waren ja selbst in den säcularisirten Landen noch Stifter genug vorhanden, um daraus einen schönen Fond zu formiren. Da man aber auf der einen Seite für gut fand, diese zuletzt erwähnten Stifter fast durchaus den neuen Besitzern zu überlassen, und auf

der andern Seite die Anweisung auf Stifter in alten Erblanden, zumal in protestantischen, die man auch nicht zu verschonen gedachte, sehr ernstlichen Widerstand finden mochte: so verschwand dieser sehr solide Fond auf einmal, und an dessen Stelle trat eine sehr zweifelhafte, und leider! sogar zweifelhaft ausgedrückte Hoffnung, die sich einzig und allein auf eine Schifffahrt und einen Verkehr auf dem Rheine zu gründen scheint, wie sie sich kaum jemals erwarten läßt, so lange die Franzosen Meister des Strohmes sind. Dafs hier übrigens von keiner Kleinigkeit die Rede ist, haben wir oben beym 24sten §. gesehen.

§. 29.

Die Helvetische Republik erhält zur Vergütung ihrer Rechte und Ansprüche auf die von ihren geistlichen Stiftungen abhängigen Besitzungen in Schwaben, über welche durch die vorhergehenden Artikel disponirt worden ist: das Bisthum Chur, hat aber für den Unterhalt des Fürstbischofs, des Capitels,

und ihre Diener zu sorgen; sodann die Herrschaft Trasp. Auch stehet es ihr frey, mittelst immerwährender dem reinen Ertrage gleichkommender, jedoch nach dem durch die Helvetischen Gesetze bestimmten Fuss einlösbarer Renten, oder durch jede andere mit den Interessenten zu treffende Uebereinkunft, alle und jede Rechte, Zehnden und Domainen, Güter und Einkünfte an sich zu lösen, welche sowohl dem Kaiser, den Fürsten und Ständen des Reichs, als den säcularisirten geistlichen Stiftungen, fremden Herrschaften, und Privatpersonen im ganzen Umfange des Helvetischen Gebiets zustehen.

Jene Säcularisationen, welche besagte Republik innerhalb ihrer Gränzen vornehmen dürfte, gehen ohne Verlust und Nachtheil der im Deutschen Reiche gelegenen Zugehörden ihrer geistlichen Stiftungen vor sich, ausschliesslich dessen, worüber anders verfügt worden ist; und ein gleiches wird für die, Deutschen geistlichen Stiftungen zuste-

henden Zugehörden in Helvetien festgesetzt. Alle und jede Gerichtsbarkeit eines Fürsten, Standes oder Mitgliedes des Deutschen Reichs in dem Bezirke des Helvetischen Territoriums hört künftig auf, gleichwie alle Lehenherrlichkeit und alle blofse Ehrenberechtigung. Das nämliche hat in Ansehung der Schweizerischen im Umfange des Deutschen Reichs liegenden Besitzungen statt.

Man wird sich einiger unmittelbaren Besitzungen in Schwaben erinnern, welche theils der fürstlichen Abtey Mury, theils dem Stifte Einsiedeln gehörten, und denen der Plan eine andere Bestimmung gab. Die Eydgenossenschaft oder die Helvetische Republik hatte nichts damit zu thun. Dem ohngeachtet erhält sie eine Entschädigung dafür, weil man voraussetzt, dafs sie die Stifter aufheben, und deren Einkünfte einziehen werde. Nun wird aber ferner verordnet, dafs diejenigen Güter, welche säcularisirte Helvetische Stifter in Deutschland besitzen, und über welche der Plan nicht

disponirt, der Republik; dagegen die Güter, welche Deutsche Stifter in Helvetien haben, den neuen Besitzern derselben anheim fallen sollen. Dieß ist besonders für Baden wichtig, wegen des Hochstifts Constanz, dessen Besitzungen größtentheils in Helvetien lagen. Die Aufhebung aller Gerichtsbarkeit und Lehnrechte der Deutschen in Helvetien und der Helvetier in Deutschland soll dienen, beyde Nationen desto weiter von einander zu entfernen.

§. 30.

Alle in den vorhergehenden Artikeln festgesetzten beständigen Renten können jederzeit gegen ein Capital zu $2\frac{1}{2}$ Proct. abgelöst werden; jeder andern zwischen den interessirten Theilen freywillig beliebten Uebereinkunft unbeschadet.

Der Termin, auf welchen die gedachten Renten fällig sind, ist auf den 1sten December jedes Jahres festgesetzt.

Die Zahlung geschieht im vier und zwanzig Gulden Fuß, in laufenden harten Silbersorten.

Bedarf keiner Erläuterung.

§. 31.

*Die Churwürde wird dem Erzherzoge
Großherzoge ertheilt; desgleichen dem
Markgrafen von Baden, dem Herzoge
von Wirtemberg, und dem Landgrafen
von Hessen-Cassel, welche in Ansehung
des Ranges unter sich, nach den im
Fürstenrathe bestehenden Strophen, al-
terniren werden, und zu ihrer Einfüh-
rung die herkömmlichen Förmlichkeiten
zu beobachten haben. Nach gänzlicher
Erlöschung des Hauses Hessen-Cassel
in allen seinen Linien wird die Chur-
würde auf Hessen-Darmstadt über-
gehen.*

Die beyden ersten Plane und der erste
Hauptschluss wissen nur von 3 neuen Chur-
fürsten: Baden, Wirtemberg und Hes-
sen-cassel. Die Ordnung, in welcher sie
standen, konnte und sollte nicht ihre Rang-
ordnung bestimmen; daher entstand ein
Rangstreit unter ihnen, der gerade so, wie
ich in m. Erl. des 1 Plans vermuthete, bey-
gelegt worden ist. Sie sollen auch im Chur-
Collegio alterniren, wie sie bisher im Für-

- | | |
|--|--|
| <p>den: für Bruchsal an-
statt Speier, eine, und
für Ettenheim anstatt
Straßburg, eine.</p> <p>Der Herzog von Wirtem-
berg: für Teck eine,
für Zwiefalten eine,
und für Tübingen eine.</p> <p>Der König von Dänne-
mark, als Herzog von
Holstein: für Plön
eine.</p> <p>Der Landgraf von Hes-
sen - Darmstadt: für
das Herzogthum West-
phalen eine, und für
Starkenburg eine.</p> <p>Der Landgraf von Hes-
sen-Cassel: für Fritz-
lar eine, und für Hanau
eine.</p> <p>Der Herzog von Modena:
für das Breisgau eine,
und für die Ortenau
eine.</p> <p>Der Herzog von Mecklen-
burg - Strelitz: für
Stargard eine.</p> | <p>Der Herzog von Arenberg
seine auf diesseitige
Lande versetzte Viril-
Stimme.</p> <p>Der Fürst von Salm-Salm
eine eigene Stimme,
die vorher mit Salm-
Kirburg gemeinschaft-
lich war.</p> <p>Der Fürst von Nassau-
Usingen eine.</p> <p>Der Fürst von Nassau-
Weilburg eine.</p> <p>Der Fürst von Hohen-
zollern - Sigmaringen
eine.</p> <p>Der Fürst von Salm - Kir-
burg eine.</p> <p>Der Fürst von Fürsten-
berg: für Baar und
Stühlingen eine.</p> <p>Der Fürst von Schwar-
zenberg: für Klettgau
eine.</p> <p>Der Fürst von Thurn und
Taxis: für Buchau
eine.</p> |
|--|--|

Der Fürst von Waldeck eine.	Der Fürst von Hohenlohe Waldenburg - Barten- stein eine.
Der Fürst von Löwen- stein-Wertheim eine.	Der Fürst von Isenburg Bierstein eine.
Der Fürst von Oettingen- Spielberg eine.	Der Fürst von Kaunitz: für Rittberg eine.
Der Fürst von Oettingen- Wallerstein eine.	Der Fürst von Reufs- Plauen-Graiz eine.
Der Fürst von Solms- Braunfels eine.	Der Fürst von Leiningen eine.
Die Fürsten von Hohen- lohe-Neuenstein eine.	Der Fürst von Ligne für Edelstetten eine.
Der Fürst von Hohenlohe Waldenburg - Schil- lingsfürst eine.	Der Herzog von Loos: für Volbeck eine.

*Die Aufrufordnung sowohl der alten
als der neuen Stimmen im Reichsfürsten-
rathe, wird künftig nach der 10ten
Strophe folgende seyn:*

- | | |
|------------------|--------------------------|
| 1. Oestreich. | 10. Neuburg. |
| 2. Oberbayern. | 11. Bamberg. |
| 3. Steyermark. | 12. Bremen. |
| 4. Magdeburg. | 13. Markgraf von Meissen |
| 5. Salzburg | 14. Berg. |
| 6. Niederbayern. | 15. Würzburg. |
| 7. Regensburg. | 16. Kärnthen. |
| 8. Sulzbach. | 17. Eichstädt. |
| 9. Deutschorden. | 18. Sachsen-Coburg. |

- | | |
|----------------------------------|----------------------------|
| 19. Bruchsal. | 44. Baden - Durlach. |
| 20. Sachsen - Gotha. | 45. Osnabrück. |
| 21. Ettenheim. | 46. Verden. |
| 22. Sachsen-Altenburg. | 47. Münster. |
| 23. Constanz. | 48. Baden - Hochberg. |
| 24. Sachsen-Weimar. | 49. Lübeck. |
| 25. Augsburg. | 50. Württemberg. |
| 26. Sachsen Eisenach. | 51. Hanau. |
| 27. Hildesheim. | 52. Holstein-Glückstadt. |
| 28. Brandenburg - Anspach. | 53. Fuld. |
| 29. Paderborn. | 54. Holstein-Oldenburg. |
| 30. Brandenburg - Bayreuth. | 55. Kempten. |
| 31. Freysingen. | 56. Mecklenburg Schwerin. |
| 32. Braunschweig - Wolfenbüttel. | 57. Ellwangen. |
| 33. Thüringen. | 58. Mecklenburg - Güstrow. |
| 34. Br. Zell. | 59. Maltheserorden. |
| 35. Passau. | 60. Hessen-Darmstadt. |
| 36. Br. Kalenberg. | 61. Berchtolsgraden. |
| 37. Trient. | 62. Hessen - Cassel. |
| 38. Br. Grubenhagen. | 63. Westphalen. |
| 39. Brixen. | 64. Vorpommern. |
| 40. Halberstadt. | 65. Holstein - Plön. |
| 41. Krain. | 66. Hinterpommern. |
| 42. Baden - Baden. | 67. Breisgau. |
| 43. Württemberg-Teck. | 68. Sachsen - Lauenburg. |
| | 69. Corvey. |

- | | |
|--------------------------|--------------------------|
| 70. Minden. | 97. Mindelheim. |
| 71. Burggraf von Meissen | 98. Lichtenstein. |
| 72. Leuchtenberg. | 99. Thurn und Taxis. |
| 73. Anhalt. | 100. Schwarzburg. |
| 74. Henneberg. | 101. Ortenau. |
| 75. Schwerin. | 102. Aschaffenburg. |
| 76. Kamin. | 103. Eichsfeld. |
| 77. Ratzeburg. | 104. Br. Blankenburg. |
| 78. Hirschfeld. | 105. Stargard. |
| 79. Tyrol. | 106. Erfurt. |
| 80. Tübingen. | 107. Nassau-Usingen. |
| 81. Querfurt. | 108. Nassau-Weilburg. |
| 82. Aremberg. | 109. Hohenzollern - Sig- |
| 83. Hohenzollern - He- | maringen. |
| chingen. | 110. Salm - Kirburg. |
| 84. Frizlar. | 111. Fürstenberg - Baar. |
| 85. Lobkowiz. | 112. Schwarzenberg- |
| 86. Salm - Salm. | Klettgau. |
| 87. Dietrichstein. | 113. Taxis - Buchau. |
| 88. Nassau-Hadamar. | 114. Waldeck. |
| 89. Zwielfalten. | 115. Löwenstein-Werth- |
| 90. Nassau-Dillenburg. | heim. |
| 91. Auersberg. | 116. Oettingen - Spiel- |
| 92. Starkenburg. | berg. |
| 93. Ostfriesland. | 117. Oettingen - Waller- |
| 94. Fürstenberg. | stein. |
| 95. Schwarzenberg. | 118. Solms-Braunfels. |
| 96. Göttingen. | |

- | | |
|--|--------------------------|
| 119. Hohenlohe-Neuenstein. | 124. Reufs-Plauen-Graiz. |
| 120. Hohenlohe-Wal-
denburg-Schillings-
fürst. | 125. Leiningen. |
| 121. Hohenlohe-Wal-
denburg-Bartenstein | 126. Ligne. |
| 122. Isenburg-Bierstein. | 127. Loos. |
| 123. Kaunitz-Rittberg. | 128. Schwäb. Grafen. |
| | 129. Wetter. Grafen. |
| | 130. Fränk. Grafen. |
| | 131. Westph. Grafen. |

1) *Das Directorium im Reichsfürstenrathe bleibt, wie es vorher war.*

2) *Die Alternirungen, welche bisher statt hatten, werden auch künftig beobachtet, und die verschiedenen Häuser sowohl, als die Aeste des nämlichen Hauses haben sich über neue Alternirungen zu vergleichen.*

3) *Durch den Aufruf der Stimmen wird dem höhern oder gleichen Range der Fürsten unter sich gar nicht präjudicirt, und die Rechte eines jeden bleiben vorbehalten.*

4) *Die Stimmen der säcularisirten Fürstenthümer bleiben an ihrer alten Stelle, so dass die zwey Bänke (latera)*

können beybehalten werden, wenn es das fürstliche Collegium rathsam findet.

5) *Die Fürsten, welche Stimmen, die auf den ehemals geistlichen zur Entschädigung erhaltenen Landen hatten, auszuüben haben, erlangen dadurch kein Recht zu einem höhern Range, als sie vorher hatten.*

6) *Die Fürsten, welche für ihre verlohrnen Stimmen neue erhalten, behalten den Rang ihrer vorigen Stimmen.*

7) *In Gemäfsheit der hier zum Grunde gelegten 10ten Strophe werden nun auch die 9 übrigen Strophen eingerichtet.*

Der erste Plan sorgte blofs für die Fürsten von Usingen, Weilburg, Salm - Salm und Salm - Kyrburg, Leiningen und Aremberg. Der zweyte setzte noch hinzu: den König von Preussen (besser Brandenburg,) Hessen-Cassel und Darmstadt, ingleichen Solms-Braunfels. Aber schon der erste Hauptschluss enthielt den Vorbehalt eines Nachtrags von Stimmen für die Churfürsten und Fürsten, welche sich hierzu eignen. Dieser Nachtrag

ist sehr zahlreich ausgefallen, denn der neuen Stimmen sind überhaupt 53, und der ganze Fürstenrath, der bisher nur 99 stimmführende Mitglieder zählte, besteht nun, mit Einschluss der 4 Grafen-Curien, aus 131 Stimmen. Von diesen gehören 65, also grade die Hälfte den 10 Churfürsten. Das churfürstliche Collegium hat dadurch ein entscheidendes Uebergewicht in den Berathschlagungen des Reichs erhalten. Die ehemaligen Prälaten-Curien sind völlig eingegangen, und die auf diesen Stiftern ruhenden Curiatstimmen können von den neuen Besitzern nicht geführt werden. Die Strophen beziehen sich auf die alternirenden Häuser, welche in einer zehn verschiedenen genau bestimmten Ordnung, welche man Strophen nennt, abwechseln. Doch diesen ganzen Paragraphen hat Kaiserl. Majestät nicht ratificirt, sondern sich und dem Reiche vorbehalten, den Fürstenrath nach einem dem Religionsverhältnisse angemessenern Plane einzurichten, folglich ist dieser §. von keiner Kraft.

§. 33.

Das unbedingte Privilegium de non appellando kömmt allen Churfürsten für alle ihre Besitzungen, desgleichen dem Landgrafen von Hessen-Darmstadt für seine alten und neuen zu statten, und es wird dem Gesammthause Nassau für seine alten und neuen Besitzungen verwilliget werden.

Die Befreyung der Churlande von den Reichsgerichten ist uralt, und ward schon in der Goldenen Bulle festgesetzt. Durch die Entschädigungen der alten Churfürsten, und durch die vier neuen, ingleichen durch die Privilegien des ganzen Nassauischen Hauses und des Hauses Darmstadt, wird den Reichsgerichten wieder ein sehr beträchtlicher Theil Deutschlands entzogen. Dem Geiste der Deutschen Constitution sind jedoch alle diese Privilegia de non appellando nicht angemessen.

§. 34.

Alle Güter der Domcapitel und ihrer Dignitarien werden den Domänen der

Bischöfe einverleibt, und gehen mit den Bisthümern auf die Fürsten über, denen diese angewiesen sind. In den zwischen mehrere vertheilten Bisthümern werden die, in den einzelnen Theilen befindlichen Güter dieser Art mit denselben vereinigt.

§. 35.

Alle Güter der fundirten Stifter, Abteyen und Klöster, in den alten sowohl, als in den neuen Besitzungen, katholischer sowohl, als A. C. verwandten, mittelbarer sowohl, als unmittelbarer, deren Verwendung in den vorhergehenden Anordnungen nicht förmlich festgesetzt worden ist, werden der freyen und vollen Disposition der respectiven Landesherrn, sowohl zum Behuf des Aufwandes für Gottesdienst, Unterrichts- und andere gemeinnützige Anstalten, als zur Erleichterung ihrer Finanzen überlassen, unter dem bestimmten Vorbehalte der festen und bleibenden Ausstattung der Domkirchen, welche werden

beybehalten werden, und der Pensionen für die aufgehobene Geistlichkeit, nach den unten theils wirklich bemerkten, theils noch unverzüglich zu treffenden näheren Bestimmungen.

Dies ist einer der unerklärbarsten Punkte im ganzen Entschädigungs-Plane. Nach den ausdrücklichen Stipulationen sollten die Entschädigungen durch Säkularisationen bewirkt werden. Diese lassen sich nicht anders denken, als von katholischen geistlichen Stiftungen. Die Protestanten haben dergleichen nicht. Was bey ihnen Stift, Abtey oder Kloster heisst, hat bloß den Namen einer geistlichen Anstalt und höchstens zuweilen einen äußerlichen geistlichen Anstrich von den katholischen Zeiten (vor der Reformation) her beybehalten. Dem Innern, dem Wesen nach sind es bloße Versorgungs- oder Unterrichts - Anstalten. Der König von Preussen giebt die Pfründen seiner Dom- und andern Stifter verdienten Militair- und Civil-Personen, und sie bleiben dabey eben so weltlich wie vorher. Die Aebte von Murbach und Kloster Berge sind Schulvorsteher,

nichts weiter. Der Abt zu Amelunxborn ist zwar ein Geistlicher, aber nicht als Abt, sondern als Generalsuperintendent, und sein Prior ist der Schulrector. So geht es durchaus. Die Kloster-Fräulein in Mecklenburg, Holstein u. s. w. denken nicht daran, Nonnen zu seyn. Es ist ihnen gar nicht um Singen und Beten, sondern einzig um die Hebung zu thun, und von einem Gelübde der Keuschheit wissen sie nichts. Wo ist denn nun das Geistliche, das Säcularisirbare? Alle diese Stiftungen wurden schon mit der Reformation säcularisirt, und in Belohnungs- Bildungs- und Versorgungs-Anstalten umgeschaffen. Nun sagt zwar der §. auch, die Güter derselben sollten für Gottesdienst, Unterrichts- und andere gemeinnützige Anstalten aufgewendet werden — grade wie sie es in der That schon werden — aber auch, setzt er hinzu, zur Erleichterung der landesherlichen Finanzen, ohne irgend eine Restriction. Die Landesherrn können also von den Gütern dieser wohlthätigen, ja unentbehrlichen Stiftungen zur Erleichterung ihrer Finanzen nehmen, was und wie viel

sie wollen. Der Plan sagt nicht, ob diese Erlaubniß für ganz Deutschland, oder nur für diejenigen Theilnehmer am Entschädigungswerke, die für Verlust jenseit Rheins dießseits Entschädigung erhalten haben, gelten soll. Man möchte beynahe das Letztere vermuthen, weil doch diese allein auf Entschädigung Anspruch machen können, und dann jene Anweisung gleichsam ein Supplement ihrer Entschädigung wäre, die übrigen Deutschen Landesherrn aber die Sache gar nichts angeht. Man wird aber durch die Allgemeinheit des Ausdrucks wieder irre. Auf jeden Fall muß dieser §. tausend Familien, besonders des ärmeren Adels, allen Freunden der National - Bildung besonders in Hinsicht auf die folgenden Jahrhunderte, und selbst mancher Landesverfassung, wehe thun.

§. 36.

Die namentlich und förmlich zur Entschädigung angewiesenen Stifter, Abteyen und Klöster, so wie die der Disposition der Landesherrn überlas-

senen, gehen überhaupt an ihre neuen Besitzer mit allen Gütern, Rechten, Capitalien und Einkünften, wo sie auch immer gelegen sind, über, sofern oben nicht ausdrückliche Trennungen festgesetzt worden sind.

§. 37.

Die auf der einen Rheinseite befindlichen Güter und Einkünfte, welche Spitälern, Fabriken, Universitäten, Collegien und andern frommen Stiftungen, wie auch Gemeinden der andern Rheinseite gehörten, bleiben davon getrennt, und der Disposition der respectiven Regierungen überlassen, d. h. so viel die rechte Rheinseite betrifft, der Regierung derjenigen Orte, wo sie liegen, oder erhoben werden. Jedoch sollen die Güter und Einkünfte solcher litterarischen Anstalten, die ehemals beyden Rheinseiten gemeinschaftlich waren, und dermalen auf dem rechten Rheinufer fortgesetzt werden, diesen auf der rechten Rheinseite fortdaurenden Anstalten

verbleiben, insofern sie nicht in Gebieten entschädigter Fürsten liegen.

Nur der letzte Zusatz: insofern sie nicht in Gebieten entschädigter Fürsten liegen, hat ein etwas herbes Ansehen. Es ist hier nicht von einem säcularisirten Kloster die Rede, sondern von fortdauernden literarischen Anstalten. Diesen hätte man gerne ihre sämtlichen Einkünfte diesseit Rheins lassen mögen, wenigstens ihre baar ausgeliehenen Capitalien, wenigstens in den alten Landen der entschädigten Fürsten. Die von Maynz nach Aschaffenburg verpflanzte Universität verliert viel dadurch. In der Deputation war auch viel davon die Rede.

§. 38.

Die für ihre Besitzungen jenseits des Rheins entschädigten Reichsstände haben ihre sowohl bloß persönlichen, als die von erwähnten Besitzungen herrührenden Schulden auf ihre zur Entschädigung erhaltenen Domänen und Renten zu übernehmen, und von denselben zu tilgen; doch vorbehaltlich der in dem Lü-

neviller Frieden, und in den, von dem französischen Gouvernement mit einzelnen Reichsständen geschlossenen besondern Verträgen, enthaltenen Bestimmungen.

Der angehängte Vorbehalt in Betreff des Friedens ward erst auf eine einstimmige und nachdrückliche Erinnerung der Deputation an den Lüneviller Frieden hinzugesetzt. Es müssen also nur solche Schulden verstanden werden, welche die Landesherrn persönlich oder auf ihre Kammergüter ohne Consens ihrer Landstände gamacht haben, und von denen sich nicht beweisen läßt, daß sie zum Besten des Landes angewendet worden sind. Sie werden immer eine hübsche Summe ausmachen.

§. 39.

Alle sowohl auf dem rechten als linken Ufer erhobenen Rheinzölle sollen aufgehoben seyn, ohne unter irgend einer Benennung wieder hergestellt werden zu können; jedoch mit Vorbehalt der Eingangsgelühren, (droits de douane) und

eines Schiffahrtsoctroi, welches nach folgenden Grundlagen genehmiget wird.

Da der Rhein von den Gränzen der batavischen Republik an bis zu den Gränzen der helvetischen Republik ein zwischen der französischen Republik und dem Deutschen Reiche gemeinschaftlicher Strom geworden ist, so geschieht die Errichtung sowohl, als die Anordnung und Erhebung des Schiffahrtsoctroi gemeinschaftlich von Frankreich und dem Deutschen Reiche.

Das Reich überträgt, mit Einwilligung des Kaisers, alle seine desfallsigen Rechte völlig und gänzlich dem Churfürsten Erzkanzler, welcher die Vollmacht des Deutschen Reichs hat, mit der Französischen Regierung alle allgemeine und besondere Anordnungen in Beziehung auf das Schiffahrtsoctroi abzuschliessen; diese Anordnungen werden durch den Churfürsten Erzkanzler zur Genehmigung des Churfürstl. Collegiums und zur Kenntniss des unter seinem Oberhaupte versammelten Reichs gebracht.

Die Taxe wird dergestalt ausgemittelt, dass sie den Betrag der aufgehobenen Zölle nicht übersteigt. Es wird eine höhere Taxe von der Schifffahrt der Fremden, und von den Schiffen, welche den Rhein heraufgehen, entrichtet, als von der Schifffahrt der Französischen oder Deutschen Uferbewohner, und von den Schiffen, welche den Rhein hinabgehen.

Die Erhebung derselben wird einer einzigen Behörde anvertraut, und die Erhebungsart so eingerichtet, dass die Schifffahrt so wenig als möglich dabey aufgehalten wird.

Der General-Director des Octroi wird gemeinschaftlich von der Franz. Regierung und dem Churfürsten Erzkanzler ernannt, welche wechselseitig einen Controlleur bey jedem Erhebungs-Büreau halten. Die Einnehmer auf dem rechten Ufer werden von dem Churfürsten Erzkanzler mit Einverständniß der Landesfürsten ernannt. Nichts desto weniger bleiben diese Administrations-

und Erhebungsgrundsätze noch dem weitem Uebereinkommen unterworfen, welches über die endliche Einrichtung des Schiffahrtsoctroi selbst zwischen dem Französischen Gouvernement und dem Churfürsten Reichserzkanzler statt haben wird.

Es werden nicht weniger als 5 und nicht mehr als 15 Erhebungs-Bureaux errichtet. Diese Bureaux sind nur in Dienstsachen, ausserdem aber keineswegs von der Gerichtsbarkeit der Landesherren ausgenommen. Sie werden hingegen bedürfenden Falls allen Beystand von Seiten der Landesherren erhalten.

Der Ertrag des Octroi im Ganzen hat fordernsamst die Kosten der Erhebung, der Verwaltung und der Polizey zu bestreiten.

Der Ueberschuss wird in zwey gleiche Theile getheilt, deren jeder vorzüglich zur Unterhaltung der Leinpfade und der zur Schiffahrt erforderlichen Arbeiten auf jedem der respectiven Ufer bestimmt ist.

Der reine Rest der zum rechten Rheinufer gehörigen Hälfte wird

1) zur Ergänzung der Dotation des Churfürsten Erzkanzlers, dann für die übrigen in den §§. 9. 14. 17. 19 und 20. gegebenen Anweisungen;

2) zur Bezahlung der in den §§. 7. und 27. subsidiarisch und bedingungsweise angewiesenen Renten verhypothecirt.

Falls sich ein jährlicher Ueberschuss von Einkünften ergäbe, so wird er zur stufenweisen Ablösung der Lasten dienen, mit welchen das Schiffahrtsoctroi-Recht belegt ist.

Der Churfürst Erzkanzler wird sich jährlich mit der Französischen Regierung und den an das Ufer gränzenden Landesfürsten der rechten Rheinseite über die Unterhaltung der Leinpfade, und die zur Schiffahrt erforderlichen Arbeiten in der Ausdehnung der respectiven Rheingränzen benehmen.

Die Rheinzölle werden abgeschafft, und, aller Versicherung im ersten Absatze

ohngeachtet, unter einer andern Benennung wieder hergestellt: das ist der Inhalt dieses Paragraphen. In den beyden Planen und im ersten Hauptschlusse reichte derselbe nur bis an den Vorbehalt der Eingangsgebühren, und bestand aus wenigen Zeilen; alles übrige ist Zusatz des zweyten Hauptschlusses. Die Schwierigkeit, für die auf den Rheinzöllen haftenden Schulden ein anderes Unterpfand und Sicherheit für die Gläubiger zu finden, brachte auf den Gedanken, (der zuerst, wenn ich nicht irre, von Usingen kam,) die Französische Regierung um Beybehaltung dieser Zölle bis zur Tilgung der Schulden, wozu sie allein angewendet werden sollten, zu ersuchen. Dazu kam nun bald eine andere, noch größere Schwierigkeit, nämlich für den Erzkanzler das Complement der ihm bestimmten Einkünfte, welches nicht weniger als 350,000 Fl. betrug, auszumitteln. Man wies dasselbe anfangs auf mittelbare Stifter, Abteyen und Klöster an, welche demnächst näher bezeichnet werden sollten, und auf eben diesen Fond wurden noch mehrere Supplemente und wohl gar ganze Ent-

schädigungen hingewiesen. War es die Besorgniß, den Erzkanzler durch mittelbare Einkünfte von den Reichsständen, aus deren Landen sie gezogen wurden, auf irgend eine Weise abhängig zu machen; oder war es die Begierde der Reichsstände selbst nach diesem geistlichen Gute; oder war es der Zweifel über die Zulänglichkeit dieses Fonds; genug, zwischen dem ersten und zweyten Hauptschlusse gieng eine totale Veränderung mit dem Rheine vor, und man faßte den Entschluß, neue Rheinzölle unter dem Namen einer Schiffahrts-Octroy zu errichten.

Der Rhein sollte freylich nach den Friedensbedingungen ein zwischen Frankreich und Deutschland gemeinschaftlicher Strom seyn; allein bisher haben ihn die Franzosen beynahe wie ihr ausschließliches Besitzthum behandelt. Ich darf mich hierüber auf die sehr kleine, aber sehr wichtige Schrift des Bergischen Landèsdirections - Rathes Jacobi *) berufen, um mir die Mühe, sie

*) Einige Worte über die Rhein - Schiffahrt.
Düsseldorf 1803.

abzuschreiben, zu ersparen. Denn nur aus ihr kann man die bisherige wahre Lage dieses Gegenstandes erfahren. Es ist zu wünschen, daß auch dieser gegründeten Klage der Deutschen über ihre Nachbarn möge abgeholfen werden. Die Uebereinkunft mit Frankreich über alle den Rhein betreffende Punkte hat man dem Erzkanzler, als demjenigen, der in Deutschland dabey am meisten interessirt ist, überlassen.

Die Taxe der neuen Octroy soll den Betrag der aufgehobenen Zölle nicht übersteigen. Nach einem authentischen Tableau haben die ehemaligen 24 Zollstätten am Rhein an 2 Millionen Gulden eingebracht. Bey der neuen Einrichtung sollen $\frac{7}{8}$ an Erhebungs- und Administrations-Kosten erspart, und die Schiffe wegen des einfachern Tarifs weit weniger aufgehalten werden. Die fremden Schiffe, d. h. nicht nur die Helvetischen und Holländischen, sondern auch, wie es scheint, die aus den Nebenflüssen in den Rhein kommen, denn die Bewohner des Rheinufers werden ihnen entgegen gesetzt,

wie auch die den Rhein hinauf fahrenden, weil diese fremde Waaren bringen, sollen mehr bezahlen, als die Schiffe der Uferbewohner und die hinab fahrenden, weil diese die Producte des Landes verfahren. Ueber die einzige Behörde ist schon Streit entstanden, indem Frankreich einen Franzosen, Deutschland aber einen Deutschen an die Spitze stellen will. Deutschland wird wohl, wie gewöhnlich, nachgeben müssen. Jede Nation hält einen Controlleur bey jedem Erhebungs-Bureau der andern, weil nicht jede Nation behält, was sie auf ihrer Seite einnimmt, sondern die Einnahme eines jeden Bureaus, es sey auf welcher Seite es wolle, nach Abzug der Erhebungs- Administrations- und Wasserbau - Kosten zwischen beyden Nationen gleich getheilt wird. Der reine Rest der Deutschen Hälfte hat folgende Anweisungen:

1) für den Erzkanzler . . .	350,000	Guld.
2) für Mecklenburg-Schwerin	10,000	—
3) für den Fürsten von Lö-		
wenstein - Wertheim . . .	12000	—
	372,000	—

Transport	372,000 Guld.
4) für das Haus Stollberg . .	30,000 —
5) für die Gr. Ysenburg, geb. Gr Parkstein	23,000 —
6) für Leiningen-Guntersblum	3,000 —
7) für Leiningen Heidesheim	3,000 —
8) für Leiningen-Westerburg älterer Linie	3,000 —
9) für Leiningen-Westerburg jüngerer Linie	6,000 —

Zusammen . 440,000 Guld.

Wenn diese bezahlt sind, und der reine Ueberschufs übersteigt diese Summe: so sind ferner darauf angewiesen:

1) Hessen-Rothenburg mit	22,500 Guld.
2) Wittgenstein-Berleburg m.	15,000 —
3) Salm-Reiferscheid-Dyk mit	28,000 —
4) Stadion-Warthausen mit	3,600 —
5) Stadion-Tannhausen mit	2,400 —

Macht zusammen 71,500 Guld.

Der weitere Ueberschufs, wenn auch diese Summen abgehalten sind, soll zur allmähli-
gen Ablösung der Lasten dienen, mit wel-

chen die Schifffahrts - Octroy beschwert ist. Was heisst das? Uebernimmt die Octroy die Schulden der ehemaligen Rheinzölle? Man würde das für sehr gerecht und billig erkennen, und da ihrer nirgends weiter gedacht, noch für sie gesorgt wird: so scheint dies die natürlichste Erklärung, ob es gleich nicht ausdrücklich da steht. Oder man müßte annehmen, daß die Octroy gleich mit Schulden anfieng. Das ist nicht unmöglich, nicht einmal unwarscheinlich, denn wirklich soll der Rhein seit der Vorrückung der Französischen Gränze so baufällig geworden seyn, daß die Herstellung desselben zur bequemen Schiffahrt ansehnliche Summen zu erfordern scheint, die natürlich auf ihn selbst geborgt werden. Der Erzkanzler soll sich jährlich mit der Französischen Regierung benehmen. In welchem sonderbaren Verhältniß setzt Deutschland seinen Erzkanzler mit Frankreich! Ist er nicht mit dem dritten Theile seiner Einkünfte in Französischen Händen? Kann er es vermeiden, im Französischen Interesse zu seyn? Uebrigens von Aufhebung der mit der Freyheit eines gemeinschaft-

lichen Strohms völlig unverträglichen Stapelrechte in Maynz und Cölln, um welche die Deputation so sehr sollicitirt hat, kein einziges Wort.

§. 40.

Alle am rechten Rheinufer gelegenen, von den, ehemals auf dem linken Ufer bestandenen Lehenhöfen abhängende Lehen, gehen in Zukunft unmittelbar von Kaiser und Reich zu Lehen, wenn die Landeshoheit darauf haftet mit reichsständischer Eigenschaft, im Gegenfall aber von dem Landesherrn, in dessen Staaten sie eingeschlossen sind. Nur die Mainzer Lehen, welche Landeshoheit haben, sollen von Aschaffenburg zu Lehen rühren. Den neuen Lehenherren bleibt überlassen, ob sie sich bis zu einem künftigen Lehensfalle einstweilen mit einer bloßen Muthung von den neuen Vasallen begnügen, oder aber auf der wirklichen Lehens-Empfängniß bestehen wollen; jedoch sind im letztern Falle die Vasallen dießmal mit Taxen

und andern Lehensgebühren zu verschonen.

Eine sehr gerechte Einrichtung, von welcher die erste Hälfte den Ministern der vermittelnden Mächte, die andere der Deputation gehört.

§. 41.

Da die Stimmen der unmittelbaren Reichsgrafen hieroben §. 24. auf die diesseitigen Entschädigungsgebiete übertragen worden sind, so bleibt nur noch die Ausübungsart dieser Stimmen und andrer damit verbundener Prärogativen einer nähern Regulirung vorbehalten.

Wie die geistlichen Stimmen künftig geführt werden, ist ebenfalls hieroben §. 32. versehen.

§. 42.

Die Säcularisation der geschlossenen Frauenklöster kann nur im Einverständniss mit dem Diöcesan-Bischofe geschehen. Die Mannsklöster hingegen sind der Verfügung der Landesherren

oder neuen Besitzer unterworfen, welche sie nach freyem Belieben aufheben oder beybehalten können. Beyderley Gattungen können nur mit Einwilligung des Landesherrn oder neuen Besitzers Novizen aufnehmen.

Dieser §. scheint auf der einen Seite einen Widerspruch, und auf der andern eine Wiederholung zu enthalten. Oben §. 35. werden alle Klöster ohne Ausnahme der freyen Willkühr der Landesherrn Preiß gegeben, (eigentlich zwar nur ihre Güter, das läuft aber völlig auf Eins hinaus;) und hier soll die Säcularisation der Frauenklöster (geschlossen ist ein unnöthiger Zusatz, denn wahre Klöster haben alle die Clausur) der Einwilligung des Bischofs unterworfen, die der Mannsklöster hingegen dem freyen Belieben der Landesherrn überlassen seyn. Warum man einen so bedeutenden Unterschied zwischen Mönchs- und Nonnenklöstern macht, darüber habe ich in m. Erl. des 1. Plans Vermuthungen gewagt, die ich hier nicht wiederholen will. Die Vorschrift

von Aufnahme der Novizen ist ein neuerer Zusatz des zweyten Hauptschlusses.

§. 43.

Der Genuss der zur Entschädigung angewiesenen Güter nimmt für die entschädigten Fürsten und Stände, welche nicht im Falle gewesen seyn möchten, vor den Declarationen der vermittelnden Mächte Civilbesitz zu ergreifen, mit dem 1sten December 1802 seinen Anfang. Der Civilbesitz selbst geht für alle 8 Tage vor jenem Termine an.

Die Rückstände der unter der Disposition der Nutznießer gestandenen Fonds bis zum Zeitpuncte des neuen Genusses, gehören den alten Besitzern, ohne jedoch hiedurch anderen Verabredungen zwischen den interessirten Theilen vorzugreifen.

§. 44.

Alle seit dem 24sten August 1802 in den Entschädigungslanden und Gebieten vorgenommenen Veräußerungen, welche

nicht als Folgen der gewöhnlichen Verwaltung anzusehen sind, werden hiemit für ungültig erklärt.

Diese Verfügung ist von der Deputation ausgegangen, auf eine Klage des Johanniter-Ordens, daß die ihm zugewiesenen Klöster im Breisgau vieles veräußerten: es war billig, gewisse Schranken zu setzen. Am 24sten August 1802 hielt die Deputation ihre erste Sitzung, und nun erst konnte sie die Entschädigungsmasse als ihr unterworfen ansehen, und den bisherigen Besitzern Gesetze vorschreiben; früher nicht, denn da war sie nicht vorhanden.

§. 45.

Obige Verfügungen vernichten alle Ansprüche auf die durch den Frieden von Lüneville an die Französische Republik abgetretenen Länder; jedoch versteht sich von selbst, daß Familien-Successionsrechte von jenseits Rheinischen und ausgetauschten Besitzungen auf die Entschädigungs- und eingetauschten Objecte als Surrogate über-

gehen. Ferner sind diejenigen Ansprüche als vernichtet zu betrachten, welche an die für auf der linken Rheinseite verlorne Besitzungen, auf der rechten Rheinseite gegebene Entschädigungslande gemacht werden könnten, sofern sie nicht innerhalb eines Jahrs vom 1sten December 1802 an zu rechnen, vorgebracht, und gütlich, oder gerichtlich erledigt seyn werden. Sollte aber im Mangel gerichtlicher Entscheidung oder in Verweigerung eines billigen Vergleichs der Grund liegen, warum ein wirklich vorgebrachter Anspruch nicht in dem Lauf des gedachten Jahrs erledigt worden ist; so wird derselbe innerhalb eines zweyten Jahrs durch Austrägal-Richter ohne Appellation entschieden werden.

Da der Churfürst Erzkanzler ex jure novo dotirt wird, so muß, um diese Ausstattung zu sichern, der etwa aus einem Ansprüche gegen denselben herührende Revenuenverlust durch Verleihung heimfallender Kaiserlicher und Reichslehen vergütet werden.

Den größten Theil dieses Paragraphen, der von Successionsrechten und Ansprüchen handelt, hat man ebenfalls der Weisheit der Deputation zu verdanken. Der den Erzkanzler betreffende Zusatz ward durch eine Anfrage von Hessen-Cassel wegen seines über die Kellerey Burgjofs gegen Maynz anhängigen Processes veranlaßt. Heimfallende Reichslehen sind gegenwärtig so selten, daß der Erzkanzler den aus verlohrnen Processen verursachten Revenüenverlust dadurch sehr spät ersetzt erhalten dürfte.

§. 46.

Alle Tauschverträge, Länder-Purificationen, und andere Vergleiche aller Art, welche von den Fürsten, Ständen und Gliedern des Reichs unter sich innerhalb eines Jahrs geschlossen werden, sollen ebensowohl volle Kraft haben, und vollzogen werden, als wenn sie gegenwärtigem Hauptschlusse wörtlich einverleibt wären.

§. 47.

In Ansehung der Verhältnisse der aus dem Besitz tretenden Regenten und Besitzer, auch der davon abhängenden Geistlichkeit, so wie ihrer bisherigen Dienerschaft in dem Hof- Civil- und Militärfache, und in Ansehung der besondern Verbindlichkeiten der entschädigten Fürsten und Stände, welche sich auf den anständigen Unterhalt der gedachten Regenten und übrigen Individuen, auf die Verfassungen der Lande, und die Uebernehmung der Schulden, auch insbesondere auf die Entrichtung der Kammerzieler beziehen, und welche mit dem Eintritt in den wirklichen Genuß der Entschädigungsländer und Gebiete ihren Anfang nehmen, soll es nach den in den folgenden §§. enthaltenen Vorschriften gehalten werden.

Dieser Paragraph macht gleichsam die Einleitung zu den liberalen Deputations-schlüssen, welche die in demselben genannten Gegenstände betreffen, hier in mehrere Paragraphen getheilt sind, und keiner Er-

läuterung bedürfen. Er ist der letzte, dem die Französische Exhibition als prätendirtes Original auf Verlangen der Minister zur Seite steht. Dann folgen die 42 §§., deren Originaltext in Deutscher Sprache ist, allein in dieser Sprache.

§. 48.

Allen abtretenden Regenten bleibt ihre persönliche Würde mit dem davon abhängenden Range, und dem Fortgenusse ihrer persönlichen Unmittelbarkeit.

§. 49.

Die Herren Fürstbischöfe und gefürsteten Aebte oder Pröbste behalten zugleich die Gerichtsbarkeit über ihre Dienerschaft dergestalt, dass sie in bürgerlichen Rechtssachen, mit jedesmaligem Vorwissen der obern Landesbehörde für solche Sachen in erster Instanz das Landesgericht, wo solche zu verhandeln, zu wählen, in peinlichen Fällen aber die erste Cognition zu nehmen haben, wo sodann die gedachten bür-

gerlichen Sachen in weiterer Instanz an die landesherrlichen Appellationsgerichte zu bringen sind: in peinlichen Fällen hingegen, wenn sich die Peinlichkeit ergibt, der Verbrecher an die peinlichen Gerichte des Landes auszuliefern ist. Uebrigens haben sich sämtliche Diener eines solchen Fürsten den bestehenden und ergehenden landesherrlichen Gesetzen und sonderlich den Polizeianordnungen zu fügen.

§. 50.

Den sämtlichen abtretenden geistlichen Regenten ist nach ihren verschiedenen Graden auf lebenslang eine ihrem Range und Stande angemessene freie Wohnung mit Meublement und Tafel-Service, auch den Fürstbischöfen und Fürstbäben des ersten Ranges ein Sommeraufenthalt anzuweisen; wobey sich von selbst versteht, daß dasjenige, was ihnen an Meubeln eigenthümlich zugehört, ihnen gänzlich überlassen bleibe, das aber, was dem Staate zugehört, nach ihrem Tode diesem zurückfalle.

§. 51.

Die Sustentation der geistlichen Regenten, deren Lande ganz oder doch größtentheils mit den Residenzstädten an weltliche Regenten übergehen, kann, da ihr Einkommen sehr verschieden ist, nur nach Verhältniß desselben regulirt, mithin allenthalben nur ein minimum und ein maximum bestimmt werden.

In dieser Hinsicht wird

a) Für Fürstbischöfe das minimum auf 2000, und das maximum auf 6000 Gulden;

Für den Herrn Bischof zu Würzburg, als Coadjutor zu Bamberg, noch weiter die Hälfte dieses Maximums;

b) Für Fürstäbte und Pröbste des ersten Ranges das minimum der Fürstbischöfe; für alle andern Fürstäbte das minimum auf 6000, das maximum auf 12000; für gefürstete Aebtissinnen aber das minimum auf 3000, das maximum auf 6000 Gulden;

c) Für Reichsprälaten und Aebtissinnen, auch

d) unmittelbare Aebte das minimum auf 2000, das maximum auf 8000 Gulden bestimmt. Bey allen diesen Bestimmungen wird jedoch der Großmuth der künftigen Landesherrn kein Ziel gesetzt; vielmehr bleibt jedem, was er durch besondere Verhältnisse und Rücksichten weiter zu bewilligen sich veranlaßt findet, unbenommen. Wie nun hiernach die Regulirung zur Zufriedenheit der abtretenden Regenten wirklich geschehen sey, oder bey aufzuhebenden Prälaturen künftig gemacht werden wolle, darüber gewärtiget die Reichsdeputation von den neuen weltlichen Regenten spätestens binnen vier Wochen eine verlässige Anzeige, damit alsdann, falls wider Vermuthen ein und anderer Bestimmung wegen, bey der Anwendung obiger Regeln ein Anstand sich noch äußern sollte, die Deputation darüber erkennen möge.

§. 52.

Die Weihbischöfe, in so ferne sie Präbenden haben, die Domcapitularen,

Dignitarien, auch Canonici der Ritterstifter, auch adeliche Stiftsdamen behalten den lebenslänglichen Genuß ihrer Capitelwohnungen; ihnen, oder ihren Erben sind die auf den Ankauf oder Optirung ihrer Häuser gemachten Auslagen, falls der Landesherr solche nach ihrem Tode an sich ziehen will, zu vergüten; auch ausser dem an Orten, wo sie ein Privateigenthum ihrer Wohnung hergebracht haben, wird ihnen dieses vorbehalten.

§. 53.

Zu ihrer Sustentation aber sind den Domcapitularen, Dignitarien und Canonici der Ritterstifter neun Zehntel ihrer ganzen bisherigen Einkünfte, und zwar jedem einzelnen, was er bisher genossen hat, zu belassen. Auf gleiche Weise sind die Vicarien bey ihren Wohnungen, und da sie meist gering stehen, bey ihrem ganzen bisherigen Einkommen, bis sie etwa auf andere geistliche Stellen

versorgt werden, zu belassen, wogegen sie ihren Kirchendienst einstweilen fort zu versehen haben.

Die Domizellaren da, wo sie wirklich schon einigen Genuß ihrer Präbenden bezogen haben, werden in der Quote ihrer Sustentation den Capitularen gleich gehalten, und rücken hiernächst, falls sich der Landesherr nicht in ander Weg mit ihnen abfindet, in die vacirend werdenden Capitelspfünden.

§. 54.

Capitularen und Domicellaren der Dom - Ritter - und Mediatstifter, welche nach den verschiedenen Statuten der Stifter entweder erst nach dem Ablaufe der Carenzjahre, oder nach eintretenden andern Verhältnissen zum Genusse kommen, sobald sie nur in dem wirklichen Besitze ihrer Präbenden sind, haben ganz gleiche Rechte als diejenigen, welche sich wirklich schon im Genuß ihrer Präbenden befinden.

§. 55.

Die Stiftsfrauen und Fräulein bleiben in so lange bey ihrem bisherigen Genusse, als es dem neuen Landesherrn nicht räthlicher scheint, sie gegen eine, zu ihrer Zufriedenheit zu regulirende Abfindung aufzuheben.

§. 56.

Für die kapitularischen geist- und weltlichen Dienerschaften gelten die nämlichen Dispositionen, welche hernach wegen der eignen fürstlichen Dienerschaften folgen.

§. 57.

Die Conventualen fürstlicher auch Reichs- und unmittelbarer Abteien sind auf eine ihrer bisherigen Lebensweise angemessne anständige Art in ein oder der andern Communität ferner zu unterhalten, oder denen, welche mit landesherrlicher Verwilligung austreten, bis zu anderweiter Versorgung eine Pension

von 300 bis 600 Gulden nach dem Vermögen ihrer Stiftung zu verabreichen. Für die Laienbrüder ist auf ähnliche Art zu sorgen; Novizen, welche durch Gelübde noch nicht gebunden, können von den Landesherren mit einer dreyjährigen verhältnißmäßigen Pension entlassen werden.

§. 58.

Kaiserliche Precisten, welche ihre Preces den Stiftern bereits präsentirt, und den schon eingetretenen Einrückungsfall nicht etwa haben vorbegehen lassen, erhalten bey den künftigen Erledigungsfällen eine verhältnißmäßige Pension; und eben dieses gilt auch von denjenigen Panisten, welche auf ihre Laienpfünden ein schon erworbenes anerkanntes Recht haben.

§. 59.

In Ansehung der sämmtlichen bisherigen geistlichen Regenten, auch Reichsstädte und unmittelbaren Körperschaf-

ten, Hof- geistlichen und weltlichen Dienerschaft, Militär und Pensionisten, in so ferne der abgehende Regent solche nicht in seinem persönlichen Dienste behält, so wie der Kreisdienner, da wo mit den Kreisen eine Veränderung vorgehen sollte, wird diesen allen der unabgekürzte lebenslängliche Fortgenuss ihres bisherigen Rangs, ganzen Gehalts, und rechtmässiger Emolumente, oder wo diese wegfallen, eine dafür zu regulirende Vergütung unter der Bedingniß gelassen, daß sie sich dafür nach Gutfinden des neuen Landesherrn, und nach Maassgabe ihrer Talente und Kenntnisse auch an einem andern Orte, und in andern Dienstverhältnissen gebrauchen und anstellen lassen müssen; jedoch ist solchen Dienern, welche in einer Provinz ansässig sind, und in eine andere gegen ihren Willen übersetzt werden sollen, freyzustellen, ob sie nicht lieber in Pension gesetzt werden wollen.

In diesem letztern Falle ist einem 15jährigen Diener sein voller Gehalt

mit Emolumenten, einem 10jährigen $\frac{2}{3}$, und denen, die noch nicht volle 10 Jahre dienten, die Hälfte als Pension zu belassen. Den wirklichen Pensionisten sind, falls nicht etwa neuerlich hie und da Missbräuche untergelaufen wären, ihre Pensionen fort zu bezahlen.

Sollte der neue Landesherr einen oder den andern Diener gar nicht in Diensten zu behalten gedenken, so verbleibt demselben seine genossene Besoldung lebenslänglich. Sollten hingegen seit dem 24sten August 1802 neue Pensionen oder Besoldungserhöhungen verwilligt, oder ganz neue Besoldungen gemacht worden seyn, so bleibt es billig dem neuen Landesherrn überlassen, ob er solche Verwilligungen den Grundsätzen der Billigkeit, und einer guten Staatsverwaltung angemessen findet.

§. 60.

Die dermalige politische Verfassung der zu säcularisirenden Lande, in so weit solche auf gültigen Verträgen

zwischen dem Regenten und dem Lande, auch andern reichsgesetzlichen Normen ruht, soll ungestört erhalten, jedoch in demjenigen, was zur Civil- und Militäradministration, und deren Verbesserung und Vereinfachung gehört, dem neuen Landesherrn freye Hand gelassen werden.

§. 61.

Die Regalien, bischöfliche Domänen, domkapitelische Besitzungen und Einkünfte fallen dem neuen Landesherrn zu.

§. 62.

Die erz- und bischöflichen Diöcesen aber verbleiben in ihrem bisherigen Zustande, bis eine andere Diöcesan-Einrichtung auf reichsgesetzliche Art getroffen seyn wird, wovon dann auch die Einrichtung der künftigen Domcapitel abhängt.

§. 63.

Die bisherige Religionsübung eines

jeden Landes soll gegen Aufhebung und Kränkung aller Art geschützt seyn; insbesondere jeder Religion der Besitz und ungestörte Genuß ihres eigenthümlichen Kirchenguts, auch Schulfonds, nach der Vorschrift des Westphälischen Friedens ungestört verbleiben; dem Landesherrn steht jedoch frey, andere Religionsverwandte zu dulden, und ihnen den vollen Genuß bürgerlicher Rechte zu gestatten.

§. 64.

Mit den Mediatstiftern, Abteyen und Klöstern in den zu säcularisirenden Landen ist es ganz auf den nämlichen Fuß, wie hier oben von den unmittelbaren angeordnet worden, zu halten. Es behalten nämlich die Canonici der Mediatstifter, welche aufgehoben werden, nebst ihren Wohnungen $\frac{2}{10}$ ihres bisherigen Einkommens, die Vicarien aber das Ganze, die Domizellaren $\frac{2}{10}$ dessen, was sie etwa wirklich bisher schon bezogen haben, und rücken den Capitularen nach. Solche Canonici jedoch, die

überhaupt keine 800 Gulden beziehen, sind, wie die *Vicarien* bey ihrem ganzen Einkommen zu belassen. *Aebte*, deren Unmittelbarkeit bisher streitig, oder welche unstreitig mittelbar gewesen sind, erhalten verhältnißmässig nach dem Vermögen ihrer *Abtey* 2000 bis 8000 Gulden Pension. Ihre und andere *Klosterconventualen* 300 bis 600 Gulden. Mit den *Laienbrüdern* und *Novizen* wird es auf gleiche Art, wie von denselben hieoben bey unmittelbaren *Stiftern* erwähnt worden, gehalten. Von den *Dienerschaften* aller solcher *Corporationen* gilt alles das Nämliche, was schon überhaupt wegen der *Dienerschaften* festgesetzt worden.

§. 65.

Fromme und milde *Stiftungen* sind wie jedes *Privateigenthum* zu conserviren, doch so, dass sie der landesherrlichen Aufsicht und Leitung untergeben bleiben.

§. 66.

Um nun auch den Unterhalt dieser

grossen Menge höherer, und anderer unschuldiger Personen auf möglichste Art sicher zu stellen, haben die neuen Landesherren alle solche Sustentationsgelder auf ihre nächsten Recepturen anzuweisen, und als solche, welche das privilegirteste Unterpfand auf die Landeseinkünfte haben, jederzeit vierteljährig in guten Münzsorten nach dem 24 Gulden Fuss unverzüglich abführen zu lassen, daher auch ihren Gerichten keine Arrestsanlegungen auf diese Alimentationsgelder zu gestatten.

§. 67.

Die Kreisdirectorien haben über den Vollzug alles dessen zu halten, und das erste Anrufen der Pensionisten, ohne Gestattung eines Termins oder einer Einrede sogleich gegen die Zahlungsbehörde, welche sich mit der Quitung über die geschehene Zahlung nicht ausweisen kann, die bereiteste Execution zu erkennen und zu vollziehen; bey eintretender weiterer Zahlungsgefahr aber die Revenüen, so weit sie zu diesem Zwecke

nöthig, in unmittelbare Administration zu nehmen.

§. 68.

Bey denjenigen geistlichen Ländern, welche nicht ganz oder grösstentheils mit ihren Residenzen an einen weltlichen Herrn kommen, sondern unter mehrere vertheilt werden, gleichwohl aber ihre Residenzen und meisten Lande diesseits Rheins haben, sind sowohl in Ansehung der standesmässigen Unterhaltung der unter der gegenwärtigen Veränderung leidenden Personen, als wegen der Sicherstellung der Dienerschaften des Landes, auch kirchlichen, religiösen Verfassung, und dergleichen, alle diejenigen Grundsätze in Anwendung zu bringen, welche hier oben schon festgesetzt worden. Nur erfordert die Vertheilung der Sustentationssumme, und der Fonds, worauf solche gegründet werden, in diesen Landen nothwendig nähere Bestimmung. Diesemnach fallen die auf einzelnen Theilen insbesondere ruhenden Lasten, z. B. die Unterhal-

tung eines mittelbaren Klosters, die Uebernahme der Beamten und Diener eines einzelnen Amtes, und dergleichen mehr, denjenigen neuen Herren allein zur Last, die solche erhalten, sonderlich kann die Erhaltung des domkapitlischen Personals, und der Individuen aller geistlich- und weltlichen Corporationen, die ihre eignen Fonds gehabt haben, bey einem vertheilten geistlichen Lande nicht in die ganze Masse geworfen werden, sondern nur denjenigen, welche die Gefälle und Güter solcher Domcapitel und Corporationen bekommen, zufallen, und unter diesen verhältnißmässig vertheilt werden.

Zur Vertheilung unter sämtliche neue Theilhaber eines solchen Landes bleiben also nur die auf das Ganze sich beziehenden Lasten übrig, wohin denn vorzüglich die Sustentationssumme des von der Regierung abtretenden geistlichen Landesherren gehört. Sämtliche Theilhaber haben sich hierüber alsbald unter sich zu verstehen; sollte jedoch desfalls

keine gütliche Uebereinkunft binnen vier Wochen zu Stande kommen, so haben die Kreisausschreib-Aemter, und in dem Chur- und Oberrheinischen Kreise, wo der Fall der Theilung vorzüglich eintritt, Churmainz und Hessen-Cassel gemeinsam diese Gegenstände zu erörtern, und die erforderlichen Bestimmungen zu treffen.

§. 69.

Bey denjenigen Landen, wo die geistlichen Regenten ihre Residenzstädte auf der linken Rheinseite mit den dortigen Landen verlohren, doch auch noch beträchtliche Besitzungen diesseits Rheins behalten haben, kommen vorzüglich Se. Churfürstl. Durchlaucht zu Trier, als Churfürst des Reichs, auch Dero Domcapitel und Dienerschaften in Betrachtung. Da die übrigen diesseit Rheinischen Churfürstlichen Lande und ihre Einkünfte bey weitem nicht hinreichen, alle diese Sustentationen zu bestreiten, zumal dem Domcapitel zu Trier auf dieser Seite kein eigener Fond geblieben, so wird der Unterhalt Sr. Churf. Durchl.

auf 100,000 Gulden bestimmt. Das Churfürstliche Collegium, einschliessig der neu einzuführenden Herren Churfürsten, ist ersucht, diese Summe zu übernehmen, dem Herrn Churfürsten von Trier solche jährlich in zu bestimmenden Terminen zu entrichten, und zur Berichtigung dieses Gegenstandes einen eigenen Schluss im Churfürstlichen Collegium zu fassen; dann wird festgesetzt, dass die Stadt Augsburg dem Herrn Churfürsten von Trier ihr bischöfliches Schloss, und die für ihre Dienerschaft nöthigen Gebäude in ihrem gegenwärtigen meublirten Zustande nebst den bisher gehabten Immunitäten, in ihrem ganzen Umfange lebenslänglich ungestört zu belassen habe.

§. 70.

Die neuen Besitzer der Reste der Churtrierischen Lande haben, da sie mit diesem Unterhalte ganz verschont bleiben, einen verhältnissmässig grössern Anthcil des Trierischen Domcapitels, und der Trierischen Dienerschaft zu übernehmen; die billige Ermässigung und Bestimmung

dieses Pensionen - Anthells wird Churmainz und Hessen - Cassel aufgetragen.

§. 71.

Die Bestimmung der Unterhaltung des Domcapitels zu Cölln ist eben so, wie jene des Domcapitels zu Trier nicht blos nach den diesseitigen Besitzungen und Einkünften des Domcapitels selbst abzumessen, sondern auch darauf Rücksicht zu nehmen, dass die neuen Besitzer aus den Einkünften der ihnen zufallenden Lande keinen Regenten zu erhalten haben. Es haben daher die vorbenannten Commissarien unter diesen Rücksichten auch dem Domcapitel zu Cölln den billigmässigen Unterhalt auszumitteln.

§. 72.

Auf alle übrige, zu den Landen letztgedachter Art gehörige geistliche Regenten, Domcapitel, Dienerschaften, Mediatstifter, Klöster, Stiftungen, geist- und weltliche Körperschaften, Landes- und kirchliche Verfassungen ist zwar alles dasjenige ebenfalls anwendbar, was in Ansehung solcher geistlicher Lande,

welche ganz, oder doch größtentheils mit den Residenzstädten der bisherigen geistlichen Regenten an einen weltlichen Regenten übergehen, oder welche nicht ganz oder größtentheils mit ihren Residenzen an einen weltlichen Herrn kommen, sondern unter mehrere vertheilt werden, gleichwohl aber ihre Residenzen und meisten Lande diesseits Rheins haben, festgesetzt worden; es versteht sich jedoch von selbst, daß der Unterhalt aller zu dieser Classe gehörigen Personen, in so ferne ihre Fonds nicht ganz auf dieser rechten Rheinseite liegen, nicht so beträchtlich, als bey den eben benannten ausfallen könne, sondern daß solcher vorzüglich nach den ihnen auf dieser Seite noch zustehenden Einkünften zu bemessen sey. Es kann daher auch bey solchen Domcapiteln und Stiftern der Unterhalt nicht durchgängig auf neun Zehntel ihrer vormaligen Einkünfte festgesetzt werden.

§. 73.

Die Dienerschaften, welche nicht local

und in den diesseitigen Aemtern angestellt sind, können nur nach dem Verhältnisse, worin die diesseits Rheinischen Reste der Lande zum ganzen Lande stehen, von den neuen Besitzern einige Unterstützung gewärtigen, es sey dann, dafs solche, wie in Specie die diesseits angestellte Churcöllnische Dienerschaft, auf die rechte Rheinseite zur Administration der diesseitigen Lande von ihrem Landesherrn ausdrücklich beordert worden, in welchem Falle ihnen ihre ganzen Gehalte ohne Anstand fortzubezahlen sind.

§. 74.

Ueberhaupt ist diese Fürsorge nur auf diejenigen Capitularen und Diener einzuschränken, welche ihren Regenten auf die rechte Rheinseite gefolgt, und auch inzwischen ihren Wohnsitz nicht jenseits aufgeschlagen haben, welcher Grundsatz allgemein anzuwenden ist. Es sind jedoch diejenigen Domherrn, welche jenseits bey ihren Domkirchen geblieben sind, den herübergegangenen gleich zu

halten, falls sie sich künftig diesseits niederlassen werden.

§. 75.

Für diejenigen geistlichen Regenten mit ihren Domcapiteln und Dienerschaften, denen auf dieser Rheinseite, wie z. B. dem Herrn Fürstbischöfe zu Basel sehr wenig an Landen und Einkünften übrig bleibt, oder welche jenseits, wie z. B. der Herr Fürstbischof zu Lüttich alles verlohren haben, ist nöthig einen besondern Fond zu bestimmen, woraus ihr billiger Unterhalt hergenommen wird. Diesemnach wird die Sustentation des Herrn Fürstbischofs von Lüttich, dessen Lage einzig ist, auf 20000 Gulden festgesetzt. Diejenigen Fürstbischöfe, die im Besitze zweyer oder mehrerer Bisthümer waren, geben zu Aufbringung dieser Summe den 10ten Theil der Pension eines ihrer Bisthümer ab: eben so werden sie für den Herrn Fürstbischof von Basel den 20sten Theil der Revenüen eines ihrer Bisthümer abgeben, um für ihn die Hälfte des Minimums, nämlich 10000 Gulden aufzubringen, indem ihm nur einige

Parcelen seines Landes auf dem rechten Rheinufer geblieben sind. Im Falle nun einer der Fürstbischöfe, die ein Zehntel und Zwanzigtel eines ihres Deputats an die Fürstbischöfe von Lüttich und Basel abgeben, früher als obengedachte Fürst-Bischöfe versterben würden, so behält der Landesherr, dem eine solche Pension zurückfällt, die Verbindlichkeit, das Zehntel und Zwanzigtel an gedachte Herrn Fürstbischöfe von Basel und Lüttich fort zu entrichten. Ferner werden die beyden Herrn Fürstbischöfe von Basel und Lüttich zu den ersten offen werdenden bischöfl. Sitzen empfohlen, jedoch bleibt es der Willkühr der beyden gedachten Herrn Fürsten überlassen, Bisthümer zu übernehmen oder nicht, ohne in einem oder dem andern Falle ihre ohnehin auf das Minimum gesetzte Sustain- tationsgelder an den Einkünften des Bisthums aufgerechnet zu erhalten.

Die beyden bemerkten Summen von 20 und 10000 Gulden werden nach folgender Austheilung von den Fürstbischöfen entrichtet.

Der Herr Churfürst von Trier geben von ihrer Pension von 60000 Gulden als Bischof von Augsburg an den Bischof von Basel 3000, an jenen von Lüttich 6000 Gulden, ferner als Probst von Ellwangen von der Pension von 20000 Gulden an Basel 1000, an Lüttich 2000 Gulden. Der Herr Bischof von Würzburg wegen der Coadjutorie von Bamberg à 30000 Gulden; an Basel 1500, an Lüttich 3000 Gulden. Der Herr Bischof von Hildesheim und Paderborn erhält für beyde Sitze 50000 Preussische Thaler oder 80000 Gulden, gibt also von der Hälfte ab: an Basel 2000, an Lüttich 4000 Gulden. Der Herr Bischof von Regensburg von seiner Pension von Freisingen à 20000 Gulden: an Basel 1000, an Lüttich 2000 Gulden. Ebenderselbe wegen der Probstei Berchtolsgaden à 20000 Gulden: an Basel 1000, an Lüttich 2000 Gulden. Der Herr Churfürst Erzkanzler als Fürst-Bischof von Constanz und Worms à 10000 Gulden: an Basel 500, an Lüttich 1000 Gulden.

Betreffend hingegen die Domcapitel

und Dienerschaften, welche aus den diesseits Rheinischen Gütern und Einkünften von den neuen Landesherren ihren nöthigen Unterhalt nicht erhalten können, als jene von Cöln, Trier, Worms, Lüttich, Basel, Speier, Strassburg und andere, welche sich im ähnlichen Falle befinden; so soll für sie eine eigene Casse dadurch errichtet werden, dass jenen Domherrn, welche mehr als eine Präbende hatten, zwey Zehnthetheile ihrer neun Zehnthetheile, welche sie von diesen Präbenden zu beziehen haben, eingehalten, und diese Casse dem Churfürsten Reichserzkanzler untergeben werde, um hievon nach einem gerechten Maassstabe die Austheilung dergestalt zu machen, damit nach den Kräften der Casse ihr Zweck erreicht werde. Nichts desto weniger haben diejenigen Landesherren, welchen die Ueberreste solcher Lande, auch der Einkünfte der Domcapitel und andrer Corporationen zu fallen, nach deren Verhältniss für den Unterhalt der leidenden Interessenten zu sorgen.

§. 76.

In Ansehung derjenigen Geistlichen und Diener endlich, deren Körperschaften jenseits auf der linken Rheinseite aufgehoben worden, welche jedoch noch mehr oder weniger Güter auf dieser rechten Rheinseite haben, die künftig der Disposition der respectiven Landesherren überlassen sind, versteht sich von selbst, dass diese Landesherren, so weit diese Einkünfte reichen, den Unterhalt derjenigen Personen, welche als diesseits gebührte von dem Französischen Gouvernement zu dem Unterhalt ohne Pension auf diese Seite verwiesen worden, oder welche eben dieser Einkünfte und ihrer Administration wegen, um davon ihren Unterhalt zu ziehen, schon während des Kriegs auf dieser Rheinseite ihre Wohnungen genommen, auch diese Einkünfte bisher wirklich genossen haben, eben so wie alle andere neue Landesherren diesen Unterhalt zu übernehmen, und zu diesem Ende diesen unglücklichen Individuen ihre Einkünfte, worauf ihnen ein gegründetes Recht

zustehet, lebenslänglich zu belassen, und über solche nur nach deren Tode anderweit zu disponiren haben.

§. 77.

Da auch wegen der, auf den Entschädigungslanden haftenden Schulden zur Beruhigung so vieler Gläubiger Vorsehung geschehen muß; so versteht sich zuvörderst von selbst, daß bey solchen Landen, welche ganz von einem geistlichen Regenten auf einen weltlichen übergehen, letzterer alle sowohl Cameral- als Landesschulden eines solchen Landes mit zu übernehmen, mithin solche respective aus seinen neuen Kammer-Einkünften und Steuern eben so zu verzinsen und abzuführen habe, wie es der geistliche Regent würde haben thun müssen.

§. 78.

Bey solchen geistlichen Landen hingegen, welche unter mehrere vertheilt werden, kann sich zwar der Gläubiger,

wenn ihm ein Special-Unterpfand verschrieben ist, an dieses Special-Unterpfand allerdings dergestalt halten, dass diejenigen Theilhaber eines solchen Landes, welche die Special-Hypothek besitzen, ihm einstweilen die Zinsen fort entrichten müssen; es sind aber hienächst diese Schulden eben so wie diejenigen, welche nur eine General-Hypothek, oder auch nur versionem in rem für sich, oder endlich, die ihre bisher gehabte Special-Hypothek, z. B. die Zölle, verlohren haben, als allgemeine Landesschulden unter sämtlichen Theilhabern eines solchen Landes in verhältnismässige Theile, und zwar die Kamerschulden nach dem Domainenertrage, die Landesschulden aber nach dem Steuercapitale zu vertheilen.

§. 79.

Damit jedoch die Gläubiger bis zu dieser Austheilung nicht auf ihre Zinsen warten müssen; so hat von solchen Capitalien, denen es an einer Special-Hy-

pothek fehlt, der Inhaber des Hauptorts oder des größern Theils des Landes einstweilen bis zur Abrechnung, diese Zinsen zu berichtigen; es wäre dann, daß sich die Theilhaber da, wo die Theile nicht merklich verschieden sind, wenigstens der Verzinsung solcher Capitalien wegen, einstweilen unter sich verstünden.

§. 80.

Lägen hingegen die geistlichen Lande, von deren Schulden die Frage ist, zum Theil auf der linken Rheinseite; so sind diejenigen Landesschulden, die ihre Special-Hypothek auf der linken Rheinseite haben, oder die sonst nach dem Lüneviller Frieden geeignet sind, auf die Französische Republik überzugehen, von der zu vertheilenden Schuldenmasse eines solchen Landes voraus abzuziehen.

§. 81.

Sollten aber etwa irgendwo noch nach dem 24sten August 1802 neue Schulden contrahirt worden seyn, so hängt deren

Zahlung davon ab, ob wirklich der Nutzen oder das Bedürfniss des Staats solche Geldaufnahmen noch erfordert habe.

§. 82,

Was sodann die Schulden ganzer Kreise, und zwar zuerst solcher, welche wie der Fränkische und Schwäbische, ganz auf der rechten Rheinseite liegen, betrifft; so bleiben alle diejenigen Länder, welche bisher zu diesen Kreisen gehört haben, für solche Schulden verhaftet. Werden aber einzelne geistliche Kreislande unter mehrere weltliche Herrn vertheilt; so muss ohnehin jedem Theile eines solchen Landes seine rata matricularis an Reichs- und Kreispräständen bald thunlichst regulirt werden; nach welchem Maassstabe alsdann auch die neuen Besitzer zu Abtrag- und Verzinsung der Kreis-Capitalien zu concurriren haben. Bis aber diese Repartition wirklich geschehen ist, kann der Beytrag von solchen getheilten Ländern zu allen

Kreispräständen, mithin auch zu Verzinsung der Capitalschulden nicht anders geschehen, als auf die nämliche Art, wie so eben in Betreff der Landeschulden getheilter Lande erwähnt worden ist.

§. 83.

In Ansehung derjenigen Schulden aber endlich, welche die auf beyden Rheinseiten gelegenen Chur- und Oberrheinischen Kreise, und zwar Churrhein unmittelbar vor dem Kriege, Oberrhein aber erst während und zu dem Kriege contrahirt haben, so sind nach allen vorwaltenden Verhältnissen die Gläubiger dieser Chur- und Oberrheinischen Kreise wegen dieser ihrer Capitalien und Zinsen sich an den diesseits Rheinischen Landen der beyden Kreise zu halten allerdings befugt. Die Herren der diesseits Rheinischen Lande, welche zu einem dieser Kreise gehören, haben sich über die Verzinsung und Abführung dieser Capitalien zu verstehen. Vor allem sind zu diesem Ende bey Oberrhein zu den dort eingeführten General- und Specialcassen

die exigibeln Ausstände, in so ferne keine rechtliche Entschuldigung obwaltet, beyzutreiben; sodann zur Zinsen- und Capitalien-Zahlung zu verwenden, das weiter Erfoderliche aber ist durch gewöhnliche Kreisrömermonate von den zu diesem Kreise noch gehörigen Landen beyzubringen.

§. 84.

In so ferne hingegen der matricularmäßige Antheil der jenseits Rheins gelegenen Kreislande an diesen Schulden von der Französischen Republik nicht unter die Cathegorie der von derselben zu übernehmenden Schulden gerechnet wird; so ist der Antheil der jenseits Rheins gelegenen weltlichen Kreislande an den Kreisschulden denjenigen Landes-schulden beyzuzählen, welche von den entschädigten Reichsständen ohne Belastung ihrer neuen Unterthanen zu übernehmen sind; und nur der Antheil der geistlichen Kreislande an den Kreisschulden fällt ohne Uebertragung hinweg, und vermehrt die Schuldenmasse der diesseits Rheins

übrigen Kreisgebiete, weil für dieselbe keine Entschädigung gegeben wird.

§. 85.

Die Vollziehung dieser Beschlüsse haben sich die kreisausschreibenden Herrn Fürsten, und am Chur- und Oberrheinischen Kreise Churmainz und Hessencassel gemeinsam angelegen seyn zu lassen.

Würden jedoch, sowohl bey Austheilung dieser Schulden, als des zu regulirenden Unterhalts für die Geistlichkeit Fälle eintreten, wo wegen Collision der Interessen, und aus Mangel gütlicher Uebereinkunft die Beyziehung eines dritten Fürsten nothwendig werde; so haben sich die kreisausschreibenden Herren Fürsten oder Commissarien einen Obmann selbst zu erbitten.

§. 86.

Obgleich nun auch sich von selbst versteht, daß die den Ständen des Reichs als Entschädigung zufallenden Reichslande, die bisher von solchen Landen entrichteten Kreis- und Reichssteuern, insbesondere die der Unterhaltung des Kaiserl. Reichskammergerichts gewidme-

ten Beyträge, oder Kammerzieler, ferner zu zahlen schuldig seyen: so findet man jedoch bey den vorgehenden Besitzveränderungen, und sonderlich bey der Verstücklung mehrerer Reichslande, zu mehrerer Sicherstellung des kammergerichtlichen Unterhalts nöthig, nach dem Sinne der älteren Reichsgesetze, insbesondere des §. 16. des j. R. A. festzusetzen, dass

1) alle erblichen Reichsstände von den ihnen als Entschädigung zufallenden geistlichen reichsunmittelbaren Landen, auch Reichsstädten, die davon bisher bezahlten Kammerzieler fortzubezahlen haben. Sodann

§. 87.

dass 2) eben diese Verbindlichkeit denjenigen Reichsständen obliegt, welchen abgerissene Lande von jenseits Rheinischen Hauptlanden, oder nur Theile diesseits Rheinischer Entschädigungslande zufallen, dergestalt, dass der künftige Besitzer abgerissener Lande von jenseits Rheinischen Hauptlanden die ratam, welche ein solches abgeris-

senes Land zum jenseitigen Hauptlande beygetragen hatte; von mehrern Theilhabern aber eines zertheilten Reichslandes der künftige Besitzer des größern Theils eines solchen Landes, oder dessen Hauptorts, den ganzen Kammerzielerbeytrag salvo regressu gegen die übrigen Theilhaber, einstweilen abzuführen habe; es wäre dann, dafs dieser mit den Inhabern der kleinern Landesanteile über ihre Concurrenz binnen 2 Monaten sich verglichen, und diese getroffene Uebereinkunft dem kaiserlichen Reichskammergerichte angezeigt haben würde. *Endlich*

§. 88.

dafs 3) wo ein Land in mehrere kleine Parzellen zerfällt, die Kammerzieler, welche auf dem ganzen bisher gehaftet, unter die einzelnen Theilhaber einstweilen *ex aequo et bono* von den kreisausschreibenden Fürsten, im Chur- und Ober-rheinischen Kreise aber von Churmainz und Hessen-Cassel, bis zur künftigen

Rectification der Kammermatrikel auf den Fall zu vertheilen sind, wenn solche Theilhaber sich desfalls nicht unter sich selbst binnen den vorgedachten zwey Monaten gütlich verglichen, und hievon das Kaiserl. Reichskammergericht benachrichtigt hätten.

§. 89.

Schliesslich wird Kaiserl. Majestät und dem Reiche anheim gestellt, den über das Sustentationswesen dieses Reichsgerichts von demselben erstatteten Hauptbericht bald thunlichst zu erledigen, und dessen künftige Verhältnisse bey der Abnahme seines Sustentationsfonds, und den eintretenden Veränderungen, gesetzlich zu bestimmen.

Signatum Regensburg, den 25. Febr. 1803.

(L. S.)

Churfürstlich-Mainzische Kanzley.

Kaiserl. Commissions - Ratifications-
 Decret an die allgemeine Reichs-
 versammlung.

Von der Römisch Kaiserl. Majestät verordneter höchstansehnlicher Kaiserl. Principal-Commissarius, Herr Carl Alexander, des heil. Römischen Reichs Fürst von Thurn und Taxis u. s. w., geben den versammelten des heil. Römischen Reichs Churfürsten, Fürsten und Ständen, Räthen, Bothschaftern und Gesandten hiermit zu vernehmen:

Da die zur Erfüllung des fünften und siebenden Artikels des Lüneviller Friedens bevollmächtigte außerordentliche Reichs-Deputation das ihr anvertraute Werk nunmehr zu Stande gebracht hat, und von Churfürsten, Fürsten und Ständen des Deutschen Reichs in ihrem gemeinsamen Gutachten vom 24sten März auf dessen Bestätigung angetragen worden ist; so wollen Se. Majestät der Kaiser nicht verweilen, diesem in seiner Beschaffenheit und in seinen Folgen so wichtigen Werke aus reichsväterlicher

Sorgfalt für die Erhaltung des Friedens und der Ruhe Deutschlands nach Maaßgabe Ihrer Pflichten die gesetzliche Vollendung zu ertheilen.

Der Endzweck, auf welchen in diesem entscheidenden Augenblick ihre Aufmerksamkeit sich richtet, besteht darin, die Erfüllung der von Sr. Kaiserl. Majestät und dem Deutschen Reiche übernommenen Verbindlichkeiten einerseits mit der Erhaltung der hergebrachten Reichsverfassung, andererseits mit den freundschaftlichen Rücksichten thunlichst zu vereinbaren, die Allerhöchstdieselben für die Vorschläge der zwey als Vermittler eingeschrittenen Mächte, so wie für die Wünsche und die Zufriedenheit der Reichsstände tragen.

Es ist dieses der nämliche Zweck, der alle Schritte und Bemühungen Sr. Majestät, des Kaisers, bey Zusammenberufung und bey allen Verhandlungen der erwähnten Reichsdeputation geleitet hat. In Gemälsheit desselben haben Sie sich während dem Laufe dieser Verhandlungen dem von den vermittelnden Mächten vorgeschlagenen, von der Deputa-

tion durch entschiedene Stimmenmehrheit angenommenen Entschädigungsplane so beförderlich erwiesen, als es immer die Vorschrift der maafsgebenden Friedens-Artikel und die Gränzen der auf die Erfüllung dieser Artikel und auf die Aufrechthaltung der damit vereinbärliehen Reichsverfassung abgezielten Deputations - Vollmacht erlauben konnten.

Und mit welcher freywilligen Mäfsigung und grossen Rücksichten für die vermittelnden Mächte und die mitinteressirten Reichstände Se. Kaiserl. Majestät sich hiebey bestrebt haben, die Behebung der sich ergebenden Anstände, wenn selbe von dem rechtmäfsigen Interesse Allerhöchstihres Hauses herrührten, zu erleichtern, solches hat Ihre zu Paris den 26sten December v. J. geschlossene Convention an den Tag gelegt, worin Sie die Verbindlichkeiten des Lünevil-ler Tractats freywillig erweitert und die einem Fürsten Ihres Hauses gebührende volle Entschädigung möglichst beschränket haben.

Eben so haben Se. Kaiserl. Majestät die thunlichste Beförderung in Ansehung der dem Entschädigungsplane beygerückten, aus der angenommenen Entschädigungs - Basis nicht geflossenen, oder in die innere Verfassung des Deutschen Reichskörpers einschlagenden weitem Anträge bewiesen. Auch hierüber haben Sie sich durch die angeführten Rücksichten bewogen gefunden, in vorgedachter Pariser Convention Ihre Beystimmung zu dem Deputationsschlusse vom 23sten November v. J. in der Maafsgebung zuzusagen, daß Sie dabey sämtliche, mit dem Entschädigungsplane an sich vereinbarliche Gerechtsame ausdrücklich verwahrten, die Allerhöchstdenenselben theils in Ihrer reichsoberhauptlichen Würde, theils als Regenten Ihrer Erbstaaten gebühren, da Sie in dieser letzten Eigenschaft, gleichwie Sie für Ihre Kriegsverluste an den Entschädigungen keinen Theil bekommen, auch den damit verknüpften Einschränkungen nur in so fern, als es die Ausführungsmöglichkeit der allgemeinen Entschädigungsbasis erheischt, unterliegen können.

Nachdem endlich nach dem Schlusse der Convention vom 26sten December zu dem Deputations-Hauptschlusse vom 23sten November noch verschiedene Zusätze, Aenderungen und Anträge hinzugekommen sind, und daraus der neue Deputations-Hauptschluss vom 25sten Hornung entstanden ist, auf dessen Gutheißung das Reichsgutachten unter einigen ausdrücklichen Vorbehaltungen anträgt: so sehen Se. Kaiserl. Majestät sich nach reiflicher Abwägung aller bisher angeführten Umstände, und nach dem Gefühle Ihrer aufhabenden theuersten Pflichten veranlaßt, dem eben genannten Reichsgutachten Ihre reichsoberhauptliche Genehmigung unter folgenden Bedingnissen zu ertheilen:

Dafs die zu Paris am 26sten December v. J. geschlossene und zur Kenntnifs der Reichsversammlung vorgelegte Convention in Ihrer Kraft und Verbindlichkeit nach dem wörtlichen Inhalte Ihrer Artikel, insonderheit in Ansehung der in dem 4ten Artikel enthaltenen Vorbehaltungen aufrecht zu bestehen habe.

Dafs, in so fern diese Vorbehaltungen die Sr. Majestät, als Kaiser und Reichsoberhaupt, zustehenden Gerechtsamen betreffen, die gesetz- und herkommensmäfsige Ausübung dieser Gerechtsame sowol bey Ausführung des gegenwärtigen Reichsschlusses, als für alle zukünftige Zeiten, ungeschmälert erhalten werde.

Dafs die in dem Reichsgutachten vom 24sten März erwähnte Bestätigung der Reichsgrundgesetze, insonderheit des Westphälischen Friedens und der darauf erfolgten Friedensschlüsse, in so ferne solche durch den Lüneviller Tractat und den gegenwärtigen Reichsschluss nicht ausdrücklich abgeändert werden, desgleichen die darin angetragene Verwahrung der Deutschen Reichsverfassung in allen übrigen nicht ausdrücklich geänderten Puncten, wie solche für Churfürsten und Stände des Reichs, wohin auch der hohe Deutsche Orden zu rechnen und die unmittelbare Reichsritterschaft mit eingeschlossen, bisher bestanden ist, in wirkliche Ausführung und Handhabung übergehe.

Dafs, nachdem die Bedenken, welche

von Sr. Kaiserl. Majestät bey Gelegenheit der in den frühern Deputations-Vorschlägen gemachten Anträge zur Vermehrung der Virilstimmen im Reichsfürstenrathe geäußert wurden, durch die spätern Vorschläge keineswegs gehoben worden sind, Se. Kaiserl. Majestät sich durch Ihre für die Erhaltung der Reichsverfassung und die Beschützung der katholischen Religion heilig beschwornen Pflichten gemüßiget sehen, Ihre Ratification über diesen Gegenstand einstweilen zu suspendiren und sich vorzubehalten, durch ein unverzügliches ferneres Commissions- Decret die Erstattung eines weitem Reichsgutachtens zu dem Ende zu verlangen, damit durch angemessene Vorschläge dafür gesorgt werde, daß, nachdem dem protestantischen Religionstheile schon in den Churfürstlichen und Reichsstädtischen Collegien eine so entschiedene Stimmenmehrheit zufällt, die hergebrachten Verhältnisse der zwey Religionstheile nicht auch in dem Fürstlichen Collegium bis zur wesentlichen Ueberschreitung der Stimmen-Parität abgeändert werden.

Dafs endlich in Ansehung derjenigen Punkte des letzten allgemeinen Deputations-schlusses, deren Erörterung erst noch künftigen Anträgen und Unterhandlungen zu unterliegen hat, wie dergleichen namentlich in dem Schlusse des 2ten und 39sten §. vorkommen, Sr. Kaiserl. Majestät und dem Reiche die weitere gebührende Einschreitung vorbehalten bleibe.

Indem nun Se. Kaiserl. Majestät unter diesen vorausgesetzten Bedingnissen dem Reichsgutachten vom 24sten März Ihre reichsoberhauptliche Genehmigung hiemit förmlich ertheilen, so ergreifen Sie auch diese Gelegenheit, um Ihren und des gesammten Reichs aufrichtigsten Dank für die von den zwey vermittelnden Mächten in der vorliegenden wichtigen Angelegenheit verwendete Sorgfalt und Bemühungen öffentlich hiemit abzustatten; gleichwie Sie mit Zuversicht hoffen, dafs gedachte Mächte die hiebey von Seiten Kaisers und Reichs erhaltenen überzeugendsten Beweise bereitwilliger Rücksicht für Ihre Wünsche und Vorschläge freundschaftlich erkennen werden, und dafs somit

das nunmehr gänzlich zu Stande gebrachte Friedenswerk auf das dauerhafteste versichert und befestiget worden sey.

Es verbleiben übrigens u. s. w. Regensburg, den 28sten April 1803.

(L. S.)

C A R L,

Fürst von Thurn und Taxis.

Deputations-Abschied.

Der Römisch-Kaiserl. Majestät zu gegenwärtiger außerordentlichen Reichs-Deputation verordnete höchstansehnliche Commission hat von Ihrer Kaiserlichen Majestät den allerhöchsten Auftrag erhalten, der außerordentlichen Reichs-Deputation im Reichsoberhauptlichen Namen zu erklären, daß Allerhöchstdieselbe nach nunmehr erfolgter Ratification über den von der Reichs-Versammlung genehmigten Deputations-Hauptschluss vom 25sten Februar d. J. das Geschäft der Reichs-Deputation für erfüllt und jene Vollmacht für erloschen erachten, welche von dem gesammten Reiche derselben zur Erledigung der in dem Artikel 5 und 7 des

Lüneviller Friedens einer besondern Uebereinkunft vorbehaltenen Gegenstände unterm 3ten August v. J. ertheilet worden war, und dafs dem zufolge Allerhöchstsie die Ihrem Kaiserl. Bevollmächtigten übertragene Gewalt hinwieder einzuziehen bewogen worden sind. Es ist der Kaiserl. Commission sehr schmeichelhaft, den sämmtlichen fürtrefflichen Herren Subdelegirten zugleich Sr. Kaiserl. Majestät allergnädigstes Wohlgefallen und allerhöchste Zufriedenheit über die anhaltende Thätigkeit, Mühe und Sorgfalt ausdrücken zu können, womit dieselbe sammt und sonders sich angelegen seyn liessen, dieses schwere vaterländische Werk unter den vorgelegenen Umständen so bald zur Erledigung zu befördern und dadurch die Aussicht zu begründen, dafs Deutschland unter dem Schutze des Allmächtigen und seiner Verfassung die Früchte des unter vielen Mühseligkeiten und grossen Opfern zu Stande gebrachten neuen Reichsschlusses zu einem dauerhaften Ruhestande und ungestörter Eintracht auf die spätesten Zeiten genieesse. Indem die Kaiserl. Commission sich hierdurch des aller-

höchsten Auftrages erlediget, unterläßt Sie nicht — dem aufrichtigsten Wunsche, daß das Resultat ihrer mit den sämmtlichen fürtrefflichen Herren Subdelegirten vereinten Bemühungen die obigen glücklichen Folgen recht bald herbeyführe — den reinsten Ausdruck Ihrer dankbarsten Gesinnungen für das Ihr während dem ganzen Geschäfte bewiesene sehr schätzbare Zutrauen beyzufügen, und verbleibet u. s. w.

Regensburg, den 9ten May 1803.

JOH. ALOYS JOSEPH, des h. Röm.

Reichs Freyherr von HÜGEL.

VI.

S c h l u s s.

Ich hatte meiner Erläuterung des ersten Plans einige Betrachtungen über denselben angehängt, und einige Folgen angegeben, die ich für sehr wahrscheinlich, wo nicht unausbleiblich hielt. Sie sind auf vorstehenden Reces, der jenen Plan ganz, nur hie

und da modificirt und erweitert, in sich schließst, eben so anwendbar, und ich will sie hier nicht noch einmal, weder in der alten noch irgend einer neuen Form auftragen, noch viel weniger andere hinzufügen, ob sich gleich deren noch weit mehrere denken lassen. Nur einige kleine Zusätze und Berichtigungen mögen mir in der vorigen Ordnung erlaubt seyn, und zwar

a) zu den Betrachtungen:

1. Ich gestehe, daß mir der zweyte Plan weit weniger gefällt, als der erste, und zwar darum, weil er die Großen noch mehr zum Nachtheil der Kleinen begünstigt, alles Land nur jenen zuzuwenden sich bestrebt, einen großen Theil unmittelbaren Landes mit bloßen Renten vergütet, indem er von dem Grundsatz ausging, daß nur verlohrne Einkünfte zu vergüten wären, und weil er am Ende für gerechte Forderungen gar nichts mehr übrig läßt, indem er hinterher auch noch alle übrigen geistlichen Stifter verschenkt, ohne sie bey der Entschädigungs-Berechnung im Mindesten in Anschlag zu bringen, und dadurch eines der schönsten

Werke des ersten Plans, die Zöllfreyheit des Rheinstroms, wieder zerstöhrt.

2. Die erstaunliche Ungleichheit in der Vertheilung der Entschädigungen ist in der Deputation selbst anerkannt und sehr oft gerügt worden, namentlich von Maynz, Böhmen u. a. Sie läßt gleichwohl nur bey Preussen und Pfalz-Bayern sich aus politischen Gründen entschuldigen; bey allen übrigen scheint bloß eine besondere Begünstigung aus irgend einer Ursache zum Grunde zu liegen. Von den fremden Fürsten hat Oranien, welches weder im Reiche etwas verlohren, noch durch irgend einen Tractat vom Reiche etwas zu fordern berechtigt war, grade das beste Loos gezogen; und mag ohngefähr seine verlohrenen Einkünfte wieder erhalten haben. Die Grafen hingegen sind im zweyten Plane noch übler bedacht, als im ersten.

3. Der Satz, daß Frankreich die Vereinigung der vielen kleinen Territorien in wenige große dereinst bereuen könne, hat im Polit. Journal einen scharfsinnigen Gegner, aber auch zugleich einen sachkundigen Vertheidi-

ger gefunden; doch muß ich, so bestimmt aufgefordert, noch etwas darüber sagen.

Ich bin allerdings auch der Meynung, dafs, so lange die gegenwärtige Lage der Dinge dauert, d. h. so lange Frankreich ein blofs militairischer Staat ist; Maynz, die Schweiz und die Niederlande in Französischen Händen; Oestreich und Preussen getheilt sind, und letzteres aus Ursachen, die theils vor Augen liegen, theils sich noch entwickeln werden, ganz dem Französischen Interesse ergeben ist, Deutschland nicht daran denken kann, sich den Französischen Anmaassungen zu widersetzen, der Süden und Westen von Deutschland mag nun mit Staaten von 10 oder von 50 und 100 Quadratmeilen besetzt seyn. Von einem Reichskriege wird also vor einer völligen Wiedervereinigung Oestreichs und Preussens, welche freylich nur die dringendste Gefahr vor der hereinbrechenden Fluth wird bewirken können, schwerlich die Rede seyn, und in diesem Falle, wenn Oestreich und Preussen (folglich das Reich unter sich) enig, und alle Glieder des Reichs dicht um ihr Oberhaupt versammelt sind; was sollten

dann die Rheinischen Fürsten zu fürchten haben? Ihre Lande werden freylich bald hie bald da der Schauplatz des Krieges seyn, und viel leiden; sie werden vielleicht gar vom Feinde verschlungen werden, ehe man ihnen zu Hülfe kommen kann; aber werden sie es weniger, wenn sie die Französische Partey ergreifen, und nicht nur alles dieses ebenfalls leiden, sondern auch sich noch dazu als treulose und pflichtvergessene Vasallen wenigstens der Möglichkeit einer wohlverdienten gesetzmässigen Ahndung aussetzen? Ich stelle mir die Preussischen und Oestreichischen Regimenter nicht halb so immobil vor, als der Hr. Verfasser, und glaube, daß z. E. das Preussische Corps in Westphalen, vereinigt mit den Hessen und Braunschweigern, den über den Rhein kommenden Feind, der auch nicht gleich mit 200000 Mann erscheinen wird, so lange aufhalten, wenn auch ihm den Uebergang verwehren kann, bis Hülfe kommt. Oder sind unsere Kriege nächtliche Einbrüche, auf die man sich gar nicht vorbereiten kann? Allerdings ist Bonaparte der schreckliche Mann, wie ihn der

Verfasser schildert. Aber der grofse Mann wird doch wohl so viel Gefühl von Rechtlichkeit haben, um es nicht so gar übel zu nehmen, wenn die Fürsten des westlichen und südlichen Deutschlands nichts weiter als ihre Schuldigkeit thun? Gesetzt aber auch, die Furcht siegte über die Pflicht, und die Fürsten liefsen ihre Regimenter zu den Fränkischen Heeren stoßen; was kann denn den 400000 Franzosen mit den 4000 Deutschen gedient seyn? Ihre Hülfe wird der grofsen Nation eben so wenig wichtig seyn, wie dem Hause Oestreich oder dem Deutschen Reiche. Ich kann mich also noch nicht überzeugen, dafs die im Verhältnifs zu ihrer vorigen Existenz sehr beträchtliche, im Verhältnifs zu Frankreich winzig kleine Vergröfserung der Rheinischen Fürsten von Frankreich aus militairischen Rücksichten geschehen sey. In einem Kriege Frankreichs mit einer der beyden Deutschen Hauptmächte werden diese Fürsten neutral bleiben, und — wie Neutrale behandelt werden. Ueberhaupt aber mufs ich gestehen, dafs ich, als ich jene müssige und vielleicht falsche Betrachtung nieder-

schrieb, weder an Bonaparte noch an jene minder mächtigen Fürsten dachte, welche vor denen verschwinden, die dem Deutschen Gleichgewichte zur Grundlage dienen, und ihre Waffen nach Befinden der Umstände eben so gut gegen Frankreich, als gegen Oestreich kehren können. Ich sprach von den größten Staaten. Ich sah die gegenwärtige Theilung als die erste an, die zu weitem Consolidirungen das Vorbild giebt. Ich dachte mich in die Zeit, wo die Uebermacht zum vereinten Widerstande zwingt. Kann es dann für Frankreich vortheilhaft seyn, Deutschlands viele kleine Staaten in wenige größere geründete mächtigere zusammen geschmolzen zu haben? Preussens Erwerbung in Westphalen wird Niemand für Frankreich als gefährlich ansehen; und man würde sie vermieden haben, wenn es möglich gewesen wäre. Aber so viel ist doch gewiss, daß Preussen bey seinen wichtigen Besitzungen in Westphalen ein weit stärkeres Interesse an der westlichen Gränze des Reichs nimmt; und wie wollten

die Franzosen schicklicher Weise ins Hannö-
verische und in das übrige nördliche Deutsch-
land kommen, wenn man Preussen ganz
Münster gegeben hätte? Man scheint solche
Fälle schon bey dem ersten Plane zur Thei-
lung vor Augen gehabt zu haben. Aber
Preussen ist seinem Westphalen weit näher,
als Oestreich seinen Niederlanden war, und
hat sich gleichsam schon eine Brücke dahin
gebaut. Wenn Preussen nicht im Süden
oder Osten zu thun hat: so wird es sein
Westphalen vollkommen zu vertheidigen
wissen. Dafs die Italienische Republik stets
ein Werkzeug in der Hand der Fränkischen
Regenten seyn werde, läfst sich kaum den-
ken: ich sage der, nicht des, wie der Hr.
Verfasser, und man wird mich verstehen.
Ein einziger unglücklicher Krieg, der Tod
eines einzigen Mannes, und die darauf un-
ausbleiblich scheinenden Unruhen, können
Italien, Helvetien und die Niederlande frey
machen, und den ungeheuern Colofs, der so
schwer auf Europa liegt, wieder zu seiner
verigen natürlichen Gröfse bringen. — So
viel dem Hrn. v. *W.* nicht zur Vertheidigung,

sondern zur Erklärung meiner Meynung. Die Gegen-Bemerkung unterschreibe ich mit Ueberzeugung.

4. Ich habe die Kreuz- und Querschnitte des Messers, das unser Deutschland theilte, für ein Merkmal angesehen, daß eine ausländische Hand es führte. Freylich würde mancher Deutscher nicht säuberlicher damit umgegangen seyn. Die Arbeiten der Deputation sind Zeugen der unsäglichen Mühe, welohe diese Verfahrungsart verursachte, und doch konnte sie nicht Alles zu Stande bringen. Vieles lag außer ihrem Wirkungskreise, und die neue feste Ordnung erwartet noch ihr vollkommenes Daseyn von der Reichsversammlung.

5. Was die Deputation zur Erhaltung der Landesverfassungen und zum Besten der Unterthanen in den Entschädigungs-Landen gethan hat, das ist aus ihrem Recesse zu ersehen.

6. Die Mängel des ersten Plans haben die

vielen dagegen eingekommenen Reclamationen hinlänglich beurkundet. Dafs die provisorischen Besitz - Ergreifungen der Deputation ihr Geschäfte sehr erschweret, ja eigentlich das instructionsmäfsige (die Untersuchung und Prüfung des Plans) zum Theil mit unmöglich gemacht haben, das hat Maynz mehr als einmal in der Deputation protocollieren lassen. Die Folgen dieser Occupationen trafen richtig so ein, wie sie der warmende Kaiser vorhergesagt hatte. Den beyden letzten bemerkten Mängeln, die Dienerschaft und die Schulden betreffend, hat die Deputation wirklich auf die befriedigendste Weise abgeholfen.

7. In meiner Beweisführung, dafs das geistliche Gut allein hingereicht hätte, den Verlust doppelt zu ersetzen, habe ich die Grölse zum Maafsstab angenommen. Jemand hält diesen Maafsstab beynahe für noch unsicherer, als den der Einkünfte. Ich habe ihn nirgends für den besten erklärt, sondern ihn nur der Kürze wegen gewählt. Jeder andere würde ohngefähr dasselbe Resultat ge-

ben. Indessen ist der Flächeninhalt doch noch immer am leichtesten auszumachen, und weit zuverlässiger, als die höchst unsichern Angaben von den Einkünften.

b) Zu den Folgen:

1) für das Staats-Verhältniß. Das churfürstliche Collegium besteht jetzt nicht mehr aus neun, sondern aus zehn Mitgliedern. Diese sind:

die alten:

- | | |
|--------------------------|---------------------|
| 1. Der Erzkanzler(Maynz) | 4. Sachsen evangel. |
| 2. Böhmen katholisch | 5. Brandenburg ev. |
| 3. Bayern kath. | 6. Braunschweig ev. |

Die neuern:

7. Salzburg kath.

Alternirend, wie ich vermuthet hatte:

- | | |
|-------------------------|-------------------|
| 8. Baden ev. | 9. Wirtemberg ev. |
| 10. Hessen - Cassel ev. | |

Das Fürsten-Collegium ist durch die vielen eingeführten neuen Stimmen sehr ver-

mehrt worden, so daß nicht nur die verstummten Stimmen ersetzt, sondern auch die Stimmen überhaupt beynahe um einen Drittheil vermehrt worden sind. Die Ordnung ist, wie ich vermuthete, dieselbe geblieben, (außer daß hie und da eine Stimme für ein altes Erbland eingeschoben worden ist,) und man hat es dem eignen Ermessen des Fürstenrathes überlassen, ob er zwey Bänke (versteht sich, beyde weltlich) beybehalten will, oder nicht. Da der Reces selbst eine vollständige Aufzählung aller Stimmen enthält: so braucht sie hier nicht wiederholt zu werden. Daß die Hälfte derselben den 10 Churfürsten gehört, ist schon bemerkt worden. Die neuen Churfürsten haben die bisher geführten Stimmen von ihrem Hauptlande behalten, so daß die churfürstliche bloß der Würde, und keinem Lande, anzukleben scheint. Die Stimmen derer Bischümer, deren Cathedrale jenseit des Rheins liegen, haben aufgehört, aber es sind auf ihre Ueberbleibsel diesseit des Rheins neue Stimmen fundirt worden. Die Religions-Eigenschaft der vorhin geistlichen Stimmen

folgt der Religion der neuen Landesherrn, wie ich voraussah. Die nach den Noten der vermittelnden Minister vom 3. und 4. Dec. v. J. ausgetilgten Stimmen sind genau dieselben, die ich (S. 169) angegeben habe. Regensburg ist nicht in ein Churstift, sondern nur in ein Erzstift verwandelt, und die Churwürde ist an das Erzkanzler - Amt des Reichs gebunden. Von den Prälaten-Bänken, deren Fortdauer im weltlichen Stande mir zweifelhaft war, ist nicht die Rede; doch kann vielleicht die Reichsversammlung noch bey der Regulirung der Grafen - Curien etwas anders darüber beschliessen. — Das Collegium der Reichsstädte ist nun gar bis auf sechs von 37 reducirt, aber freylich die wichtigsten.

Der Verlust des Kaisers bleibt unter diesen Umständen derselbe. Auch das Verhältniß zwischen den Stimmen der Stände, die man zur Oestreichischen, und die man zur Preussischen Partey rechnen kann, bleibt ohngefähr dasselbe, da allen grossen Ständen

im gleichen Verhältnisse zugelegt ist. Eine neue Kreis - Eintheilung und Kreis - Policey, eine der wichtigsten und schwersten Arbeiten, wird noch von der Reichsversammlung erwartet.

2) Für das Religions - Verhältniß. Im Churfürstlichen Collegio haben die Katholiken seit dem ersten Plane eine Stimme gewonnen. Es hat jetzt 6 evangelische und 4 katholische Mitglieder. Es hatte aber schon einmal eine lange Zeit 6 evangelische und nur 3 katholische Mitglieder (wie ihm der erste Plan bestimmte), und doch ward kein evangelischer Kaiser gewählt. Es kommt dabey auf ganz andere Umstände an. Der Fürstenrath zählt nun ohne die vier Grafenbänke 127 Stimmen, wovon 50 katholisch und 77 evangelisch sind. Also hat sich auch hier das Verhältniß für die Katholiken verbessert. Das Collegium der Reichsstädte muß man ganz als evangelisch ansehen, da nur Eine gemischt ist.

3) Für den Adel. Ich schätzte die Zahl der Mitglieder der Domstifter in m. Erl. des 1 Pl. (S. 181) über 700. Nach dem von dem Erzkanzler aufgenommenen Verzeichnisse beläuft sich die Zahl derselben auf 720. Der Adel hat genug bey der Deputation über diesen Verlust der hohen und niedern Stifter für beyde Geschlechter geklagt; aber meine Vermuthung, daß man die beyden geistlichen Ritterorden noch beybehalten habe, um die ritterbürtigen Familien mit den erforderlichen Ahnen nicht ausarten zu lassen, war leer. Wir wissen aus dem zweyten Plane, daß jene Orden bloß in Rücksicht ihrer Militair-Dienste beybehalten worden sind.

4) Für den Bürgerstand. Es läßt sich noch eine Seite angeben, von welcher er durch den Plan oder Recess sehr verliehren wird. Viele Hauptstädte und Residenzen bleiben das nicht, sondern sinken zu bloßen Landstädten herab. Dieß wird nicht allein auf diese Städte, die größtentheils vom Hofe lebten, sondern auch auf das umliegende

Land einen sehr nachtheiligen Einfluß haben. Im ganzen Fränkischen Kreise residirt jetzt kein Fürst mehr, der 300,000 Thaler Einkünfte hätte. Alle große Fürstenthümer desselben müssen ihren Ueberschuß, den sonst der Fürst im Lande verzehrte, in entfernte Hauptstädte schicken. So geht es noch vielen andern Ländern, und die von der linken Rheinseite herüber gekommenen Fürsten sind nicht zureichend, den Verlust zu ersetzen. Man frage in funfzig Jahren nach, was aus den schönen Städten Bamberg und Würzburg geworden ist!

5) Für die Wissenschaften. Dieses Punctes habe ich schon oben gelegentlich gedacht.

6) Für den Handel. Die Folgen für denselben auf dem Rheine hat die kurze Zeit

schon gelehret, und sie wird auch nur allzu
früh in andern Gegenden Erfahrungen an die
Hand geben. Wie gerne möchte ich mich
in meinen Besorgnissen irren.

Und nun, mein ewig theures liebes Vater-
land — Lebe wohl! sey glücklich!

1016

Handwritten text, likely bleed-through from the reverse side of the page, is visible at the bottom of the page.

A close-up photograph of a textured, light brown surface, likely the cover or endpaper of an old book. The surface is covered in numerous small, dark brown and black specks, possibly dust or foxing. There are faint, vertical lines running across the image, which could be part of the book's binding or a scanning artifact. The overall appearance is aged and worn.

Diele Aemter
in 1794
von G. A. A. A.
A. A. A. A.

This image shows a blank, aged, cream-colored page, likely an endpaper or flyleaf of a book. The paper has a slightly textured appearance with some faint smudges, discoloration, and a vertical crease near the center. There is no text or other markings on the page.

This image shows a blank, aged, cream-colored page, likely an endpaper or flyleaf of a book. The paper has a slightly textured appearance with some faint smudges and discoloration, characteristic of old paper. There is no text or other markings on the page.

Tafel.

Bezeichnung	Qu.M	Einwoh- ner	Einkünfte Gulden
HIL	190	25,750	81,500
HOF	.	.	5,400
a)	.	.	.
b)	.	.	600
gische Aemter	.	.	.
u. $\frac{1}{2}$ Neuenk.	$3\frac{1}{2}$	8,500	50,000
von Carlsberg	.	.	.
c) henlohischen	.	.	.
d) erg	.	.	.
elsau	.	.	.
HOF	.	.	.
a) shausen	.	.	.
b) hlatt	.	.	.
LEIN	.	.	.
a)	.	.	.
he Aemter	$14\frac{3}{4}$	37,300	183,000
gische Aemter	$6\frac{1}{4}$	17,600	93,000
Aemter	$6\frac{1}{2}$	28,000	157,000
.	.	.	125,000
b)	$27\frac{1}{2}$	82,900	558,000
c) Hlligheim	$1\frac{1}{2}$	3,700	33,000
idenau	.	.	6,000
.	.	.	.

tschädigung.	Qu. M	Einwoh- ner	Einkünfte Gulden
d) 1			
instadt u. Rente	.	.	23,000
sthal u. Rente	.	.	14,000
LIC stetten . . .	$\frac{3}{4}$	1,300	16,000
I.IN . . .	.	.	12,200
LÖ . . .	.	.	11,300
LÖzer Dörfer . .	$\frac{1}{2}$	600	5,000
aburg. Aemter .	$5\frac{1}{4}$	15,000	62,000
Verwaltungen .	.	.	8,000
en . . .	$1\frac{1}{2}$	3,000	60,000
Eink. in Wertheim	.	.	3,000
.	.	.	12,000
	7	18,600	150,000

b)			
denberg . . .	$1\frac{3}{4}$	4,100	45,000
LOC ^r . . .	.	.	.
MEC A. Reine . . .	$13\frac{3}{4}$	16,000	100,000
Wollbeck . . .	.	.	.
MOIckische Dörfer	.	.	.
NASu u. Ortenau .	$53\frac{1}{2}$	167,000	500,000
a)			
olda . . .	33	90,000	660,000
vey . . .	5	10,000	100,000
Dortmund . . .	2	6,000	60,000
Weingarten incl.	.	.	.
t. Gerold u. Hofen	6	14,000	150,000
adern u. Dietkirchen	.	.	30,000
	46	120,000	1,000,000

Gaspari, Adam Christian,

Der Deputations-Recess mit historischen, geographischen und statistischen
Erläuterungen und einer Vergleichungstafel

Bd.: 1

Hamburg (1803)

Bibl.Mont. 4654-1/2

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10725656-6